

PROTOKOLL

über die 27. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 30. November 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-
Anwesend:

ÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring,

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: -

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG

1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit

und Bekanntgabe der Protokollprüfer

- 2) Beantwortung von allfälligen Anfragen
- 3) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
- 5) Verhandlungsgegenstände
- 6) Aktuelle Stunde

-

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) BauH-167/00 Kindergarten Gleink; Vergabe von Isolier- und Estricharbeiten.
- 2) Fin-210/00 Hilfsaktion für die Partnerstadt Bethlehem.
- 3) VerkR-1082/00 Aktion „Autofreier Tag in Steyr“ am 22. 9. 2000.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Fin-110/00 Nachtragsvoranschlag für das Rechnungsjahr 2000.
- 2) Präs-747/00 F-, ÖVP-, GAL- und LIF-GR-Fraktion; Resolution an Frau Bundesministerin Dr. Forstinger betreffend bessere Einbindung von Steyr in das Verkehrsnetz und Aufnahme der Bahnlinie St. Peter-Steyr-Bad Hall-Kremsmünster-Sattledt-Wels in das Zielnetz des Bundesverkehrswegeplanes.
- 3) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104; „ÖAMTC“.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 4) JW-382/99 Kreditüberschreitung bzw. -übertragung bei Heimkosten.
- 5) Kdg.14/00 Tarifordnung der städtischen Kindergärten und Horte.
- 6) Fin-9/00 „Pro mente infirmis“ - Atrium Steyr; Subvention 2000.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

7) VerkR-5629/00 Parkraumbewirtschaftung; Änderung der Parkgebührenverordnung 1992.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

8) FW-19/00 Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

9) GHJ2-67/00 Instandsetzung und teilweise Erneuerung der Kühlpulte im Stadtsaalbuffet, Stelzhamerstraße 2 a.

10) GHJ2/64/00 Generalsanierungsarbeiten bei den gemeindeeigenen Objekten Schweigerstraße 1 - 35; Gewährung eines nicht rückzahlbaren Zuschusses, aufgeteilt auf 3 Jahre (2000 - 2002).

11) BauH-73/00 Restaurierung Steinteile und Fassade; Fertigstellung sowie weitere Arbeiten Rathaus.

12) Fin-213/00 Übernahme einer Haftung für ein Wohnhaussanierungs darlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH für die Wohnbauten Schweigerstraße 1 - 35.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

13) Umw-19/98 Mülldeponie der Stadt Steyr; Weiterführung der Deponieentgasung; BA 02; Anhebung von Gasbrunnen; Massenmehrung und Auftragserweiterung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

14) Rp-21/00 Stadtwerke Steyr und Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Jahresrechnungsabschlüsse 1999.

15) BauH-3/00 Freibad Steyr; Sanierung Sportbecken samt Umgriff; Anbindung der Wasseraufbereitungsanlage; Vergabe der Leistungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

16) BauStr-15/00 Errichtung Parkplatz Christkindl; Vergabe der Arbeiten; Dringlichkeitsbeschluss.

17) K-1/00 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 1999“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

18) Bau3-1116/89 Nordspange Steyr; Begleitmaßnahmen; Zwickel Gleinker Hauptstraße - Nordspange; Nutzfläche.

19) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1.1.2001.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DIETMAR SPANRING:

20) Präs-746/00 Antrag der GAL-Steyr betreffend Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den Kulturverein AKKU.

21) Präs-581/00 Fahrtkostenzuschuss; Neufestsetzung des Eigenanteiles an den Fahrtkosten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich begrüße sie sehr herzlich zu unserer heutigen Sitzung und eröffne diese. Ich begrüße auch herzlich die Medienvertreter, die uns heute die Ehre geben. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig ist. Ich gebe bekannt, dass mir die Frau GR Ingrid Weixlberger und der Herr GR Engelbert Lengauer als Protokollprüfer gemeldet sind und beide nehmen die Funktion an. Ich bitte das im Protokoll zu vermerken.

Zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen, teile ich mit, dass Herr GR Fürweger mit Schreiben vom 16. 10. 2000 folgende Anfrage an mich gerichtet hat. Sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch die vor einigen Tagen erfolgte Inbetriebnahme des tschechischen Atomkraftwerkes in Temelin sind sehr viele Bürger unserer Stadt nicht nur sehr bestürzt, sondern auch sehr verängstigt. Wie sie aus der beiliegenden Karte ersehen können, beträgt die Entfernung Temelin - Steyr nur 129 km Luftlinie. Im Falle einer Atomkatastrophe in Temelin, die wir uns alle nicht wünschen, würde es bei einem Nordwind mit einer Windgeschwindigkeit von 40 km/h nur drei Stunden dauern, bis unsere Stadt von einer radioaktiven Wolke erreicht werden würde. Es stellen sich daher folgende Fragen:

1. Welche Maßnahmen seitens des Magistrates der Stadt Steyr werden nun getroffen, um die Bevölkerung der Stadt vorsichtshalber schon jetzt zu informieren, was im Falle einer Atomkatastrophe in Temelin zu tun ist?
2. Ist die städtische Feuerwehr für einen eventuellen Ernstfall ausreichend mit den notwendigen Ausrüstungsgegenständen, wie z. B. Strahlenmessgeräte etc. ausgerüstet?
3. Wird im Katastrophenalarmplan der Stadt Steyr im speziellen auf eine Atomkatastrophe, ausgelöst durch einen Unfall in Temelin, eingegangen?
4. Ist es beabsichtigt, aufgrund der aktuellen Situation in nächster Zeit eine Katastrophenschutzübung mit dem Thema Temelin durchzuführen?

Ich ersuche sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.“

Hiezu kann ich folgendes berichten:

Nach der Österreichischen Bundesverfassung sind die Zuständigkeiten zur Gesetzgebung zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt.

Die Länder sind für die Regelung der Katastrophenhilfe zuständig, soweit keine Bundeskompetenz derartige Maßnahmen umfasst (z. B. Epidemiegesetz, Strahlenschutzgesetz, Smogalarmgesetz ...).

Da im Falle einer Atomkatastrophe in Temelin das Strahlenschutzgesetz Anwendung findet, ist Bundeskompetenz gegeben.

Gemäß § 38 Strahlenschutzgesetz, BGBl. 227/1969 i. d. g. F., ist im Falle einer radioaktiven Verunreinigung, bei welcher die Strahlenintensität ein Ausmaß, bei dem nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse die Möglichkeit einer Beeinträchtigung des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich der Nachkommenschaft besteht, übersteigt, **für die erforderlichen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen grundsätzlich der Landeshauptmann zuständig.**

Aufgrund dieser Zuständigkeit wurde auch der OÖ. Strahlenalarmplan (Alarm- und Einsatzplan für die Festlegung und Durchführung von Schutz- und Sicherungsmaßnahmen in Fällen großräumiger radioaktiver Verstrahlung) **erlassen. Zielsetzung des OÖ. Strahlenalarmplanes ist es, die Strahlenbelastung** bei großräumiger radioaktiver Bestrahlung **so gering wie möglich zu halten, da grundsätzlich jede Strahlenbelastung des Menschen durch ionisierende Strahlung schädlich sein kann.** Vorrangiges Ziel der Planungen ist es, unmittelbare Folgen der Auswirkungen von kerntechnischen Unfällen auf die Bevölkerung zu verhindern oder zu minimieren. Die wesentlichen zutreffenden Maßnahmen werden grundsätzlich in Abstimmung mit dem staatlichen Krisenmanagement des Bundes getroffen, in der ein Vertreter des Landes Oberösterreich mitwirkt.

Das beim Land OÖ. eingerichtete Krisenmanagement besteht aus der Katastropheneinsatzleitung, den Beiräten und den Fachstäben. Der Magistrat wird im Katastrophenfall als einer der Beiräte informiert und kann in Bereitschaft gesetzt werden (im Wege der beim Magistrat Steyr eingerichteten Rufbereitschaft).

Hauptaufgaben der Gemeinde sind in diesem Zusammenhang z. B. Trinkwassersicherung (Trinkwassernotversorgungsplan der Stadtwerke), Mithilfe bei der Suche nach Standorten für Personen- und Sachdekontaminationsstationen, Mithilfe bei Evakuierungen.

Ad 1 der Anfrage:

Herr Ing. Dietmar Vorderwinkler von der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft nimmt als Stadtleiter des OÖ. Zivilschutzverbandes mit seinen Mitarbeitern die Aufgabe der Information der Bevölkerung von Steyr wahr, so wird z. B. in der Homepage des Magistrates, bei Ausstellungen in Magistratsgebäuden und mit Informationsmaterial auf eine eventuelle Strahlenbelastung hingewiesen, wobei die Informationen nicht nur auf einen Unfall in Temelin abgestellt sind, sondern wegen dem diffizilen Bedrohungsbild (es stehen immerhin 39 AKWs in den Nachbarstaaten Österreichs) umfassend und auf jeden Anlassfall abgestimmt gehalten sind. Zusätzlich ist ein zweiköpfiges Referententeam, bestehend aus einem besonders geschulten Referenten für Hauptschulen und einem gradierten Chemiker für Vorträge an höheren Schulen und Spezialvorträge im Einsatz.

Konkret werden momentan folgende Informationen angeboten:

- Homepage der Stadt Steyr bzw. des Magistrates unter „Bürgerservice/Strahlenschutz“ oder „Zivilschutz“ oder „OÖ. Zivilschutzverband, Stadtleitung Steyr“. Hier finden sich z. B. Infos über Gliederung des Zivilschutzes unter besonderer Betonung der Wichtigkeit des Selbstschutzes mit dem Angebot der Durchführung persönlicher Beratungen in der Geschäftsstelle des OÖ. Zivilschutzverbandes, welche in der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft, Ennser Straße 10, angesiedelt ist, sowie das Angebot der Abhaltung von Vorträgen usw. Außerdem finden sich auf der Homepage wertvolle Links zur Direktinformation.

- Weiters stehen eine große Auswahl von Foldern zur Verfügung, die in der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft sowie in der Informationsstelle des Rathauses und im Eingangsbereich der Stadtwerke Steyr aufliegen. Von Zeit zu Zeit werden darüber hinausgehend auch in anderen Abteilungen und Dienststellen des Magistrates Informationsmaterialien aufgelegt. Die Mitarbeiter des Magistrates werden über die Neuerscheinung von Broschüren mittels E-Mail informiert und stellen somit einen wichtigen Multiplikator dar.

- Von Zeit zu Zeit erfolgen spezifische Einschaltungen im Amtsblatt und Presseaussendungen bzw. Ausstellungen, z. B. im Rahmen der Steyrer Messetage oder der Osterausstellung des Kleintierzüchterverbandes.

- Im Schuljahr 1999/2000 wurden an Hauptschulen 20, an Gymnasien 6, an berufsbildenden höheren Schulen 5 Vorträge abgehalten. Somit kommt jeder Schüler, je nach Schullaufbahn, zumindest einmal in den Genuss von einem Vortrag, wobei hervorzuheben ist, dass die spezielle Betreuung von höheren Schulen in anderen Bezirken nicht üblich ist.

Zusätzlich wird in nächster Zeit eine spezielle Schulung im Alten- und Pflegeheim Tabor sowie am 16. 1. 2001 in den städtischen Kindergärten und Horten durchgeführt und Vorträge beim Bundesheer und der Rettung organisiert.

Der OÖ. Zivilschutzverband wird von der Stadt mit S 25.000,-- pro Jahr unterstützt.

Ad 2 der Anfrage:

Die städtische Feuerwehr verfügt zwar über einen Dosisleistungsmesser und einige Schutzanzüge, ist aber nicht für den Ernstfall ausgerüstet. Dies deshalb, weil die Messdienste und strahlenschutztechnischen Sachverständigen österreichweit organisiert wurden. Als Stützpunktfeuerwehr für Strahlenschutz ist die Freiwillige Feuerwehr Ternberg Ansprechpartner. Für das Stadtgebiet ist in erster Linie die BPD Steyr Ansprechpartner. Darüber hinaus wurden von Einsatzkräften (Feuerwehr, Rotes Kreuz, Gendarmerie, Polizei und Bundesheer) mobile Strahlenspürtrupps eingerichtet.

Ad 3 der Anfrage:

Aufgrund der Subsidiarität des OÖ. Katastrophenhilfsdienstgesetzes kann im Katastrophenalarmplan der Stadt Steyr nicht auf eine Atomkatastrophe eingegangen werden.

Ad 4 der Anfrage:

Für den Fall der Durchführung einer Katastrophenschutzübung mit dem Thema Temelin durch das Land OÖ. wird sich die Stadt Steyr sicherlich beteiligen. Aufgrund des Gesagten erscheint jedoch eine alleinige Katastrophenübung der Stadt zu diesem Thema nicht zielführend.

Meine Damen und Herren, zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich ihnen berichten, dass der Bundeskanzler der Republik Österreich, Herr Dr. Wolfgang Schüssel, mir auf meinen Brief, betreffend der Probleme unserer Partnerstadt Bethlehem und Palästina, folgendes zurückgeschrieben hat:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dein Schreiben vom 16. Oktober, betreffend das Hilfsersuchen des Bürgermeisters eurer Partnerstadt Bethlehem, habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Mit großer Aufmerksamkeit und wachsender Besorgnis verfolgt die Bundesregierung die bedrohliche Entwicklung im Nahen Osten. In Übereinstimmung mit dem traditionellen Einsatz Österreichs für den Frieden in dieser,

auch für Europa so wichtigen, Weltreligion sind derzeit unsere Bemühungen auf eine rasche Beruhigung der Lage gerichtet. Gemeinsam mit unseren EU-Partnern versuchen wir die Konfliktparteien davon zu überzeugen, dass es keine Alternative zum Friedensprozess gibt und dass eine Fortdauer von Konfrontationen, Hass und Gewalt nur zu einer Eskalation der gewaltsamen Zusammenstöße führen würde, deren Opfer an Menschenleben und materiellen Verlusten unabsehbar wären.

Ich kann dir in diesem Zusammenhang versichern, dass die Bundesregierung, in Koordination mit den Regierungen der anderen Staaten der Europäischen Union, weiterhin alle nur möglichen Anstrengungen zur Wiederbelebung des Friedensprozesses unternehmen wird. Gleichzeitig unterstützen wir die Palästinenser im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit beim Aufbau des Gemeinwesens und leisten so einen Beitrag zur Stabilisierung, der dort erst im Aufbau befindlichen Struktur.

Die Stadt Steyr verfolgt durch ihre Partnerschaft mit der religiös und historisch überaus bedeutsamen Stadt Bethlehem ja ebenfalls dieses Ziel.

Ich möchte dir für dieses Engagement, das unserer Außenpolitik eine wichtige Hilfestellung leistet, meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Schüssel“

Das schreibt auch die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Fr. Dr. Benito Ferrero Waldner, die ebenfalls einen Brief erhalten hat.

„Sehr geehrter Bürgermeister!

Ihr geschätztes Schreiben vom 16. Oktober, betreffend der Städtepartnerschaft zwischen Bethlehem und Steyr und die humanitäre Hilfe ihrer Stadt für die Bevölkerung Bethlehems, angesichts der gegenwärtigen tragischen Ereignisse, habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen.

In diesem Zusammenhang kann ich ihnen versichern, dass die österreichische Außenpolitik, im Hinblick auf die fortdauernden Spannungen und gewalttätigen Konfrontationen zwischen Israel und den Palästinensern, bemüht ist, zur Beruhigung der gefährlichen Lage beizutragen. Österreich arbeitet mit seinen EU-Partnern intensiv an einer Entschärfung der Situation, damit das zerstörte Vertrauen zwischen den Konfliktparteien wieder hergestellt wird und der Friedensprozess weitergehen kann. Wir lassen uns dabei von den bekannten traditionellen Grundsätzen unserer Nahost-Politik leiten, denen zufolge einerseits die Existenz Israels in sicherer und anerkannter Grenze gewährleistet sein muss und andererseits das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung und damit schlussendlich auch auf die Errichtung seines eigenen Staates hat. Österreich unterhält ja seit der Amtszeit von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky enge freundschaftliche Beziehungen zu den Palästinensern und hat 1980, als erster Staat im westlichen Europa, die PLO diplomatisch anerkannt. Wir unterstützen daher, aufgrund unseres jahrzehntelangen besonderen Interesses für die Nahost-Region, in der derzeitigen für den Frieden so bedrohlichen Lage, alle Maßnahmen und Initiativen zur raschen Beendigung der Krise.

Mit den Besten Grüßen

Benito Ferrero Waldner“

Der dritte Brief kommt von unserem LH-Stv. DI. Haider und betrifft unsere Spätverbindung St. Valentin - Garsten.

Mit Schreiben vom 2. 11. 2000 teilte mir LH-Stv. DI. Haider nachstehendes mit:

„Ich komme zurück auf mein Schreiben vom 17. 6. 1999 betreffend die Wiedereinrichtung der Spätverbindung St. Valentin - Garsten. Es wurde mir nun mitgeteilt, dass sich die ÖBB mit dem niederösterreichischen Unternehmer, der für einen Teil der Strecke die Konzession besitzt, geeinigt hat. Damit steht der Wiedereinrichtung der Spätverbindung nun nichts mehr im Wege.

Im Auftrag des Landes Oberösterreich wird daher mit Beginn 1. November 2000 eine Busverbindung als Ersatz des Spätzuges eingerichtet.

Der Bus wird täglich außer Samstag von St. Valentin (Abfahrt 23.35 Uhr) über Enns (Abfahrt 23.45 Uhr am Stadtplatz) und Steyr (Ankunft 00.10 Uhr am Busterminal) nach Garsten geführt (Ankunft 00.15 am Bahnhof). Zum Einsatz kommt ein moderner 12 m Niederflerbus.

Die Kosten für diese Spätverbindung in der Höhe von S 327.250,-- werden vom Land Oberösterreich getragen. Bei entsprechender Inanspruchnahme soll diese Spätverbindung in das in Erstellung befindliche Verkehrskonzept für den Großraum Steyr integriert werden.

Mit diesem Angebot wird der Region Steyr eine späte Rückkehrmöglichkeit sowohl aus Wien (Ankunft D-Zug in St. Valentin um 23.27 Uhr) als auch aus Salzburg/Linz (EC-Ankunft in St. Valentin um 23.12 Uhr) geschaffen. Eine Verbesserung des Angebotes ist aus Richtung Wien auch durch die Linienführung über Enns gegeben, wohin bislang um 22.27 Uhr die letzte Ankunftsöglichkeit bestand.

Ich freue mich, dass es nun nach langen Bemühungen gelungen ist, diese Spätverbindung wieder einzurichten und hoffe, dass damit dem Wunsch der Region Steyr zufriedenstellend Rechnung getragen wurde.“

Zum Asphaltierungsprogramm der Stadt Steyr darf mitgeteilt werden, dass es auch zum Großteil umgesetzt wurde.

Die Teilprojekte: Koloman-Wallisch-Straße (Gehsteig), Berggasse (Schulwegsicherung), Leitenweg (Asphaltierungsarbeiten 1. Bauabschnitt: Engstelle ab der Werndlstraße im Bereich Fuchsentgutstraße), Dornacher Straße (Lärmschutzdamm und Straßenanbindung an die Nordspange), Fischhubweg (Asphaltierung des Gehweges und Teilsanierung), Arnhalmweg (Asphaltierung einer Stichstraße und Beleuchtung). Abgeschlossen sind nun auch die Sanierungsarbeiten im Bereich Marxstraße/Schösserstraße (Stadtteil Ennsleite).

Für das heurige Asphaltierungsprogramm hat die Stadt Steyr 3,3 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Der Christbaum am Stadtplatz stammt aus Neuzeug und wurde von Herrn Ernst Girking gestiftet. Die Frau Vizebürgermeisterin hat sich persönlich bei ihm und den anderen Herrschaften, die hier die Christbäume gespendet haben, bedankt. Ich möchte diesen Dank vor dem Gemeinderat noch einmal unterstreichen.

Zur Wirtschaft- und Arbeitsmarktlage darf ich mitteilen, dass die Arbeitslosenquote im Oktober 2000 4,5 % betragen hat und damit im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozentpunkte höher ist. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,9 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2000 1.840. Diese vermehrte sich gegenüber dem Vormonat um 1,1 % (d. s. 20 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 16,7 % (d. s. 368 Personen).

Im Oktober 2000 sind 427 offene Stellen gemeldet.

Zum Schluss eine aktuelle Mitteilung die Christkindlwelt betreffend, wo ja in letzter Zeit heftige und intensive Gespräche stattgefunden haben und wo interessanter Weise eine enorme Nachfrage herrscht. Heute in der Früh hat mir der Tourismusdirektor gesagt, dass alleine gestern 75 Leute nachgefragt haben, ob diese Einrichtung in Betrieb ist. Es gibt keinen Tag unter 50 Anfragen, also ist es im Zuge unserer Werbung doch irgendwo angekommen und ich habe daher die Anweisung gegeben, dass diese jetzt zugesperrte Christkindlwelt doch in den Monaten Dezember und Jänner aufgesperrt wird. Zu diesem Berufe sollen wir schauen, dass ein Pachtverhältnis mit dem Masseverwalter eingegangen werden kann, nachdem in der letzten Aussprache für den Kauf keine Mehrheitsverhältnisse erzielt wurden, obwohl wir im Oktober in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz schon einmal soweit waren. Es soll uns also pro Monat S 20.000,-- kosten und wir müssen natürlich auch die Sicherheitsvorkehrungen treffen, die geeignet sind, diese Weihnachtserlebniswelt zumindest teilweise, wie wir das angekündigt haben, unseren Gästen und Besuchern auch tatsächlich zugänglich machen zu können, weil es ja nur ein provisorischer Betrieb sein kann, weil die Bahn derzeit ja nicht funktionsfähig ist.

Unter Punkt 4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates wird gebeten die mit der Einladung zugegangenen Stadtsenatsunterlagen und die dort getroffenen Beschlüsse zur Kenntnis zu nehmen.

Bevor wir zu Punkt 5) kommen, darf ich mitteilen, dass 3 Dringlichkeitsanträge der Freiheitlichen Fraktion vorliegen. Nachdem die Zeit sehr kurz war und ich der Meinung bin, dass zumindest einer davon, aber wahrscheinlich zwei, eher nicht in den Kompetenzbereich des Gemeinderates fallen, hätte ich vielleicht noch kurz darum gebeten, eine Erklärung dazu abzugeben. Wird das einer von unseren Juristen machen?

GR Ing. David Forstenlechner kommt um 14.35 Uhr in die Sitzung.

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Wir haben uns die drei Dringlichkeitsanträge angeschaut, alle drei sind zuzulassen. Wie weit die Dringlichkeit zugelassen wird liegt beim Gemeinderat. Inhaltlich ist es so, dass meiner Ansicht nach der Dringlichkeitsantrag von der Frau Mag. Frech, diese Resolution, die Gemeinderatszuständigkeit hat. Der Dringlichkeitsantrag der die Kulturaufgaben betrifft, auch da ist eine Gemeinderatszuständigkeit gegeben. Hinsichtlich des Antrages, der die Sporthalle betrifft, da sehen wir uns jetzt gerade die Richtlinien für den Gestaltungsbeirat an, da möchte ich erst dann etwas dazu sagen, wenn es effektiv zur Diskussion steht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es war ein gemeinsamer Antrag!

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Ich habe ihn von der Frau Mag. Frech bekommen.

Zwischenruf: Sie haben ihn von mir bekommen!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Das ist jetzt aber eh egal!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr habt ja alle die Dringlichkeitsanträge vorliegen. Die Resolution betrifft ja ein Thema, das aktuell und erst jetzt in den Medien aufgetaucht ist und da sehe ich es auf jeden Fall als wichtige Überlegung, uns dazu zu äußern und hier in dieser Weise vonseiten des Gemeinderates ein positives Plazet dazu abzugeben. Bei den zwei anderen Dringlichkeitsanträgen sehe ich die Dinge etwas anders, aber bitte sehr. Behandeln wir gleich einmal die Resolution und ich darf fragen, wer dazu das Wort wünscht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Welcher?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es gibt ja eh nur die eine Resolution, das andere sind ja konkrete Anträge. Die Resolution, welche die Verkehrsverbindung betrifft, die bedroht erscheint.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Dringlichkeit?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, zum dringlichen Antrag - Resolution an den Generaldirektor der ÖBB, DI Dr. Helmut Draxler, Bundesministerin für Verkehr und Innovation, Fr. DI Dr. Forstinger, betreffs Bahnfahrplan 2004. Da möchte ich einmal die Frage stellen, ob zur Zuerkennung der Dringlichkeit das Wort gewünscht wird. Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Zum Inhalt des Antrages will ich gar nicht viel sagen, die Sache ist ja aus den Medien bzw. aus dem Verkehrsausschuss den wir letzte Woche gehabt haben, bekannt. Ich würde ihnen den Vorschlag machen, dass wir diesen Antrag aus Zeitersparnisgründen unter Umständen gemeinsam mit dem Punkt 2) der Tagesordnung, wo es um Ähnliches geht, vielleicht gleich mitbehandeln. Ich bitte den Gemeinderat diesen dringlichen Antrag zu unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das geht ja nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber am Ende der Tagesordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es gibt nichts anderes, wir können ihn nur am Anfang oder am Schluss behandeln, aber in der Debatte zu Punkt 2) kann natürlich, nachdem hier eine gewisse inhaltliche Nähe vorhanden ist, darüber diskutiert werden. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich finde den Vorschlag vom Kollegen Kupfer sehr gut, nicht beide Anträge gleichzeitig zu behandeln, sondern zuerst die Resolution und dann den Dringlichkeitsantrag, denn es steht nirgends im Statut, dass der Dringlichkeitsantrag immer am Schluss sein muss, den kann man auch dazwischen wo hineingeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kann man nicht. Man kann ihn nur sofort behandeln oder am Schluss der Tagesordnung. Unsere Praxis und Übung war bisher, diese Resolution am Ende der Tagesordnung zu behandeln, was ich auch in dem Fall vorschlagen würde. Ich bin da durchaus positiv eingestellt, es passt zwar inhaltlich zusammen, nur dass es sich eben um Verkehr handelt. Aber das eine ist die Aufnahme in das Verkehrswegenetz und wird einen Zeithorizont von 20 bis 30 Jahre umfassen und das andere ist höchst aktuell. Da sehe ich schon einen entscheidenden Unterschied. Also, wie üblich die Behandlung am Ende der Tagesordnung.

VICEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann ersuche ich, dass getrennt abgestimmt wird, a) zur Dringlichkeit und b) ob am Anfang oder am Ende behandelt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dringlichkeitsantrag Nr. 1, Resolution - wer erkennt dem Antrag die Dringlichkeit zu? Einstimmige Annahme.

Wer möchte die Behandlung wie üblich am Ende der Tagesordnung haben? 24 (SPÖ, ÖVP). Wer möchte die Behandlung sofort haben? 12 (FPÖ, GAL, LIF). Das ist die Minderheit. Die Resolution wird am Ende der Tagesordnung behandelt und voraussichtlich einstimmig angenommen. Das sage ich gleich vorweg, weil nachher vielleicht manche nicht mehr da sind.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 2 - ein Antrag der Freiheitlichen Fraktion, unterstützt von der Frau Mag. Frech, betrifft die unverzügliche Einladung des Gestaltungsbeirates, sich mit dem Projekt der Bezirkssporthalle zu beschäftigen. Hiezu möchte ich kundtun, dass der Gestaltungsbeirat und seine Einberufung, oder Befassung mit entsprechenden Projekten, in einer eigenen Ordnung, die der Gemeinderat beschlossen hat, genau geregelt ist. In dieser sind einige Zugangskriterien sehr konkret festgelegt. Da gibt es Größenordnungen, da gibt es prominente Plätze und da gibt es unter anderem auch die Festlegung, dass hier der Bauausschuss darüber befindet, ob eine Zuleitung an den Gestaltungsbeirat erfolgen soll oder nicht. Diese Befassung im Bauausschuss hat stattgefunden und es hat auch eine eingehende Debatte darüber gegeben. Letzten Endes ist dann mit Mehrheit beschlossen worden, die Freiheitliche Fraktion hat, glaube ich, dagegen gestimmt, dass wir dort einen Architektenwettbewerb durchführen. Der Architektenwettbewerb ist ja ein höherwertiges Gremium als die Befassung des Gestaltungsbeirates. Es geht auch daraus hervor, Herr Kollege Dr. Pfeil, dass in Fällen, wo der Gestaltungsbeirat vermeint, dass hier eine noch intensivere Beschäftigung mit einem Projekt stattfinden soll, dass er dann vorschlägt, das ist schon mehrfach geschehen, einen Architektenwettbewerb durchzuführen. Wir haben dort also einen Architektenwettbewerb durchgeführt, es hat eine Jury gegeben, die hat zwei Sitzungen vorgenommen und das Siegerprojekt für die Bezirkssporthalle ist ausgewählt worden. Eine weitere Befassung im Gestaltungsbeirat ist eine zeitaufwändige, komplizierende Angelegenheit, die uns deswegen nicht zupass kommt, weil wir in Wirklichkeit so schnell wie möglich eine Planung in Auftrag geben sollten, damit wir dieses Projekt zur OÖ. Landesregierung hinüberbringen können. Wir stehen ja in Konkurrenz mit anderen Regionen und es geht wirklich um die Zeit, damit wir in die Förderungskulisse für die Förderung dieses wichtigen Projektes, darüber sind wir uns ja alle einig, dass das in Steyr Priorität hat, hineinkommen. Es hat also bereits im zuständigen Ausschuss und gemäß den Richtlinien für den Gestaltungsbeirat eine entsprechende Debatte und Beschlussfassung stattgefunden. Jetzt neuerlich den Gemeinderat damit zu befassen, das halte ich für überflüssig und ich bin auch persönlich dagegen, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzugestehen, aber natürlich entscheidet immer der Gemeinderat.

Wer möchte jetzt zur Dringlichkeitszuerkennung das Wort ergreifen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Anders als sie, werde ich jetzt wirklich nur zur Dringlichkeit sprechen und ich hoffe, dass wir dann bald die Gelegenheit haben, über den Inhalt zu diskutieren. Der Gestaltungsbeirat ist heuer zweimal mangels Themen abgesagt worden. Ein begrenzter Architektenwettbewerb ist durchgeführt worden und das Ergebnis war leicht vorhersehbar. Aber die große Chance bei einer Befassung durch den Gestaltungsbeirat besteht ja darin, dass ein Gestaltungsbeirat ein vorgelegtes Projekt immer noch verbessert hat und kann. Jedes Projekt ist verbesserungswürdig, kein Architekt kann alle Kriterien so beurteilen, dass er das Rad erfunden hat, sondern wenn hochkompetente Fachleute, 5 Spitzenarchitekten ein Projekt diskutieren und verbessern, das soll ja eine positive Kritik sein, dann denke ich auch, dass die Bezirkssporthalle nur gewinnen kann. Zu den Kriterien im Bauausschuss, meines Wissens nach haben solche Beschlüsse nur empfehlenden Charakter, wie immer bei allen anderen Ausschüssen auch. Selbstverständlich steht der Gemeinderat darüber.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es steht in der Richtlinie für den Gestaltungsbeirat ganz konkret drinnen, dass der Bauausschuss darüber entscheidet.

Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es ist schon hoch interessant, wie man alles drehen und wenden kann, wie man es gerade braucht, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Wir haben heute noch einen Tagesordnungspunkt, wo gerade das war, dass ein Ausschuss einstimmig einen Beschluss gefasst hat und man dann gesagt hat, das hat ja nur empfehlenden Charakter und braucht nicht auf die Tagesordnung der Sitzung zu kommen. Jetzt erklären sie, der Bauausschuss hat beschlossen, unwiderruflich mehr oder weniger, dass dieses Projekt nicht in den Gestaltungsbeirat zu kommen hat. Entweder stimmt das eine, dass der Ausschuss nur empfehlenden Charakter hat, oder es stimmt das andere, dass er Beschlüsse fasst und dass die nicht durch den Gemeinderat aufgehoben werden können. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in unseren Richtlinien zum Gestaltungsbeirat ist meines Wissens nach kein einziger Satz zu finden, wo drinnen steht, dass Projekte anhand gewisser Kriterien nicht hineinkommen dürfen. Ich kann jederzeit meine Kriterien erweitern. Gerade ein Projekt wie die Bezirkssporthalle, das dermaßen große Auswirkungen auf die Stadt hat, das auf den Verkehr Auswirkungen hat, das uns noch jahrzehntelang durch seinen Bau erfreuen oder vielleicht auch weniger erfreuen wird, das sollte doch tatsächlich in den Gestaltungsbeirat kommen. Da plötzlich mit der Zeit zu argumentieren, dass das nicht dringlich wäre, diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen, zugleich aber sagen, wir müssen jetzt alles tun, damit das schnell geht, das ist ein Widerspruch an sich und ich würde sie bitten, diesen Antrag zumindest zur Abstimmung zu bringen. Denn ich glaube, was man hier herinnen fürchtet, dass man diesen Dringlichkeitsantrag gleich gar nicht zur Abstimmung bringen will, das ist, dass man sich deklariert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin, es ist ein wesentlicher Unterschied, ob ein Ausschuss eine finanzwirksame

Beschlussfassung vornimmt oder eine Empfehlung in einer anderen Angelegenheit. Beides ist möglich, nicht nur das eine oder das andere. Jedenfalls steht in unseren Richtlinien für den Gestaltungsbeirat klar drinnen, welche grundsätzlichen Kriterien bei der Zuführung der Projekte an den Gestaltungsbeirat maßgeblich sind und auch die konkrete Festlegung, dass letzten Endes der Bauausschuss entscheidet. Und das ist bereits geschehen.

Weitere Wortmeldungen gewünscht?

Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Genau das ist ja im Frühjahr geschehen. Ich habe jetzt das Protokoll nicht mit, aber Herr Bürgermeister, sie haben in der Sitzung im Frühjahr, wo wir über den Wettbewerb abgestimmt haben, über das Verfahren ganz klar gesagt und es ist auch protokolliert worden, dass das Ergebnis des Architektenwettbewerbes, der nicht einmal ein Architektenwettbewerb war, präzise gesagt war es ein Gutachterverfahren, dass dieses Ergebnis dem Gestaltungsbeirat vorgelegt wird. Es steht im Protokoll des Bauausschusses vom Frühjahr, ich weiß jetzt nicht genau wann das war, aber da steht ihre Aussage protokolliert. Darum denke ich mir, wir sollten so fair sein, diesen Antrag, den ich unterstütze, zu debattieren, weil es geht nicht nur um das Projekt Sporthalle. Wir haben jetzt zweimal den Gestaltungsbeirat abgesagt und es gibt in Steyr auch andere Bauprojekte, die derzeit zur Diskussion stehen und ich denke mir, diese Debatte können wir doch führen. Wieso nicht? Wir brauchen uns davor nicht fürchten. Wenn wir so weitermachen, demontieren wir den Gestaltungsbeirat, dann frage ich mich schon, warum wir uns dieses Gremium überhaupt noch leisten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie Herr Kollege Kupfer, daraus sehen sie ja schon, dass das für mich keine Fahnenfrage ist. Ich hätte mir auch damals vorstellen können, dass das auch noch in den Gestaltungsbeirat geht. Allerdings muss ich sagen, dass mir dann alle Fachleute übereinstimmend sagten, das ist nicht zielführend. Es gibt hier dieses Gutachterverfahren durch die Architekten, immerhin haben ja 5 Architekten eingereicht und wir haben denen dafür auch ein Honorar gezahlt, es ist unter Vorsitz des Stadtentwicklungskonzeptverfassers, Universitätsprofessor Breitling, in zwei Sitzungen, bei denen sie und alle Fraktionen dabei waren, eingehend diskutiert und ein Siegerprojekt ermittelt worden. Bitte sehr, jetzt wird der Landessportstättenbaubeirat dieses Ding ebenfalls noch begutachten, wir wollen es auch noch mit den Sportlern und den Kulturschaffenden debattieren und jetzt wollen sie es dem Gestaltungsbeirat auch noch einmal vorlegen, wie lange sollen wir dieses Prozedere eigentlich noch gestalten und für was.

Sie glauben, dass die Qualität noch wesentlich gesteigert wird.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist bis jetzt immer so gewesen, bei jedem Projekt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Grund, warum wir für den beschränkten Wettbewerb waren, war der, dass in Wirklichkeit 80 % einer solchen Halle determiniert sind. Eine Dreifachturnhalle hat gewisse Maße und die Spielfelder sind festgelegt. Es geht in erster Linie um die Außen- und Eingangsgestaltung, das ist in Wirklichkeit die Situation. Die Förderungskulissen des Landes werden möglicherweise auch noch einmal auf diese letztendliche Ausführung, die dann zur Planung kommt, Einfluss nehmen. Schauen sie, die Grünen bemühen sich hier um noch mehr architektonische Qualität, ein Steckenpferd des Herrn Kollegen Kupfer, das gebe ich ja zu. Bei den Blauen könnte ich jetzt 10 Projekte anführen, gegen die sie alle waren. Bei euch geht es eher darum, dass ihr es ein bisschen verzögert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eine Zwischenfrage, Herr Bürgermeister. Dann waren wir alle falsch unterwegs, als nach dem Architektenwettbewerb das Bahnhofsparkdeck dann im Gestaltungsbeirat begutachtet worden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war ganz anders.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine böse Unterstellung, dass sie sagen, wir sind eh gegen 10 Großprojekte. Sagen sie gegen welche?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, gegen Bahnhofsüberbauung, gegen City-Point, eine Kehrtwendung im letzten Moment bei Wieserfeldplatz, die Überdachung der Eishalle.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das können sie aber nicht alles beweisen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich werde ihnen das einmal genau auflisten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, da lässt sie ihr Erinnerungsvermögen etwas im Stich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, wenn man alt ist, kann man sich an alles erinnern, was lange aus ist.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie können sich nicht einmal mehr erinnern, dass sie im Oktober die Christkindlwelt kaufen wollten, aber das ist ein anderes Thema.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt nicht, ich möchte dem Gemeinderat schon eine Richtigstellung geben. Herr Bürgermeister, so kann es doch nicht sein, wenn im Rahmen einer Fraktionsobmännerdiskussion oder einer persönlichen Diskussion im Sommer dargestellt wird, dass es natürlich für die Stadt Steyr wichtig ist, weil ja die Werbung draußen ist, dass die Christkindlwelt am Leben erhalten wird - nicht mehr oder weniger haben wir gesagt. Das Ausmaß dieses Desasters haben wir damals auch alle nicht gewusst, bei weitem nicht. Jetzt im Alleingang diese Schau zu eröffnen, das ist mehr als kühn.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich mache überhaupt keine Schaueröffnung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann gefällt es ihnen, in Seitenblicke zu sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben das vielleicht nicht gespannt, dass die Seitenblickesendung im vergangenen Jahr anlässlich der Eröffnung der Bethlehemausstellung aufgenommen worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben sie rausschneiden lassen, aber sich selber haben sie nicht herausschneiden lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe überhaupt nichts, ich habe weder mit jemanden geredet noch sonst etwas. Ich kann nur feststellen, dass es für die Stadt Steyr eine gute Werbung war und dass wir dem ORF dankbar sein müssen, dass sie das genau zu diesem Zeitpunkt gesendet haben. Aber das führt jetzt zu weit. Wir haben die Debatte abzuhalten, ob wir dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen oder nicht. Wer wünscht dazu noch das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Als zuständiger Referent des Bauausschusses fehlt mir ein bisschen das Verständnis. Wir haben die Vorlage, wir haben ganz klar festgelegt, wer für die Weiterleitung an den Gestaltungsbeirat zuständig ist. Das heißt, wenn sie derzeit oder auch in Zukunft mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden sind, dann wäre es zielführend, wenn ein Antrag da ist, der entscheidet, dass in Zukunft der Bauausschuss nicht mehr dafür zuständig sein sollte. So wie es hier ist, dass man sich Einzelprojekte herauspicks, wo irgendjemand persönliche Interessen oder sonst irgendetwas hat, dass sehe ich einfach nicht ein.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Dr. Pfeil, sie reiten seit einem dreiviertel Jahr aus gekränkter Eitelkeit auf diesem Thema herum. Bitte, das ist sehr wohl ihre persönliche Sache und ich sehe nicht ein, dass hier der Ausschuss missbraucht werden soll. Ich spreche mich klar gegen den Dringlichkeitsantrag aus. Ich bin der Meinung, es sollte nach wie vor so gehandhabt werden, dass der Bauausschuss die Entscheidung trifft, ob es an den Gestaltungsbeirat weitergeleitet wird oder nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es zur Dringlichkeit noch eine Wortmeldung? Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird oder nicht. Wer ihm die Dringlichkeit zuerkennt, den ersuche ich um ein Zeichen. 12 (FPÖ, GAL, LIF). Wer ist gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit? 24 (SPÖ, ÖVP). Das ist die Mehrheit. Dem Antrag wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt, der Dringlichkeitsantrag Nr. 2 ist hiermit abgelehnt.

Dringlichkeitsantrag Nr. 3 - Dieser Antrag beschäftigt sich damit, eine Neugestaltung des Heimathauses vorzunehmen.

- 1) Die Stadt Steyr bekennt sich zur Neugestaltung des Heimathauses, Museum der Stadt Steyr.
- 2) Aufgrund der Komplexität des eingereichten Projektes wird dem Atelier „Spurwien“ der Auftrag zur Erstellung eines Detailkonzeptes gegeben.
- 3) Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsvoranschlag 2001 berücksichtigt.

Ich erinnere mich nicht, dass in dem Zeitraum, in dem ich die Ehre hatte hier in diesem Gemeinderat zu sitzen, irgendwann einmal ein Beschluss gefasst worden ist, der das Budget, das wir noch dazu eh gerade verhandeln, in dieser Form im Vorhinein determiniert hat. Ich muss ehrlich sagen, über dieses Thema haben wir als Finanzreferent in den Budgetverhandlungen sowohl mit der F-Fraktion, mit der GAL-Fraktion, als auch mit der ÖVP-Fraktion bereits gesprochen. Das Gespräch mit der Frau Kollegin Frech werden wir in allernächster Zeit haben. Wir haben es mit der Situation zu tun, Neugestaltung Heimathaus - keine Frage. Die Frage ist nur, ob man ein ca. 1,5 Mio. Schilling teures Konzept jetzt beauftragen und das Budget damit belasten sollte, wenn wir alle wissen, jedenfalls wenn wir das ernsthaft und verantwortlich überlegen, dass wir die Umsetzung eines solchen Konzeptes, meiner Einschätzung nach, frühestens in 5 bis 8 Jahren realisieren können. Wir sollten uns doch in Erinnerung rufen, dass wir beschlossen haben, jetzt 15 Mio. Schilling für die Bücherei und die Medienräumlichkeiten aufzuwenden. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass wir in Wirklichkeit gerade darüber debattiert haben, dass wir eine multifunktionelle Halle, Sport und Kultur, in Gang setzen wollen und dass alleine der Umstand, dass wir sie nicht nur als Bezirkssporthalle bauen rund 50 Mio. Schilling mehr kostet. Die Kultur, oder die Ausrichtung dieser Halle für 3500 Publikumsplätze und die Ausführung in dieser Form, dass dies auch ansehnlich wird, kostet eben 50 Mio. Schilling. Da rede ich noch gar nicht davon, was möglicherweise auch noch vorher kommt, was wünschenswert und fest beschlossen ist, dass wir 1/3 von 56 Mio. Schilling für die Implementierung der Musikschule im Reithoffergebäude determiniert haben, diese Planung bereits beim Land OÖ liegt und wir intensiv bemüht sind, dies möglichst schnell durchzuführen, wobei mindestens ab 2004 Finanzmittel zugesagt wurden. In letzter Zeit haben wir aber gehört, dass es auch etwas früher sein könnte. Rechnen wir also 15 Mio., 50 Mio. und fast 20 Mio. Schilling für die Musikschule zusammen und wer dann noch glaubt, dass wir noch eine Größenordnung von 30 bis 40 Mio. Schilling beschließen sollten, das wird nämlich in etwa das finanzielle Umsetzungsvolumen für „Spurwien“-Konzept sein, da gibt es ja schon eine Vorstudie, da muss ich ihnen schon sagen, der kann das zwar beschließen, ich halte es nur fast für einen verlorenen Aufwand, ein Konzept für 1,5 Mio. Schilling zu bestellen, es 6 bis 7 Jahre zu schubladisieren, es dann möglicherweise als überholt zu betrachten und sich noch einmal mit dieser Materie beschäftigen zu müssen und ein neues Konzept zu geben. Also, jetzt zu beschließen, dass das ins Budget 2001 hinein muss und damit in laufende Budgetverhandlungen einzugreifen, die wir ohnehin zu führen haben und es muss ja zumindest eine Mehrheit für dieses Budget gefunden werden, das halte ich also auch für eine sehr populistische Position, was den Antrag betrifft, aber die Dringlichkeit steht zur Debatte.

Darf ich zuerst den Herrn Dr. Pfeil bitten, weil er ja immerhin der Haupteinbringer ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich spreche nur zur Dringlichkeit. Der Kulturausschuss ist seit 3 Jahren damit beschäftigt und darüber hinaus gab es in den vergangenen

Jahren immer wieder Diskussionen über die Neugestaltung des Steyrer Heimathauses, die von allen Diskussionsteilnehmern immer als längst überfällig bezeichnet worden ist, darüber gab es keine Diskussion. Am 19. 9. hat nun der Kulturausschuss - Entschuldigung, es war so, dass 3 Jahre vorher die Diskussion stattgefunden hat, es wurde ein Wettbewerb für die Konzepterstellung für den Museumsneubau und für die Neugestaltung ausgeschrieben und der Kulturausschuss hat, denke ich, am 12. Juli ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Am 4. Juli!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, am 4. Juli einstimmig, nach langer und sehr guter Diskussion, die Empfehlung gegeben, dass das Atelier „Spurwien“ den Auftrag bekommen soll. Dieses Verfahren hat ja auch Geld gekostet, die Leute haben auch Geld bekommen, und es war der Antrag des Kulturausschusses an den Gemeinderat, der auch einstimmig gewesen ist, den ich identisch mit Punkt 1 und 2 genommen habe. Das heißt, dass ein Grundsatzbeschluss gefasst werden sollte.

- 1) Die Stadt Steyr bekennt sich zur Neugestaltung des Heimathauses - Museum der Stadt Steyr.
- 2) Aufgrund der Komplexität des eingereichten Projektes wird dem Atelier „Spurwien“ der Auftrag zur Erstellung eines Detailkonzeptes gegeben.

Der Punkt 3) ist natürlich eine Fleißaufgabe, ergibt sich natürlich von selbst vom Punkt 2). Wenn ich jemanden einen Auftrag erteile, dann muss ich natürlich die Mittel bereitstellen. So sehe ich das.

Es wurde aber, zur Überraschung von allen und das ist jetzt die Dringlichkeit, am 19. 9. im Kulturausschuss moniert, dass das Ergebnis noch nicht bekannt gegeben worden ist. Es wurde am 28. 9. im Kulturausschuss noch einmal Klage geführt, dass das Ergebnis den Teilnehmern immer noch nicht bekannt gegeben worden ist, geschweige denn ein Gemeinderatsantrag eingebracht worden ist. Ich habe am 7. 11. beim Magistratsdirektor interveniert, dass wenigstens die Preisträger, oder die Teilnehmer verständigt werden, dass es uns nicht interessiert, oder danke schön, wir bauen es nicht, oder der Gemeinderat hat sich anders entschieden. Auch hier ist mir Abhilfe und eine rasche Klärung versprochen worden. Aber, am Freitag den 28. 11. hat mich ein teilnehmender Architekt angerufen und gesagt, dass er immer noch nichts weiß. Das ist der Anlass für die Dringlichkeit. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte die Dringlichkeit dieses Antrages unterstützen. Ich müsste jetzt eigentlich das,

was der Herr Dr. Pfeil gesagt hat, wiederholen. Ich denke, dass genau das, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, die Dringlichkeit bringt, dass wir darüber diskutieren müssen. Denn es ist wirklich so, dass wir seit 4. Juli warten, dass dieser Antrag in den Gemeinderat kommt und auch unsere Fraktion hat das Heimathaus als Budgetwichtigkeit in die Diskussionen eingebracht. Ich bitte, diesem Antrag die Dringlichkeit zu geben, dass wir dann wirklich auch über inhaltliches diskutieren und reden können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Es gibt eine schöne ORF-Sendung, die heißt „Heimat, fremde Heimat“. Es war bereits vor 7 Jahren, da habe ich sogar Schwierigkeiten mit meiner eigenen Fraktion gehabt, weil ich gesagt habe, dieses Heimathaus gehört jetzt unbedingt einmal renoviert, weil es ist ein Wahnsinn, wenn man da hineingeht.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Da waren sie noch gar nicht im Gemeinderat!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Freilich ist das schon 7 Jahre her, die heiligen 7 Jahre. Dann hat es Diskussionen gegeben, weil es geheißen hat, das geht alles nicht so, wie ihr euch das vorstellt, da brauchen wir Personal. Dann haben wir versucht im Budget Personal unterzubringen. Es ist dann niemand hingekommen. Unlängst treffe ich einen Freund und der sagt mir: „Ich war mit meinem Sohn im Heimathaus, weil er schaut sich immer gerne eine Zunfttruhe an und ich stelle fest, dass beim 2. Besuch das Schloss von der Zunfttruhe fehlt. Anschließend war dann Flohmarkt am Stadtplatz und siehe da, mein Sohn sagt, schau Papa, da ist das Schloss von der Zunfttruhe.“ Ein wunderbares Beispiel dafür, dass es endlich einmal Zeit wird, sich mit dem Heimathaus zu beschäftigen. Ich verstehe schon, dass sie hier ihre Präferenzen sehen, Herr Bürgermeister, da haben sie auch vollkommen Recht. Nur, wir reden jetzt schon seit Jahren darüber, ich will nicht sagen Jahrzehnten, aber ich wäre einmal dafür, dass wir unseren Arbeitsplan einfach abarbeiten. Zu was haben wir denn diesen Wettbewerb überhaupt gemacht? Ich verstehe sie sehr gut, wenn sie sagen, na ja, wenn das in 7 oder 8 Jahren einmal kommt, aber ich bitte dringendst darum, das demnächst auch zu behandeln, weil wir 1) schon so lange darüber reden und 2) könnten wir uns ja einen Arbeitsplan festlegen, was wir alles zum Abarbeiten haben. Da könnte vielleicht das eine oder andere Projekt, das nämlich in der Zwischenzeit quer hereinkommt, nicht stattfinden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin dafür, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, auch wenn ich vollinhaltlich nicht unbedingt konform gehe. Ich denke mir, das eigentliche Problem ist das, dass wir es bis heute nicht geschafft haben, einen Grundsatzbeschluss im Gemeinderat zu haben, dass das Heimathaus saniert werden soll, weil dann hätten wir uns wahrscheinlich leichter getan. Derzeit ist es einfach wirklich so, man lässt es liegen und das kann nicht sein. Der Kollege Apfelthaler hat es schon angesprochen, wir diskutieren seit Jahren darüber, wir haben aber im Endeffekt, meines Wissens nach, keinen Gemeinderatsbeschluss, wo wir uns wirklich zu einer Grundsatzentscheidung bekannt haben, wir machen etwas mit dem Heimathaus. Das ist eigentlich längst überfällig. Wenn dieser Dringlichkeitsantrag zumindest dazu führt, dass es diesen Grundsatzbeschluss demnächst gibt, dann war er das schon wert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung? Gut, dann möchte ich nur noch sagen, Frau Kollegin Frech, während wir über das Heimathaus debattieren, haben wir schon allerhand gemacht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber wir haben keinen Grundsatzbeschluss, in welche Richtung es gehen soll!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dass wir keinen Grundsatzbeschluss haben, das ist schon zutreffend, aber wir haben durch schlüssige Handlungen bewiesen, dass wir schon etwas machen. Wenn ich richtig informiert bin, haben wir schon eine Heizung und jetzt gerade das Dach gemacht. Also, man kann dorthin Millionenbeträge schreiben, die wir schon realisiert haben. Aber was dieses neue Konzept und die Innengestaltung anbelangt, dann reden wir grob geschätzt von 30 bis 40 Mio. Schilling in diesem „Spurwien“-Konzept, wenn ich mich richtig erinnere. Da wird es einfach notwendig sein, dass man Prioritäten setzt, auch im Kulturausschuss. Wenn ich die Kulturpolitikerinnen und -politiker bitten darf, nicht einfach zu beschließen, wir machen die Bücherei, das Heimathaus, das Reithofferhaus, Jugendkultur, multifunktionelle Halle usw. und natürlich alles einstimmig. Ich glaube, bei aller Wertschätzung - und ich bin von jedem einzigen dieser Projekte begeistert - aber ihr dürft dann nicht mir die Schuld geben, wenn es dann in dieser Stadt zu einer Neuverschuldung kommt. Ich möchte doch bitten, wenn die Zeitungs- und Fernsehmeldungen, die uns alle Tage zugehen, über das Sparen der Bundesregierung und auch im Land OÖ, dass überall gespart wird, dass es dann bei uns nicht genau das Gegenteil heißen kann.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Da geht es ja um keinen Neubau, da geht es um die Erhaltung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, Herr Fürweger, aufgrund meines Alters bin ich schon früher als sie in das Heimathaus hineingegangen. Ich weiß das schon, dass wir kein neues Heimathaus bauen, aber es geht um die Kosten und man braucht doch nur diese Millionensummen addieren, dann wird man darauf kommen, dass kein Finanzreferent der Welt in der Lage ist, dies alles gleichzeitig, ohne Neuverschuldung, zu machen. Da geht es schon auch um die Verantwortung des gesamten Gemeinderates, wie man denn ein Budget zustandebringt und auch im Vollzug einhält. Da muss man einfach Prioritäten setzen. Ich bin ja 100 %ig für das Heimathaus, nichts dagegen einzuwenden, selbstverständlich müssen wir das auch machen, und wir tun es ja auch. Nur, wie gesagt, da geht es ja um weitere 30 bis 40 Mio. Schilling, die auch beschlossen werden können. Nur muss man dann sagen, wir wollen ja jetzt endlich auch einmal die Bücherei machen. Wir haben die Bezirkssporthalle, multifunktionelle Halle zur Priorität erklärt, müssen wir haben, weil uns die Sporthalle eingeht. Also bitte, wir reden da von ungefähr 200 Mio. Schilling, ein ganzer außerordentlicher Haushalt, das ist doch nicht so schwer, dass man das nur hintereinander machen kann und nicht gleichzeitig. Für diese Vorgangsweise möchte ich in aller Sanftheit als Finanzreferent werben. So, es ist von allen gesagt worden, man will das ausreichend debattieren, dies sollte durchaus auch geschehen und jetzt stimmen wir darüber ab, ob wir diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen und ihn dann auch am Ende der Tagesordnung behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Stimmen wir bitte getrennt ab!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also gut, zuerst wird über die Zuerkennung der Dringlichkeit abgestimmt. Wer ihm die Dringlichkeit zuerkennt, den ersuche ich um ein Zeichen. Wer ist gegen die Dringlichkeit? Wer übt Stimmenthaltung? Die Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt.

Ich schlage vor, ihn am Ende der Tagesordnung zu behandeln. Wer für diese Vorgangsweise stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. 26 (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer möchte ihn gleich behandeln? 10 (FPÖ, LIF). Das ist die Minderheit, also wird dieser Antrag Nr. 3 am Ende der Tagesordnung behandelt.

So, jetzt haben wir uns mit 3 Anträgen beschäftigt, die gar nicht auf der Tagesordnung waren.

Meine Damen und Herren, um in die Tagesordnung eingehen zu können, gebe ich den Vorsitz an die Kollegin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wir beschäftigen uns jetzt mit den originären Tagesordnungspunkten unserer Gemeinderatssitzung und da steht an erster Stelle der Nachtragsvoranschlag 2000 zur Debatte.

Meine Damen und Herren, im Vollzug des Budgets dieses Jahres hat sich gezeigt, dass die Präliminare sorgfältig angesetzt wurden und dass sich im Prinzip eine sehr kontinuierliche und im Bereich der Budgetplanung ergebende Entwicklung ergeben hat. Es ist allerdings so, dass auch negative Tendenzen, die wir nicht beeinflussen konnten, schlagend werden. Man muss sagen, dass z. B. die Frage Getränkesteuer - ja oder nein - in einer Stadt wie unserer natürlich eine Rolle spielt. Da fehlen halt schon einmal in einem halben Jahr 13,5 Mio. Schilling. Die Frage der Ankündigungsanzeigenabgabe, da fehlen auch rund 3 Mio. Schilling. Wenn ich mir dies für das Budget des nächsten Jahres überlege, dann muss man diese Zahlen verdoppeln. Also, wir reden schon von etwa 30 Mio. Schilling weniger Einnahmen aus diesem Titel und wir werden sehen, wie sich der Finanzausgleich und die Ergebnisse dieser Verhandlungen auch auswirken. Auch das ist bitte zu berücksichtigen, wenn wir hier einfach locker vom Hocker mehrstellige Millionenbeträge parallel beschließen und glauben, das können wir so machen.

Meine Damen und Herren, das heurige Budgetjahr verläuft im Wesentlichen plankonform und ursprüngliche Minuspositionen haben sich hier im Ansatz tatsächlich verbessert. So weist der ordentliche Haushalt anstelle eines budgetierten Abganges von 7,6 Mio. Schilling einen leichten Überschuss von 0,6 Mio. Schilling aus.

Das macht alleine im ordentlichen Haushalt eine Ergebnisverbesserung von 8,2 Mio. Schilling aus. In Summe hat sich der ordentliche Haushalt laut Nachtragsvoranschlag von präliminierten S 1.009.300.000,-- auf S 1.052.000.000,--, also um 42,7 Mio. Schilling und der außerordentliche Haushalt von S 189,2 Mio. auf S 206,2 Mio. also um 17 Mio. Schilling erhöht.

Der Gesamtbudgetumfang für das Jahr 2000 stieg von S 1.198.500.000,-- auf S 1.258.200.000,--.

Wir haben hier also einen leichten Überschuss. Wir haben mehr Einnahmen, besonders auch im Bereich der Kommunalsteuer. Das ist ein Hinweis darauf, dass sich die wirtschaftliche Situation wirklich ausgezeichnet entwickelt hat. Es schließt sich auch der Kreis zu unseren Arbeitslosenzahlen, dort sieht man deutlich, dass sich das auch im Kommunalsteueraufkommen positiv zu Buche schlägt. Von den Mindereinnahmen habe ich bereits berichtet.

Wir haben Mehrausgaben von rund 60 Mio. Schilling, wobei hauptsächlich auch Finanzübertragungen enthalten sind. Wir haben aber auch Minderausgaben von 17,3 Mio. Schilling. Hier konnten bei Darlehenstilgungen und Zinsen, beim Krankenanstaltenbeitrag und beim Reinhalteverbandsbeitrag Einsparungen erzielt werden.

Was aber insgesamt erfreulich ist, dass hier bei den Rücklagen neuerlich eine positive Entwicklung eingetreten ist. Wir haben bei der Budgeterstellung für das Jahr 2000 einen Rücklagenstand von 48,9 Mio. Schilling veranschlagt. Nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses 1999 wurde dieser Wert bereits auf 86,9 Mio. Schilling nach oben korrigiert und im Nachtragsvoranschlag 2000 wird die Höhe des bei Ende 2000 zu erwartenden Rücklagenstandes der Stadt Steyr mit 102,2 Mio. Schilling angenommen. Ich nehme auch an, dass wir diese Zahlen hier halten werden können. Wir werden es dann beim Rechnungsabschluss genau sehen können.

Was mich noch mehr freut, in Anbetracht der Schuldendebatte in Österreich, dass der Schuldenstand neuerlich gesenkt werden konnte. So mussten um 40 Mio. Schilling weniger Darlehen aufgenommen werden, als budgetiert wurden. Womit der Gesamtschuldenstand, incl. ausgelagerter Darlehen für Kommunalzentrum sowie Alten- und Pflegeheim Tabor von insgesamt 77,6 Mio. Schilling, auf 640

Mio. Schilling - reduzierter Schuldenstand - weiter deutlich reduziert werden konnte. Das bedeutet also, dass gegenüber der Budgeterstellung, wo man noch mit 703,1 Mio. Schilling gerechnet hat, eine Reduzierung um nicht weniger als 62,7 Mio. Schilling möglich gewesen ist. Wenn ich erinnern darf, dass die Pessimisten vor ein paar Jahren einmal die Durchbrechung der Schallmauer von 800 Mio. Schilling prognostiziert haben, dann muss ich sagen, sind wir trotz der vielen Investitionen die getätigt wurden und die überall auch sichtbar geworden sind, gut unterwegs und ich bin zufrieden. Ich muss allerdings sagen, dass gerade in Anbetracht von restriktiven Tendenzen, nicht in unserer Wirtschaft in Steyr, da sind wir außerordentlich positiv unterwegs, wir aber aufgrund der Sparmaßnahmen der übergeordneten Gebietskörperschaften weniger Geld bekommen, dass wir trotzdem sehr vorsichtig sein müssen und nicht übermütig werden dürfen und hier sozusagen die Hände all zu sehr ausbreiten und das Geld all zu leicht ausgeben, weil nämlich auch hier zum Teil Dinge passieren können, die man nicht voraussehen kann. Ich hoffe auf keine bösen Unglücke, aber es genügt ja eh vollkommen, wenn auf einmal die Statiker feststellen, die Brücke im Kalkofen muss neu gemacht werden und da sind dann 10,5 Mio. Schilling zu berappen, oder die Brücke bei St. Anna muss in nächster Zeit einmal gemacht werden, die wird ein bisschen weniger kosten, aber immerhin. Wir sind auch damit konfrontiert, dass die neue Rederbrücke zwar eine Bundesbrücke ist, aber dass wir von Gesetzeswegen verpflichtet sind, für die Einbindung und den Einbau von Rad- und Fußwegen im Gemeindegebiet zu sorgen und dass mit der Einbindung in den Altbestand zu rechnen ist, damit werden wir uns ganz kurzfristig in den nächsten Tagen und Wochen beschäftigen müssen, um die Planungen nicht aufzuhalten. Wir werden hier auch mit einer Größenordnung von rund 10 Mio. Schilling zu rechnen haben, völlig außer Programm. Wenn dann auch noch an sich positive Dinge daher kommen, dass es plötzlich sehr interessante und spannende Grundstücke zu kaufen gibt, weil sich Veränderungen in der Immobilienlandschaft ergeben, z. B. durch Magna, dann wird man diese Gelegenheit einfach nutzen müssen um Zukunftsentwicklungen der Stadt richtig darzustellen und dann muss man also auch Geld in die Hand nehmen. Das können auch gleich 10 oder 15 Mio. Schilling sein, die man hier außerbudgetär berappen muss, die aber natürlich in die Budgets hineinwirken. Das heißt also, wir müssen uns den Spielraum, die Atemluft erhalten, um hier wirklich zukunftsorientiert Budgetpolitik machen zu können.

Das wollte ich begleitend dazu sagen und stelle nun den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

1) Fin-110/00 Nachtragsvoranschlag für das Rechnungsjahr 2000

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 16. Dezember 1999, Fin-100/99, womit der Voranschlag 2000 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2000 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 1.009.359.000,-- auf **S 1.052.028.000,--**

die Gesamtausgaben von S 1.009.359.000,-- auf **S 1.052.028.000,--**

S 0,-- somit ausgeglichen

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 189.210.000,-- auf **S 206.227.000,--**

die Gesamtausgaben von S 189.210.000,-- auf S 206.227.000,--

S 0,-- somit ausgeglichen

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. Dezember 1999 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2000 bleiben unverändert.

Ich bitte darüber debattieren und abstimmen zu lassen und ersuche um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Freiheitlichen haben dem Budget 2000, unter Einhaltung eines Kriteriumskataloges, die Zustimmung gegeben. Wir tun uns aber bei diesem Nachtragsvoranschlag sehr, sehr schwer und werden diesem deshalb auch nicht zustimmen, weil eben eine Budgetzustimmung auch eine Zustimmung für einen politischen Kurs und für eine politische Diskussion ist. Es sind hier teilweise Maßnahmen nicht oder zu wenig diskutiert worden, oder man hat sie in aller Eile im Stadtsenat beschließen wollen, siehe Vorwärts. Es hat bei all diesen großen Problemen keine besondere Neigung dazu gegeben, dass man die Zustimmung eben auch in der Öffentlichkeit, im Gemeinderat haben will.

Nur ein Teil aus dem ordentlichen Haushalt, wir haben immer gesagt auch die Getränkesteuer, weil alle Fachleute die berufen waren, hier etwas auszusagen, waren schon der Meinung, dass die Getränkesteuergeschichte fallen wird und es war auch klar, dass auch Steyr hier das nicht mehr als Positivum einsetzen soll. Schwieriger wird es aber dann im außerordentlichen Haushalt, wobei bei den Mehrausgaben lediglich in aller Summe immer nur von Übertragungen aus dem Vorjahr zu sprechen ist und keine einzige Maßnahme, außer Vorwärts, dabei ist, die wirklich quer herein gekommen ist. Bei den Minderausgaben, da ist eben das Problem. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, es ist sehr vorsichtig budgetiert. Ich würde sagen, unser Budget ist sehr konservativ budgetiert. Da war auch letztes Jahr schon die Kritik, es wurden gerade im Ausgabenbereich teilweise sehr große Summen hineingeschrieben, wo man von vornherein weiß, man benötigt sich nicht oder die Projekte werden nicht in dieser ganzen Größenordnung durchgezogen. So sind Minderausgaben bei der Bezirkssporthalle von 9,2 Mio. Schilling, Mülldeponie, Altenheim Münchenholz 6 Mio. Schilling, Beitrag Reinhaltverband, Mülldeponie Oberflächenabdichtung, Volksschule Resthof.

Dann eben der diskutierte Bereich Schlossparkpavillon - Sanierung, hier wurden 2,8 Mio. Schilling von den Fachleuten in den Raum gestellt, die brauchen wir unbedingt als mindeste Maßnahme für die Grundsanierung dieses Hauses. Heute wird gesagt, dass man nur den Kanal um S 800.000,-- hat richten müssen, alles andere soll dann ein eventueller Mieter selbst machen. Wir haben noch keinen Mieter, wenn das ein Selbstständiger machen würde, wenn er so mit seinem Besitz umgehen würde, dann wäre er sicherlich sehr schlecht beraten. Es geht so weiter bei der Schule - Fassadensanierung, wo man sehr gut budgetiert hat. Jedenfalls bleiben da 38,6 Mio. Schilling an nichterledigten Aufgaben über. Ein Problem ist natürlich auf der Ausgabenseite, das uns heute noch beschäftigen wird. Das ist der Sprung im Sozialbereich, im Bereich der Betreuung der Kinder, wo man das

sicherlich auch nicht einfach zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen darf, auch hier werden wir heute noch Gelegenheit haben, um zu diskutieren. Alles in allem, Herr Bürgermeister, werden wir uns der Stimme enthalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht noch das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich könnte es mir leicht machen und sagen, gut beim Budget dagegen gestimmt, also auch gegen den Nachtragsvoranschlag. So leicht mache ich es mir aber nicht. Ich muss nur leider feststellen, dass die Befürchtungen beim Budget sich jetzt beim Nachtragsvoranschlag durchaus bestätigen. Alle Jahre wieder das gleiche Szenario. Der Herr Dr. Pfeil hat es auch schon angesprochen, da muss ich ihm auch Recht geben, es ist immer die selbe Geschichte. Man stellt sich dann hin, schöne Presseaussendung des Magistrates, was für tolle Budgetentwicklung, alles wunderbar. Wie kommt das zustande? Genau auf diese Art und Weise, es werden Projekte hineingegeben, wo man ganz genau weiß, diese Höhe wird man nicht erreichen. Es ist die Bezirkssporthalle angesprochen worden, wir haben genau gewusst, dass wir dieses Jahr die 10 Mio. Schilling dafür nicht brauchen werden. Das APM - 6 Mio. Schilling, diese 6 Mio. Schilling haben wir uns erspart, weil wir S 0,-- dafür verbraucht haben usw. Schlossparkpavillon ist ebenfalls angesprochen worden. Das heißt, auf der einen Seite projiziert man die Projekte viel zu großzügig, nämlich für den Voranschlag des laufenden Jahres, damit man nachher sagen kann, wir haben eh soviel eingespart und bleibt ja soviel, wir haben Minderausgaben. Auf der anderen Seite die Mehreinnahmen. Klingt ja schön, wer hat nicht gerne mehr Einnahmen. Wenn ich mir aber anschau, wo diese Mehreinnahmen herkommen, ja weil wir einfach den Steyrerinnen und Steyrern immer höhere Gebühren aufs Auge drücken. Das ist die Kanalbenutzungsgebühr, die Müllbeseitigung usw. Mehreinnahmen sind ja recht und schön, nur muss ich mir auch anschauen, woher die jetzt kommen. Aus diesem Grund meine Befürchtungen, die sich jetzt auch bestätigt haben. Der zweite Punkt ist der, wenn sie sich die Rücklagenentwicklung anschauen. Es kann einen eigentlich nicht sehr froh stimmen, wenn man sich anschaut, dass die Rücklagen mit Stand 1. 1. 2000 bei 146 Mio. Schilling liegen, bei 1. 1. 2001 bei 102 Mio. Schilling und bei prognostizierten 1. 1. 2002 bei 40,64 Mio. Schilling. Das kann es nicht sein, die Rücklagen werden immer weniger. Was heißt das im Endeffekt? Ich möchte nicht wissen was wir tun, wenn jetzt all diese großen Vorhaben so hereintröpfeln. Wir wissen nicht wie es mit Vorwärts weitergeht, wir wissen nicht wie es mit der Christkindlwelt weitergeht usw., dann haben wir eigentlich keine Rücklagen mehr. Aus diesem Grund, und nicht weil man gegen das Budget gestimmt hat, sondern weil es sich einfach bewahrheitet hat, gibt es klarer Weise auch ein „Nein“ zum Nachtragsvoranschlag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte mich zu 4 Punkten zu Wort melden und der erste befindet sich auf der Einnahmenseite im ordentlichen Haushalt. Hier haben wir eine Sache, die von S 0,-- auf 3 Mio. Schilling angewachsen ist, das sind die Aufschließungsbeiträge laut Raumordnung. Das sagt vielleicht manchen nichts, aber es ist seit 1997, da wurde diese Sache im Landtag beschlossen, bekannt und seit 1999 sollte sie verrechnet werden, an Grundstücksbesitzer, die ihre Parzelle nicht bebauen, die müssen - ich nehme hier nur ein Beispiel - für eine 1000 m² Parzelle auf 5 Jahre aufgeteilt S 50.000,-- bezahlen. Wir haben aus diesem Posten 3 Mio. Schilling eingenommen und haben sie praktisch nicht vorgesehen gehabt. Das wundert mich, weil es muss ja bekannt gewesen sein, Herr Bürgermeister, dass diese Novelle 1997 beschlossen worden ist und dass ab 1. 1. 1999 hier ein Geld reinkommt. Dann haben wir das aber im Budget 2000 nicht drinnen gehabt. Das kann nur sein, dass man sagt, man weiß keine genaue Summe, aber es gibt Gemeinden, die verrechnen das auf einmal an alle Grundstücksbesitzer. In Steyr ist das nicht so, da kommt das „zizerlweise“. Ich habe das selber einmal erlebt, da sitzt man beim Notar und der fragt dann die beiden Parteien, Verkäufer und Käufer, wie es mit den Aufschließungsbeiträgen aussieht und jeder weiß von nichts. Ich finde, das ist eine ungute Situation, das ist auch eine gewisse Schlampigkeit. Denn wenn man 3 Mio. Schilling einnimmt und vorher hat man geglaubt, man kriegt sie nicht, das sollte man aber eigentlich wissen.

Der zweite Punkt der hier auffällt, das sind die Parkgebühren, die variieren sehr interessant. Das ist auf der einen Seite wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass wir immer mehr Parkraumbewirtschaftung bekommen. Jetzt gehen natürlich die Strafgebühren für die Verkehrsstrafen zurück, aber interessant sind nur die Summen. Die Parkgebühren und die Strafgebühren nur für die Verkehrsstrafen machen insgesamt 14,5 Mio. Schilling aus, wenn man noch die Strafen für die Parkraumgebühr auch hernimmt, dann kommen wir auf 18,3 Mio. Schilling. Das ist schon ein schöner Posten und wir hören immer nur das Wort „Zweckwidmung“. Also da könnte ich mir schon vorstellen, dass wir für den öffentlichen Bereich etwas machen, immerhin sind das die Autofahrer, die das zahlen, ich schau da die Grünen an, und ich kann mir schon vorstellen, dass wir dann einen Teil für den öffentlichen Verkehr verwenden, hier könnte man mit dem Geld wirklich etwas machen. 18,3 Mio. Schilling nur von den Autofahrern für die Parkraumbewirtschaftung und die Strafgebühren, das ist unglaublich wie viel Geld das ist, mich wundert das, denn 18,3 Mio. Schilling sind kein Pappenstiel. Unser Vizebürgermeister hat es schon angesprochen, da hat mir von ihnen, Herr Bürgermeister, die Schlussfolgerung ein bisschen gefehlt. Sie bringen das nur so rechnerisch, klar muss es sich ausgehen, aber man muss doch Schlüsse ziehen, wenn man hier liest, 1 Mio. Schilling Jugendwohlfahrt und dann 4,2 Mio. Schilling. Da müssen wir uns etwas überlegen, das können wir doch nicht einfach so wegwischen, na gut, jetzt haben wir mehr Geld ausgegeben. Da geht es um 420 % Steigerung, wenn das so weitergeht, dann können wir uns ausmalen, was das übernächstes Jahr ausmacht. Wir dürfen da nicht Schmerztabletten verteilen, wir müssen die Ursache suchen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber sagen sie es, was wir uns überlegen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie kriegen mehr bezahlt wie ich, das ist ihr Job und nicht meiner.

Das letzte, unser altbekannter Schlossparkpavillon, ja da sind sie auch säumig geworden, den Baureferenten darauf hinzuweisen, dass er 2,8 Mio. Schilling zur Verfügung bekommen hat. Er ist

anscheinend nicht in der Lage, das zu verbauen. Also ich glaube, wenn man sich den Schlossparkpavillon anschaut, müsste man die schon unterbringen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau GR Reznar.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Bei diesem Nachtragsvoranschlag sind mir zwei Punkte ganz besonders ins Auge gestochen. Der Herr Dr. Pfeil hat es schon angesprochen, Punkt 1) ist die Sanierung des Schlossparkpavillons, wo für das Jahr 2000 2,8 Mio. Schilling budgetiert wurden und davon lediglich

S 800.000,-- für die Kanalsanierung verwendet wurden. Ich weiß es nicht, ist es der Wille der Stadt, diesen wunderschönen Schlossparkpavillon, der als wirklich seltenes Kulturgut gilt, einfach verfallen zu lassen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, na.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Wenn man es schon früher verabsäumt hat den Pavillon instand zu halten, so ist doch die Stadt wenigstens jetzt gefordert, dieses Kulturgut so rasch wie möglich einer Sanierung zuzuführen und vom Verfall zu retten, nicht ein Rattenloch daraus zu machen, wie es ja schon war. Ich frage sie nur, warum wurden diese vorhandenen Mittel nicht besser eingesetzt, der Pavillon saniert? Selbst wenn man einen Pächter dafür finden möchte, dann ist es irgendwo verständlich, wenn der in ein renoviertes Haus einziehen will, oder man macht eine Vereinbarung über einen Mietzins. Ich weiß es nicht, soll es vielleicht wie bei der Christkindlwelt darauf hinausgehen, wo man 3,5 Mio. Schilling für die Sanierung zur Verfügung gestellt hat und dann trotzdem keinen Mietzins verlangt hat?

Der Punkt 2) meiner Kritik wäre jetzt das Nachtragsbudget für die Heimkosten von verhaltensauffälligen Kindern. Laut Aufstellung im Amtsbericht war ja bekannt, dass die Kosten von 1998 auf 1999 von 18 auf 22 Mio. Schilling gestiegen sind. Dies ist eine Steigerung von 20 %. Im Budget 2000 war trotz des Bewusstseins dieser Steigerung nur ein Budget von 21 Mio. Schilling vorgesehen. Bei einer Fortführung wenigstens dieser 20 %igen Steigerung hätte man zumindest 27 Mio. Schilling budgetieren müssen. Die Rechtfertigung im Sozialausschuss, sich dahingehend zu äußern, das Budget zuerst niedrig zu halten und dann mit einem Nachtrag zu arbeiten, weil es dann leichter geht, erachte ich als bewusste Vortäuschung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Vizebürgermeister Tatzreiter.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Presse. In Bezug auf die Wortmeldungen zum Schlossparkpavillon möchte ich nur darauf hinweisen und es noch einmal ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass natürlich die Budgetansätze bzw. die Budgetsummen für das Jahr 2000 festgeschrieben wurden und zwar im Zusammenhang mit den Bewerbungen und den Notwendigkeiten, die dort umgebaut werden müssen, auch die Sanierung, die dazu gehört. Wir haben bei der letzten Stadtsenatsitzung auch ziemlich viel darüber diskutiert. Vorerst muss ich einmal zum Budget bzw. zum Nachtragsvoranschlag eine zusätzliche Anmerkung machen, dass hier bei den 2,8 Mio. Schilling die 0,8 Mio. Schilling für die Stützmauer bei der Taubenmühle vorgesehen sind. Das heißt, hier ist ein zweites Projekt zu den Sanierungen mitinkludiert. Das habe ich mir jetzt noch einmal ausheben lassen, denn ich habe in der Liegenschaft hin und her gefragt, warum das so eingetragen ist. Dass dem nicht so ist, das hat mir aber auch niemand erklären können. Der Herr Finanzdirektor hat mir jetzt gerade diese 0,8 Mio. Schilling damit begründet. Wir haben eine Ausgabe im Bereich des Ausräumens mit S 156.000,-- gehabt. Wir haben letztes Mal darüber diskutiert, warum noch nicht mehr geschehen ist. Wir haben gesagt, und das war eine gemeinsame Überlegung, wir werden mit den Bewerbern ein Gespräch führen. Die Verhandlungen sollen darüber geführt werden, ob sie sich bei den Investitionen mitbeteiligen. Es hat mehrmals die Grundsatzüberlegung von einigen gegeben, sie könnten sich das vorstellen, nur in dieser Größenordnung nicht. Das heißt, jeder hat es sich angesehen und einer hat mir persönlich gesagt, bis zu 3,5 Mio. Schilling kann er sich vorstellen, dass er einrichten wird. Nur die Sanierungskosten, hat er gesagt, bringt er nie wieder herein, so lange könnte er auf dieser Liegenschaft mit einem Gastgewerbe bzw. mit einem Restaurantbetrieb gar nicht existent sein. Er würde das Geld nie mehr zurückbekommen, so lange könnte er gar nicht arbeiten. Daher sind alle 9, bzw. zum Schluss waren es noch definitiv 7, wieder ausgestiegen. Aber nicht nur weil sie wegen der Finanzgrößenordnung nicht mehr weiterreden wollten, sondern weil sie auch noch eine andere Möglichkeit gehabt haben, und das war für sie vorzugsweise die Begründung, dass sie aus diesem Projekt aussteigen. Herr Dr. Pfeil, sie haben ja gesagt Fachleute haben diese Größenordnung festgelegt, wir haben uns das ja angeschaut, wir haben eine Begehung gemacht, ich habe mir das nicht nur einmal sondern mehrmals angeschaut, weil es mir nie so vorgekommen wäre, als dass das Dach schlecht wäre. Es sind durch Äste ein paar Ziegel kaputt gegangen, da ist das Wasser hereingeronnen. Das wurde repariert und saniert, und damit ist Aus und Ende, mehr brauchen wir nicht sanieren. Wenn die Fachexperten das so gesehen hätten, dann wäre es gescheit gewesen, wenn sie gesagt hätten, das können wir ja mit einzelnen Dachziegeln auswechseln und das Problem ist gelöst.

VICEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das waren aber ihre Fachleute, die gesagt haben, wir brauchen 3 Mio. Schilling.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ja, das tut mir Leid. Jedenfalls ist es nicht notwendig das Dach in dieser Form zu sanieren. Wenn Ziegeln kaputt sind, muss ich sie sowieso auswechseln lassen. Die wichtigste Aufgabe, die dort zu erledigen ist, ist der Kanal. Aber nicht im Haus ist der Kanal kaputt, das habe ich auch das letzte Mal schon gesagt, er war einmal verstopft, aber das hat mit den Leuten zu tun, die dort zeitweise ein- und ausgegangen sind, weil nicht zugesperrt war, da hat sich einiges abgespielt. Das Problem ist aber erledigt. Was wirklich kaputt ist, das ist der Schacht und der hat wieder mit dem Wasser zu tun, nämlich mit dem Schlossparkteich. Das hat mit dem Überlauf, der dort wegfliest, zu tun und wenn in

den Schacht etwas hineinfällt oder nachrutscht, dann kann es sein, dass es sich sperrt. Das hat aber mit dem Haus nichts zu tun. Nur wenn der Schacht gemacht wird, dann müssen wir auch den Anschluss machen und das ist aber bitte nicht meine Aufgabe, der Schacht bzw. der Kanal vom Überlauf des Schlossparkteiches. In diesem Zusammenhang sollte es gemacht und mit den jetzigen Interessenten besprochen werden. Es gibt einen oder zwei, die sich konkret dafür interessieren, aber die Bewerber haben auch schon zum Ausdruck gebracht, dass sie sich diese Art der Konzeption des Betriebes nicht vorstellen können, sondern es müssten Umbauarbeiten gemacht werden. Aber konkret ist dann nichts daraus geworden, weil sie sich durch andere Möglichkeiten absentiert haben. Es ist neuerlich ausgeschrieben worden und die, die jetzt kommen, denen wird angeboten, dass die Sanierung nur mit ihnen in Übereinstimmung durchgeführt werden soll, weil Umbauarbeiten notwendig sind. Ich habe mir das persönlich angeschaut und sie können mir glauben, ich war auch nicht alleine dort. Jeder hat gesagt, wenn ihr das jetzt saniert und dann umbaut, dann habt ihr zweimal die Kosten. Und deswegen haben wir es auch noch nicht gemacht. Ich gebe kein Geld für etwas aus, wenn wir es nachher wieder herausreißen müssen, Herr Dr. Pfeil. In dem Zusammenhang habe ich mich bei der Stadtsenatssitzung auch deswegen gewehrt, weil sie glaubten, wir sollten schon umgebaut und saniert haben, aber die Leute, die das dann in Pacht nehmen, sagen dann wieder, ja ich nehme das schon, aber ihr müsst mir das vorher wieder umbauen. Das heißt, wir haben dann noch einmal die Ausgaben. In diesem Zusammenhang sollten wir alles gemeinsam machen und das soll bis Mitte des Jahres geschehen.

Diese Stützmauer bei der Taubenmühle ist ja ziemlich desolat, man sieht es von oben kaum, aber es sind dann Fachleute hinein und haben sich das angeschaut, der Roman ist auch öfter dort und wir haben auch schon öfter darüber geredet, ...

Unverständlicher Zwischenruf

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Nicht im Bad, in der Taubenmühle, ist mir gesagt worden. Die Taubenmühle soll soweit saniert werden, dass die Terrasse bzw. der Balkon wieder benutzbar wird. In diesem Zusammenhang sind die S 800.000,-- gemeint. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Frech, zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Also, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, dann hatten wir 2,8 Mio. Schilling für die Sanierung des Schlossparkpavillons vorgesehen. Wir haben 2 Mio. Schilling Minderausgaben gehabt, weil wir eben nicht im vollen Umfang saniert haben. Und bei den S 800.000,- bin ich immer davon ausgegangen, dass das die Grundsanierung war, in welchem Rahmen auch immer - Kanal für den Schlossparkpavillon. Jetzt höre ich aber, dass diese S 800.000,-- für eine Stützmauer der Taubenmühle, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, verwendet worden sind und im Endeffekt der Schlossparkpavillon bis jetzt überhaupt noch nicht saniert worden ist, auch der Kanal nicht. Sie

haben ja gerade angesprochen, dass der Kanal saniert werden muss. Aus der Gegenwartsform schließe ich, dass es noch nicht passiert ist. Das heißt, es sind eigentlich nur S 156.000,-- für die Räumung ausgegeben worden. Also, das finde ich ein starkes Stück Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht noch das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Kollege Tatzreiter, so kann man das wirklich nicht im Raum stehen lassen. Wir haben uns gemeinsam entschlossen, da war überhaupt keine Diskussion darüber, sie haben das auch mitgetragen, dass man dieses Gebäude nicht vermieten kann, ohne dass wir die notwendigen Grundsanierungen machen. Das war im Sommer vorletzten Jahres in der Fraktionsobleutekonferenz, da haben wir auch am Rande einer Stadtsenatssitzung darüber gesprochen und es ist auch ohne Probleme ins Budget hineingeflossen. Der Herr Mayrhofer hat sogar noch wörtlich gesagt, dass seine Bauleute das auch noch einmal geprüft haben und dass aufgrund der Aussagen seiner Fachleute, die das betreuen, 3 Mio. Schilling für die Grundsanierung absolut notwendig wären, nicht für den Umbau, wie sie uns heute dargestellt haben. Das heißt, dass es trocken gelegt wird und dass die technische Infrastruktur bereitgestellt wird. Dazu gehört ein Kanal, eine Energie- und Wasserversorgung. Heute hören wir, das Budget ist klasse und alles ist bestens, aber gemacht haben wir nichts. Dort haben wir überhaupt nichts gemacht, außer 3 Ziegeln ausgewechselt. Das ist, da wiederhole ich jetzt die Frau Frech, ein starkes Stück.

Noch dazu verkaufen sie das im Stadtsenat so, dass S 800.000,-- eh hineingeflossen sind und heute sagen sie, dass das die Stützmauer vom Nachbarn war.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Mir ist gesagt worden, der Kanal vom Haus aus ist in Ordnung, das war das, wo es sich versperrt hat. In Wahrheit hat aber der Kanal damit überhaupt nichts zu tun, weil der defekte draußen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Man kann aber auch nicht sagen, dass man das Budget hervorhebt und man sich an einem Punkt beim Schlossparkpavillon festhält. Wir wissen alle, dass das im Mai in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz besprochen worden ist, dass das im Budget drinnen ist und wir haben auch im Stadtsenat gesagt, dass das Geld, das vorhanden ist, in Absprache mit dem neuen Pächter investiert wird. Wir haben das im Stadtsenat ausführlich besprochen und jetzt wäre es wieder anders. Jetzt sagt man, das Budget - der Nachtragsvoranschlag - ist nichts, nur weil wir auf 2 Mio. Schilling festhalten. Also, die 2 Mio. Schilling werden wieder hineinkommen und damit hebt sich das auf, wenn wir einen Pächter haben.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. In Wirklichkeit müsste man nichts dazu sagen, die Zahlen und auch die Debatte sprechen für sich. Wenn man sich an 2 Mio. Schilling aufhängt und krampfhaft versucht irgendetwas schlecht zu machen, mit Gewalt danach sucht, ob vielleicht irgendwo ein Löcherl noch nicht zugemacht ist, oder ein Fensterflügerl noch nicht ganz so repariert ist, wie es vielleicht sein soll, ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Da geht es aber nicht um „Flügerl“!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das zeigt schon die Debatte, ich will ja gar keine Schlossparkpavillondiskussion führen, sondern den Nachtragsvoranschlag diskutieren und darauf zurückkommen. In Wirklichkeit zeigt die Debatte, dass wir mit dem Nachtragsvoranschlag eine Zwischenbilanz mit dem Budget, das wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, machen. Dass wir äußerst gut unterwegs sind und die Budgetziele wirklich sehr ehrgeizig verfolgt haben und dass wir wirklich gut sind. Die paar Argumente, die angeführt wurden, z. B. Gebührenerhöhungen - na „net“, Frau Kollegin Frech. Sie sind immer eine gewesen, die gesagt hat, bei den Gebühren brauchen wir Kostenwahrheit und die Gebühren gehören immer so angepasst, wie auch der tatsächliche Aufwand ist. Jetzt haben wir eine ordentliche Kostenrechnung in allen unseren Betrieben installiert, jetzt sehen wir genau, was uns dort Kosten anfallen. Wir haben hier eine politische Übereinstimmung, dass wir in vielen Bereichen, gerade was die Gebühren anbelangt, keine Subventionspolitik betreiben sollen. Wir versuchen natürlich jetzt krampfhaft zu erklären, warum heute ein guter Nachtragsvoranschlag vom Bürgermeister und vom Finanzreferenten präsentiert worden ist, weil eben die Gebühren erhöht worden sind. Na „net“ werden die Gebühren erhöht, wir haben uns auch dazu bekannt, dass wir dort, wo wir steigende Kosten haben, auch die Gebühren anpassen müssen. Sie haben immer massiv kritisiert, wenn wir das nicht getan haben.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Mag. Michaela Frech

STADTRAT GERHARD BREMM:

Die Vergangenheit holt einen immer ein, ja im Gemeinderat, da tun sie immer ein bisschen anders als in den Ausschüssen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist eine Unterstellung! Ich habe im Gemeinderat noch nie anders gestimmt als in einem Ausschuss.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es wäre oft ganz schön, wenn man die Ausschüsse öffentlich machen würde und wenn man da Lautsprecher hineingeben würde, da würden sich so manche Leute dabei wundern.

Der Nachtragsvoranschlag ist wirklich gut, ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen, weil auch im Stadtsenat intensiv darüber diskutiert worden ist und das ist die Kostenexplosion bei den Heimkosten. Das macht uns allen keine Freude, aber das soll nicht zu politischem „Hickhack“ führen, ob das Budget richtig oder nicht richtig erstellt worden ist. Es soll uns eher zeigen, dass wir in unserer Gesellschaft eine Entwicklung haben, wo wir versuchen sollten alles daran zu setzen um dem entgegen zu wirken. Die Explosion bei den Heimkosten ist nämlich schon ein Ausfluss der Entwicklung unserer Gesellschaft. Das sind geschädigte Kinder, und nicht die Kinder sind schuld. Der Grund, dass wir die Kinder in ein Heim geben müssen, dafür gibt es viele Gründe, Hintergründe und Auswirkungen unserer Gesellschaft und das soll uns bedenklich stimmen und mit Sorge erfüllen und es sollte wirklich, wie der Kollege Apfelthaler sagt, alle - auch uns in der Politik - über die Parteigrenzen hinweg, veranlassen, darauf einzuwirken, dass vielleicht so manches wieder besser werden kann. Wir sollten aber jetzt nicht über die Heimkosten im Budget debattieren, weil das einfach nicht da hineinpasst. Ich glaube, dass da keiner herinnen ist, dem das große Freude bereitet, dass wir von 12 Mio. Schilling vor einigen Jahren auf über 30 Mio. Schilling kommen. Wir sollten da wirklich die Ursache sehen und daran arbeiten, da kann wirklich jede politische Gruppierung ihren Beitrag dazu leisten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht noch das Wort? Herr Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates. Es verwundert mich immer wieder, dass man an solchen Einzelpositionen offensichtlich versucht ein Haar in der Suppe zu finden. Ich würde alles verstehen, wenn es wirklich etwas gäbe wo man sagen könnte, da sind Unrechtmäßigkeiten passiert. Aber ganz im Gegenteil, man kann kritisieren und

sagen, der Schlossparkpavillon ist noch nicht vergeben, weil wir noch keinen Pächter gefunden haben und deswegen haben wir die Umbauarbeiten noch nicht gemacht. All diese Dinge, denke ich mir, kann man tun, aber eines ist auch klar, hätte der Herr Bürgermeister als Finanzreferent gesagt, die 2,8 Mio. Schilling, die für das da sind, geben wir für etwas anderes aus, weil uns das nicht interessiert oder so, dann würde ich durchaus verstehen, dass man das kritisiert. So ist das Geld ja im Positiven da, es ist eh nicht verschwendet worden, es ist ja eh nicht unrechtmäßig verwendet worden und daher verstehe ich diese Diskussion eigentlich nicht, warum man sich da so echauffiert. Weil eines muss ich ihnen schon sagen, ich finde es sinnvoll, wenn man in dem Sinn wirtschaftet, dass man sagt, wir geben das Geld dort aus, wo wir es brauchen und man schaut, dass man vielleicht etwas umschichtet, weil sich das eine oder andere anders darstellt. Wenn ich mir die Diskussion anhöre und mir denke, weil Experten vielleicht einmal eine falsche Meinung geäußert haben und gesagt haben, das Dach ist kaputt und man kommt dann darauf, dass man das Dach nicht reparieren muss und man tut es trotzdem, nur weil es im Budget steht, das würde ich als Frevel empfinden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Reznar zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bremm. Ich glaube, sie haben das nicht mitbekommen, was ich gemeint habe. Irgendwo fehlt mir da das Verständnis, weil ich habe lediglich darauf hingewiesen, dass diese Kostensteigerung abschätzbar war, zumindest in einer 20 %igen Erhöhung für die Heimkosten. Es war abschätzbar und man hat absichtlich ein geringeres Budget, als im Vorjahr verbraucht wurde, in das Budget 2000 hineingenommen. Es ist jetzt vom Budget 1999 auf 2000 eh nicht um 20 % gestiegen, sondern eh um 50 %. Aber ich möchte keine Unterstellung hören, dass sie sagen, es sind die Heimplätze deswegen in Frage gestellt worden oder man sollte die Kinder nicht schützen. Also das ist eine pure Unterstellung. Ich rege mich nur darüber auf, dass ein Nachtrag in so einem Ausmaß doch nicht notwendig wäre, wenn das von vornherein gerecht und ordentlich budgetiert worden wäre, und das halte ich wirklich für eine Vortäuschung der Tatsachen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Reznar, ich möchte aber schon sagen, dass diese Summe niemand abschätzen hat können, was wir jetzt für die Heimunterbringungen im Nachtrag ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Liebe Frau Mach, ich erinnere sie an die Worte im Sozialausschuss, „Wir halten absichtlich das Budget gering, damit wir es über den Nachtrag durchbringen, denn dann geht es leichter“.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer hat das gesagt?

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sie und der Herr Dr. Starzengruber.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe das nicht gesagt. Ich möchte das jetzt richtig stellen, wir haben gesagt wir halten das Budget gering, weil man kann es nicht absehen, wie viel Kinder in ein Heim kommen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sie haben von der Steigerung gewusst.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Reznar, wenn sie mir das jetzt unterstellen - ich habe gesagt, wir müssen das in den Nachtragsvoranschlag hineingeben. Das ist selbstverständlich warum wir es hineingeben müssen, das ist ja ein Gesetz. Sie haben gesagt und dann müssen wir es hineingeben, ob es mehr oder weniger ist, wir müssen das so bekommen. Das war auch meine Redewendung und zu dem stehe ich auch.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Reznar

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe gesagt, wir müssen es sowieso zahlen, weil es ein Gesetz ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, ich möchte das jetzt schon einmal richtig stellen.

Ich wäre gar nicht verpflichtet gewesen, das im Sozialausschuss vorzustellen. Es war mir ein Bedürfnis, eine Information zu geben, warum wir so viele Heimkosten haben und ich habe eine Sozialarbeiterin eingeladen, damit sie uns von der Praxis erzählt, wie es wirklich in dem Bereich ist und wann es zur Heimunterbringung kommt und dass das für uns alle traurig ist, das ist vorrangig. Dass wir mit den Kosten keine Freude haben, das ist klar. Aber wenn das der einzige Punkt im Nachtragsvoranschlag ist, mit dem Schlossparkpavillon, dann sind wir glücklich, dass es uns so gut geht, weil es nur diese 2 Punkte gibt - die Heimkosten und das Schlossparkpavillon. Da muss ich dem Kollegen Hauser Recht geben, wenn wir nicht mehr Kritik finden, sollten wir glücklich sein, dass wir so einen Budgetabschluss haben. Ich hoffe, dass wir die Heimkosten in den Griff kriegen und dass wir nächstes Jahr trotzdem nicht dieses Ausmaß im Nachtrag drinnen haben. Ich wäre als Sozialreferentin glücklich, weil mir auch die Familien am Herzen liegen und ich bin nicht glücklich, dass ich sage, ich habe jetzt mein Sozialbudget, weil das ist eine gesetzliche Leistung und dagegen können wir uns sowieso nicht wehren, das müssen wir zahlen.

So, meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Damen und Herren, Frau Vizebürgermeister. Das ist nur eine gesunde Kritik unsererseits, das hat nichts mit persönlichen Angriffen zu tun, das ist eine reine gesunde Kritik, Herr StR Bremm. Das sind nicht nur ein oder zwei Punkte, ich habe schon erwähnt, die 3 Mio. Schilling auf der Einnahmenseite nicht zu sehen, obwohl die Stadt genau weiß, dass sie es einnehmen kann und sie nimmt es auch ein, das ist ein Kritikpunkt, das muss man zur Kenntnis nehmen. Ich nehme es zur Kenntnis, und wenn sie das auch tun, dann passt es. Das muss uns klar sein. Aber beim Schlossparkpavillon können wir das nicht so einfach wegbeutelnd. Das ist passiert, man hätte die Fenster austauschen können, man hätte das Dach machen können, man hätte die Fassade herrichten können und dann lieber Kamerad, GR Willi Hauser, hätten wir vielleicht auch schon einen Pächter

gefunden. Man muss die Braut schmücken, wenn man sie anbieten will, sonst geht es nicht. Man darf sich nicht wundern, dass diese Bruchbude, wie sie jetzt aussieht, niemand will. Man muss das Geld ausgeben, wenn man es hat und wir haben es beschlossen. Wir sind ja damals zur Budgetsitzung gegangen und da hat man uns das als Zuckerl hingelegt. Das war das Zuckerl vom Herrn Bürgermeister, wir haben das freudig entgegengenommen, aber leider ist nichts daraus geworden, es ist nicht gegessen worden. Da frage ich mich schon, ob man dem nächsten Budget dann auch so die Zustimmung gibt. Da kommen dann wieder solche Zuckerl daher und dann kommen wir 11 Monate später wieder darauf, dass nichts daraus geworden ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Herr Referent, ist ein Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Jeder einzelner Redner in der Debatte hat sich verhältnismäßig ausgiebig mit dem Schlossparkpavillon beschäftigt. Ich muss ehrlich sagen, das beruhigt mich, was das Budget der Stadt Steyr anbelangt, weil es natürlich in Wirklichkeit nur ein Bruchteil unserer Probleme ist und weil das Geld, wie der Kollege Hauser gesagt hat, eigentlich da ist. Das ist ja das Gegenteil von dem, wo wir draufzahlen mussten bei den Heimkindern, weil dort eine unerfreuliche und problematische Entwicklung stattfindet. Aber eines möchte ich zum Schlossparkpavillon schon noch sagen. Ich bin eh auch nicht zufrieden damit, dass das nicht verbaut wurde. Aber da ist es ja recht rund gegangen. Die ursprüngliche Einschätzung war ja, dass 7 Mio. Schilling hineingesteckt werden sollen. Wenn sie sich erinnern, darüber haben wir ja debattiert. Ich habe mich da quergelegt, weil wenn sie 7 Mio. Schilling hineinstecken und dann einen Pächter suchen und dem dann einen Pachtschilling verrechnen der ortsüblich ist, dann brauchen sie nämlich 40 Jahre bis die 7 Mio. Schilling wieder da sind. Ein solches Geschäft möchte ich als Finanzreferent der Stadt Steyr nicht machen. Die Philosophie die ich vorgeschlagen habe, ist eine andere. Nämlich die Bauschäden herzurichten, einen Pächter zu finden, der auch bereit ist selbst zu investieren und sich damit mit dem Haus verbindet, der dann die Investitionen, die er hineingesteckt hat, wieder verdienen will und darüber hinaus auch mehr, dann habe ich die Chance, dass das Haus gut geführt wird. Das ganze kann er um einen billigen Pachtschilling haben, aber er muss sich selber engagieren und investieren. Das wäre meine Philosophie. Wir haben gesagt, 2 bis 2,8 Mio. Schilling sind für die Baugebrechen erforderlich. Siehe da das Dach, was ja erfahrungsgemäß bei so einem Barockpavillon, wo der Dachstuhl ja etwas kompliziert ist, einen großen Teil eines solchen Wertes ausmachen würde, hat sich gezeigt, dass unser Dr. Kaiser gesagt hat, „Um Gottes Willen, lasst mir das Dach gehen. Erstens ist es dicht, es gehören nur einige Ziegel ausgewechselt und wenn man das anfängt abzunehmen, dann würde man nur mehr zerstören, als reparieren. Das Dach ist in Ordnung.“ Also wird man gar nicht so viel brauchen. Dann stellt sich auch noch heraus, dass der Hauskanal in Ordnung ist und dass es der vorbeiführende Kanalstrang ist, der die Probleme macht. Da werden wir doch nicht bei Gaudi den Hauskanal herausreißen. Wissen sie, was unser Problem ist, wir haben in unserer Stadt eine gastronomische Wüste, das macht mir Sorgen. 6 Wirte sind Pleite gegangen und wenn wir dort nicht wieder gute Wirte finden, nützen uns auf die Dauer unsere ganzen Bemühungen, die wir im Tourismus erfolgreich anstrengen, nichts. Wir haben im letzten Jahr bei den Nächtigungen wieder einen Zuwachs von beinahe 9 %, das ist ein Hammer. Aber das gastronomische Angebot müssen wir auch wieder darstellen, aber man findet keine guten Wirte und das ist unser Problem. Das heißt, wir haben die Ausschreibung aufgehoben, weil sich bisher keine geeigneten Wirte gefunden haben und wir wollen eine neue Ausschreibung vornehmen.

Das Dach und der Kanal fällt flach, Außenfassaden und Fenster werden wir machen, überhaupt keine Frage, und daher bin ich auch dafür, dass diese Beträge nicht anderweitig verbraten werden, sondern dafür weiterhin bereit bleiben und dass wir einen Pächter finden, der auch bereit ist, dort selber etwas zu investieren, sich mit dem Haus verbindet und es gut führt. Es steht in einer herrlichen Umgebung und ist ein wunderbares Haus. Übrigens, es ist in den OÖ Nachrichten irrtümlich falsch berichtet worden, dass wir das Haus verkaufen wollen. Das ist ein Irrtum, wir wollen das Haus nicht verkaufen, ich jedenfalls nicht. Das ist in den OÖ Nachrichten gestanden, „Pavillon soll verkauft werden“, das können sie nachlesen, in der eigenen Zeitung Herr Stögmüller. Ich lese das ja alles genau. Jedenfalls haben aufgrund dessen, weil das in den OÖ Nachrichten gestanden ist, sich wieder 3 Leute bei mir erkundigt, weil sie es kaufen wollen. Wir könnten den Schlossparkpavillon leicht an viele Interessenten verkaufen, es gibt jedenfalls 5 oder 6 mir bekannte Interessenten. Ich möchte das aber nicht tun, es müsste uns ja die Erfahrung mit dem Taborturm genügen. Ich habe gesagt, einige Häuser sollte man sicher nicht verkaufen, Taborturm hätte für mich dazu gehört. Ich muss aber sagen, dass wir damals ein paar schlechte Pächter gehabt haben, die sich alle bei der Stadt beschwert haben und die Familie Mayr, eine alte Gastwirtfamilie, hat ja auch Stein und Bein geschworen, sie werden das natürlich immer als Gaststätte weiterführen, es ist halt anders gekommen. Aber die Lehre sollten wir schon daraus ziehen. Das Lebzelterhaus hätten wir schön verkaufen können, wird niemals, oder sollte niemals, verkauft werden - bin ich der Meinung - weil solche Häuser sollten im Portefeuille der Stadt bleiben, weil die einfach an solchen Plätzen sind und so eine Qualität haben, dass man es sich nicht erlauben kann, dass dort einfach irgendwer drinnen wohnt. Ich möchte auch nicht haben, dass wir das Haus an irgendjemanden verkaufen, der dann sagt, wir machen da drinnen einen gastronomischen Betrieb und nach 2 Jahren sagt er dann, ich bedaure, es ist leider nicht gegangen und wohnt dann im Barockpavillon im Schloss, das möchten viele. Ich glaube, dass wir uns damit auseinander setzen müssen, dass man das Haus der Öffentlichkeit erhält, dass es öffentlich bleibt und eine öffentliche Verwendung findet. Darauf kommt es an und dann muss die Investition in Abstimmung mit einem Pächter gemacht werden und das Geld dafür steht nach wie vor bereit. Außerdem fordern wir ja lange nicht alles ein, was wir gemacht haben, denn das kann sich ja kein Mensch mieten, was wir außer Programm gemacht haben. Nur ein paar Punkte, zuletzt bei der Christkindlwelt, da ist gerade vorgestern wieder der neue Parkplatz fertig geworden, 1,5 Mio. Schilling.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

1,3 Mio. Schilling!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gerade noch recht, im letzten Moment, außer Programm und mit Dringlichkeit.

Den Kirchenplatz haben wir auch noch außer Programm gemacht, sehr schön, es haben sich da draußen alle gefreut. Einen Platz für die Feuerwehr haben wir gekauft, das hat sich gerade so ergeben, war sehr günstig, hat aber auch sein Geld gekostet. Einen Fun-Court machen wir auch dorthin, da haben wir endlich einen Platz gefunden. Natürlich haben wir in Ennsdorf ein bisschen mehr gemacht, als wir geglaubt haben, viele solche Dinge mehr sind geschehen und sie konnten geschehen, weil es natürlich auch so ist, dass wir dort und da auch etwas weniger Geld gebraucht haben und das ist ja gut, wenn man sorgfältig und sparsam ist. Außerdem hat es sich im Budgetvollzug insgesamt ermöglichen lassen, dass wir sparsam waren und die wirtschaftlichen Bedingungen auch gut waren. So, auf diese Art und Weise, haben wir eigentlich diese Überschüsse gehabt. Wir hätten es ja auch noch anders gestalten können, wenn wir all das zusätzliche nicht gemacht hätten, dann hätten wir nicht nur 40 Mio. Schilling weniger Schulden, sondern auch

wesentlich höhere Rücklagen. Das hätten wir auch machen können. Aber jetzt kommt ja eigentlich eine finanzpolitische Überlegung, die aber auf der Hand liegt, es ist ja nicht besonders gescheit, 300 Mio. Schilling Rücklagen zu haben und gleichzeitig 700 Mio. Schilling Schulden, weil immerhin ist es ja so, dass die Sollzinsen schon noch höher sind, als die Habenzinsen. Von dieser Seite her, haben wir auch eine clevere Finanzpolitik betrieben, das möchte ich zum Schluss, mit einem Dankeschön an die Finanzabteilung und unseren Finanzdirektor, sagen.

Ich ersuche sie, dem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. 26 (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist dagegen? 1 (LIF). Wer übt Stimmenthaltung? 9 (FPÖ). Danke, der Nachtragsvoranschlag ist mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich mit der Resolution an die Frau Bundesminister für Verkehr Innovation und Technologie DI Dr. Monika Forstinger. Es ist ein Antrag der von drei Fraktionen unterzeichnet ist, ausreichend unterstützt ist.

2) Präs-747/00

F-, ÖVP-, GAL- und LIF-GR-; Fraktion; Resolution an Frau Bundesministerin Dr. Forstinger betreffend bessere Einbindung von Steyr in das Verkehrsnetz und Aufnahme der Bahnlinie St. Peter-Steyr-Bad Hall-Kremsmünster-Sattledt-Wels in das Zielnetz des Bundesverkehrswegeplanes.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließe nachstehende

Resolution

an Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie DI Dr. Monika Forstinger.

Die Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, Frau DI Dr. Monika Forstinger, wird für die bessere Einbindung von STEYR in das Verkehrsnetz um Aufnahme einer Bahnlinie St. Peter-Steyr-Bad Hall-Kremsmünster-Sattledt-Wels in das Zielnetz des Bundesverkehrswegeplanes ersucht.

Begründung:

Die IST-Situation:

Steyr ist die elftgrößte Stadt Österreichs.

Steyr ist die drittgrößte Stadt Oberösterreichs.

Von den 15 größten Städten Österreichs ist nur Steyr per Inter-City unerreichbar.

Negative Folgen:

Anreise nach/Abreise aus Steyr nur mit Umsteigen in St. Valentin oder Linz.

Unerträglicher Zustand und Hemmnis für Industrie, Fremdenverkehr, Kultur und Schulen.

Der umsteigefreie und zeitverlustfreie Inter-City-Verkehr für den Raum Steyr (60.000 Einwohner) ist eine absolute Notwendigkeit.

Da die Westbahn aber nicht über Steyr verläuft, besteht die Möglichkeit, durch eine Westbahn-Splittingstrecke über das Alpenvorland die Stadt Steyr (und damit den südlichen öö. Zentralraum) an die Westbahn anzubinden.

Für eine solche Verbindung können bestehende Bahnstrecken genützt werden:

Bad-Hall - Rohr - Kremsmünster und Wels - Sattledt.

Mit dem Inter City-Zug, der von Wien bzw. Salzburg kommt, ist ein Triebwagenzug verbunden, der in Amstetten bzw. Wels abgehängt wird, dann übers Alpenvorland fährt und in Wels bzw. Amstetten wieder an den Inter City-Zug gekoppelt wird (automatische Kupplungen). Aufgrund der geringeren Streckenlänge sind außer der Station Ramingdorf (Steyr-Nord) auch andere Halte möglich: Wolfers, Sierning, Bad Hall, Rohr, Kremsmünster und Sattledt.

Die positiven Effekte für die gesamte öö. Pyhrn-Eisenwurzen-Region (160.000 Einwohner):

Gesamte Region rückt um eine halbe Stunde (je Fahrtrichtung) näher zum IC-Verkehr der Westbahn.

Durch den Knoten Kremsmünster entsteht eine Anbindung an die Pyhrnbahn und damit an die Pyhrn-Priel-Region, die Obersteiermark, den Großraum Graz, ...

Der Fernverkehr Linz-Graz kann über Wels verkehren und somit weiteres beachtliches Fahrgastpotential einbinden.

Mit der Bahnstrecke Wels-Kremsmünster entsteht eine weitere Verbindung von Passauer- und Pyhrnbahn (Nordwest-Südost-Korridor der transeuropäischen Netze).

Die positiven Effekte für den südlichen Teil des öö. Zentralraumes:

Vernetzung der Bezirke Steyr-Land, Kirchdorf, Gmunden-Ost, Wels-Land untereinander und mit Steyr und Wels statt alleiniger Ausrichtung auf Linz durch das entstehende Gleisdreieck (Linz, Wels, Steyr).

Erschließung der Gemeinden Wolfers, Sierning, Bad Hall, Rohr, Kremsmünster und Sattledt.

Direkte Verbindung aller genannten Orte mit der Pyhrnbahn, Ennstalbahn und Almtalbahnen.

Mit der Errichtung der Bahnlinie St. Peter - Steyr - Kremsmünster - Sattledt - Wels wird eine

Lücke im Bahnnetz des öö. Zentralraumes geschlossen und eine Reihe von Synergieeffekten kommen zum Tragen.

Ich bitte um Debatte bzw. Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Zuerst zwei Korrekturen zu ihrem Vorlesen ihres Antrage. Zum 1) haben nicht drei, sondern vier Fraktionen diesen Antrag unterschrieben und 2), beim schnellen Vorlesen ist ihnen ein kleiner Lapsus passiert, es handelt sich nicht um eine Autobahn, sondern um eine Bahnstrecke im Bereich Wels - Kremsmünster. Da soll der Lückenschluss geschaffen werden, nicht auf der Autobahn, sondern natürlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dass gerade Steyr, die ganze Region, an den südlichen Bereich per Bahn wieder angeschlossen wird. Wir werden es auch heute noch hören, bei dieser Inter-City-Diskussion. Man kann sich in Richtung Wels, Linz und Wien behelfen, aber in Richtung Graz kann man sich überhaupt nicht behelfen mit dem öffentlichen Verkehr. Das wird dann gänzlich aus sein. Nachdem doch Graz eine sehr aufstrebende Universitätsstadt ist und wir auch bekanntermaßen sehr gute Verbindungen, auch Geschäftsbeziehungen, immer haben, ist diese Verbindung ganz besonders wichtig. Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist kein Antrag wo die Erledigung in drei Jahren vor der Tür steht, das ist sicherlich ein sehr, sehr zukunftsweisender Antrag. Es geht um nichts anderes, als dass die Trasse, die damals schon im Gespräch war, wie man noch diskutiert hatte, Westbahn, viergleisiger Ausbau, ob zwei Gleise über Steyr geführt werden sollen. Damals war ja auch schon, vom damaligen Verkehrsminister Klima, im Abtausch vorgeschlagen worden, diese Trasse vorzusehen. Dann ist es auf die Seite geschoben worden, weil man sich entschlossen hat, diese bestehende Westbahn viergleisig auszubauen. Aber für die nächste Generation wird es sicherlich absolut notwendig sein, dass man hier einen Korridor schafft und jetzt schon im Masterplan diesen Korridor, diese Gründe vorrätig hält, um später nicht unmögliche Verkehrssituationen vorzufinden. Die Zukunft, auf der Mittelstrecke, gehört der Bahn. Da führt kein Weg vorbei. Ich danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Weil wir diejenigen sind, die den Antrag nicht mitunterschrieben haben, möchte ich schon kurz eine Stellungnahme abgeben. Vielleicht zu ihrer Freude Herr Dr. Pfeil, wir werden natürlich diesen Antrag mitunterstützen und werden auch hier mitgehen. Sie haben es selbst gesagt, es ist schon ein sehr zukunftsrichtender und zukunftsorientierter Antrag, wenn man hier über den Bundesverkehrswegeplan redet, der vielleicht meine Enkel oder Urenkel einmal treffen wird. Eine

Bemerkung möchte ich schon bei dieser Gelegenheit anbringen. Wenn man die heutige Entwicklung und die Entwicklung der letzten Monate sieht wie im öffentlichen Verkehr und gerade in Richtung ÖBB die Weichen gestellt sind, dann braucht man schon sehr viel Fantasie dazu, wenn man wirklich daran glaubt, was man auch beschließt und das soll, glaube ich, hier in der Gemeindestube schon der Fall sein, dass man das beschließt, was man auch hofft realisieren zu können. Wir sind natürlich auch als sozialdemokratische Fraktion daran interessiert. Es hat ja auch schon in der Vergangenheit eine Reihe von Diskussionen gegeben. Es ist ja nicht neu, was der Verein Fahrgast ausgearbeitet hat. Es gibt ja auch viele politische Überlegungen, nur haben sie sich dann immer zerschlagen, weil von den verantwortlichen Stellen eigentlich nicht einmal das geringste Signal gekommen ist, dass eine Realisierung möglich ist. Das bestätigt auch jetzt der Vertreter des Vereines Fahrgast, der ja alle Fraktionen kontaktiert hat, dass die Signale, was man sich ja ein bisschen wünschen würde und was uns eine gewisse Hoffnung bringen würde, in keinsten Weise, nicht in der geringsten Weise, gegeben sind. An und für sich wäre es natürlich für die Stadt Steyr für die Zukunft eine gute Entwicklung, wenn wir mit dieser Resolution das zuwege bringen würden, dass hier ein Gleis, eine Bahnstrecke von Amtstetten bis Bad Hall - Sattledt zustande kommen würde. Also, wir werden das als sozialdemokratische Fraktion unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Wer sich so angeschaut hat, was sich in letzter Zeit so im öffentlichen Verkehr abspielt, wir haben ja heute schon einen Dringlichkeitsantrag in dieser Richtung bearbeitet, und wenn man sich betrachtet, wie mit flotten Einsparungen hier Steyr immer mehr und mehr in eine Randlage gedrängt wird, dass der öffentliche Verkehr einfach immer noch nicht diesen Stellenwert hat, den er wahrscheinlich in 10 bis 20 Jahren notgedrungen haben wird, das gebe ich auch zu bedenken, es gibt Forscher die sagen, in 30 Jahren wird es wahrscheinlich kein Auto in dem herkömmlichen Sinn wie heute mehr geben oder dass wir fahren können, wohin immer wir wollen. Nichtsdestotrotz, wenn wir heute nicht hergehen, ein Projekt, das wir unter Umständen in 10 bis 13 Jahren vielleicht hier in Steyr verwirklichen, uns nicht rechtzeitig gegen diese Entwicklung die stattfindet wehren, werden wir uns nicht wundern, dass wir irgendwo am Ende des Ennstals, am Ende des Steyrtals liegen und fernab jeglicher Entwicklung. Manche haben es sicher leichter, manche, die an der Westbahnstrecke liegen, also müssen wir uns bemühen und müssen versuchen, hier den Anschluss einfach zu finden. Den Anschluss in jeder Hinsicht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Die Frau Gemeinderätin Durchschlag hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Selbstverständlich unterstützen wir von der ÖVP diesen Antrag, da wir ihn als äußerst wichtig für den Personenverkehr und für die Infrastruktur dieser Region halten. Es ist ja bekannt, dass diese Region eine

wirtschaftlich boomende Region ist, eine Region, die bei den Exporten z. B. österreichweit an 4. Stelle liegt. Was uns aber fehlt, und das ist auch leider bekannt, ist eine gute Anbindung an das höherrangige Straßen- und Verkehrsnetz. Da im Bundesbudget für das kommende Jahr eine sogenannte Infrastrukturmilliarde vorgesehen ist, fordern wir daher ganz dringend diese Milliarde auch wirklich für Infrastruktur und auch, und besonders für diese Region einzusetzen. Noch dazu, da es sich bei diesem Ausbaujahr eigentlich genau genommen um einen Lückenschluss handelt. Ich finde es ein bisschen kontraproduktiv und eigentlich ein bisschen traurig, wenn man dann sagt, man stimmt zwar mit, aber eigentlich sprechen wir diesen Visionen jegliche Realisierung ab. Ich glaube, damit tut man so einem Projekt nicht wirklich etwas Gutes. Ich denke, im Sinne unserer Kinder, wenn wir nicht jetzt sagen wir wollen es haben und es auch fordern und dokumentieren, dann wird es ganz sicher nichts werden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Der öffentliche Verkehr hat es extrem schwer. Es ist in den letzten Jahren eigentlich immer schlimmer statt besser geworden. Wenn ich mir ansehe, 1991 Austrotakt war es möglich, in 37 Minuten von Linz nach Steyr bzw. von Steyr nach Linz zu kommen. In 37 Minuten, in einem Taktfahrplan alle zwei Stunden haben sie das machen können. Wer dieser Tage einmal von Steyr nach Linz fährt, wird merken, dass das nicht in 37 Minuten ohne umsteigen geht, sondern dass man entweder umsteigen muss oder zumindest seine 50, 55 Minuten unterwegs ist, dass viele Züge nicht mehr fahren, dass es längst keinen Taktfahrplan mehr gibt. D. h., die Entwicklung ist ohnedies leider genau in die andere Richtung. Wenn ich mir ansehe, weil da jetzt die Debatte war, na ja, das ist was, was erst in 10, 20, 30 Jahren greifen wird. Ich darf sie nur daran erinnern, die meisten von ihnen werden das vielleicht sogar noch konkret erlebt haben, ich eher nicht, aber die Diskussion mit der Westbahn zu Steyr, die man ja auch verschlafen hat, wo man damals gesagt hat, wozu brauchen wir denn das. Jetzt fährt halt der Zug woanders weg.

Zwischenrufe: Das hat kein Mensch gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber im Endeffekt haben wir es nicht erreicht und es war nicht so wirklich ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war natürlich vor 100 Jahren oder die letzte Hartlauerbemühung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die war dann ja auch nicht unbedingt von Erfolg gekrönt. Ich bin froh über jeden der sich einsetzt, nur sie sprechen es richtig an, die Hartlauerbemühung, es hätte die Bemühung der Stadt sein müssen. Viel früher schon, viel stärker sich hier einzusetzen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe mich eh bemüht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bin sehr froh, dass es zumindest jetzt immer wieder diese Resolutionen gibt, die auch einstimmig geführt werden, damit in die Richtung etwas weiter geht. Nicht nur in Richtung Wien, Richtung Westbahn, sondern auch in die andere Richtung. Wenn ich mir heute ansehe, wie lange man mit einem öffentlichen Verkehrsmittel nach Wels braucht, zur nächsten Statutarstadt, das ist ein Wahnsinn. Deshalb finde ich dieses Projekt sehr wohl unterstützenswert und freue mich auch, dass alle Fraktionen dem die Zustimmung geben, mit einem kleinen Tränchen im Auge, so wie die Frau Durchschlag gemeint hat, es ist halt schade, wenn man dann nicht so wirklich überzeugt ist, aber mit macht. Aber ich bin schon froh, wenn man mit macht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr Gemeinderat Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich werde diesen Antrag auch unterstützen, aber was man mir vielleicht nicht glaubt, ich teile die Skepsis vom StR Bremm und möchte das auch begründen, aus inhaltlichen und auch aus strategischen Gründen. Ich bin nicht besonders überzeugt, dass diese Verbindung jemals realisiert wird. Ich sage das ganz offen. Sie ist meines Erachtens aus vielen verkehrspolitischen Gründen auch nicht durchdacht, sie geht an europäische Entwicklungen in der Verkehrspolitik eigentlich vorbei und sie hat meines Erachtens auch einen großen Nachteil, dass sie nämlich für die Bemühungen der Stadt Steyr auch kontraproduktiv wirken kann. Es gibt zig Studien von Schweizer Instituten, von der OÖ Landesregierung ect., die sich mit dem Ausbau des Nahverkehrs im Zentralraum, Linz, Wels und Steyr, auseinandergesetzt haben. Ich denke, dass es für die Stadt Steyr von den Beziehungen, die für uns wichtig sind, um einiges bedeutender ist, dass wir die Beziehungen zu Linz und zur Westbahn verbessern und beschleunigen. Da gibt es eine Menge an Aufgaben, die wir zu erledigen haben. Vom zweiseitigen Ausbau, vom Bahnhof Steyr, der umgebaut werden muss, vom Waggonmaterial das fahren kann ect. D. h., es gibt eine Reihe von Aufgaben, die sogar so weit gehen können, dass wir uns in Steyr vielleicht überlegen, genau in diesem Kreuzungsbereich Nordspange, BMW, ob wir nicht vielleicht in diesem Bereich auch einen Güterterminal machen könnten. Dort wo die Industrie der Stadt Steyr mit den Straßen und der Bahn vernetzt ist. Wir könnten uns auch Gedanken machen, ob wir vielleicht nicht die SNF wieder mit

einem Schienenstrang verbessern und diese Ablieferung der vielen LKWs, die derzeit auf der Straße stattfindet wieder mit den Schienen machen, wie es ja BMW zum Teil macht. D. h., was ich damit sagen will, es gibt eine Menge an Aufgaben, die kurzfristig wichtiger wären und wo wir uns einsetzen müssen, dass das gemacht wird und uns auch einsetzen müssen, dass Gelder aus dieser Infrastrukturmilliarde, wenn sie kommen, über die Wohnbaugelder ect., dass eben Mittel auch für die Schiene und nicht nur für die Straße kommen. Ich glaube, dass dieser Ansatz ein langfristiger, vielleicht ein mittelfristiger Ansatz ist. Ich unterstütze ihn, denke auch, dass wir die Planungen Richtung Bundesverkehrswegeplan mit diesem Antrag unterstützen. Ich möchte aber davor warnen, dass wir uns jetzt zurücklehnen und sagen, wir haben unsere Schuldigkeit getan, das passiert in 20 Jahren und wir haben jetzt in diesem Bereich nichts mehr zu tun. Wir haben große Hausaufgaben mit der bestehenden Bahnlinie um diese zu beschleunigen. Ich denke mir, das sollten wir nicht vergessen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr StR Bremm hat sich noch einmal gemeldet.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist normal nicht meine Art, dass ich mich zweimal melde, aber wenn ich doch mit meiner kleinen Skepsis, wenn das soweit Auswirkungen hat, dass sie sogar bei ihnen, Frau Frech, eine Träne auslöst, dann möchte ich vehement betonen, wir sind natürlich für diese Resolution. Es liegt mir wirklich fern, wenn ich da zuwenig vehement war. Ich habe mir gedacht, ich mache das vorsichtig. Spaß beiseite, eines muss natürlich unserer Stadt auch wesentlich am Herzen liegen und es ist immer auch die Gefahr, wenn man gleichzeitig auf verschiedenen Ecken glaubt man kann gleich stark Druck machen, dann kann das auch in die falsche Richtung gehen. Was für uns Priorität haben muss ist natürlich schon auch die Anbindung der Straße, die Verlängerung der Nordspange, die wir jetzt eröffnet haben, in Richtung Westautobahn. Das haben wir auch noch immer nicht. Wir haben schon gehofft, dass wir in den vergangenen Wochen hier in Steyr eine Podiumsdiskussion haben, das hätte bei SNF stattfinden sollen, leider Gottes ist hier ein Wechsel in der Regierung gewesen. Wir hoffen nur, dass das nicht so in dem Tempo dahin geht, dass wirklich einmal ein Termin zustande kommen kann. Das ist schon ein ganz wichtiger Bereich. Wir haben auch in unserem Stadtentwicklungskonzept Freiflächen für die Westspange vorgesehen und haben gesagt, das hat auch Priorität. Die Westspange ist ein unverzichtbares Straßenstück für Steyr.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das ist eure Meinung, lasst mich einmal hinein. Ich will auch nicht die LKW-Produktion aufhören und Waggonen machen. In den nächsten Jahren werden wir im SNF noch LKWs fertigen und die werden halt per Rad wegfahren. Es ist hier sowieso die Diskussion, einen LKW bringe ich mit dem Zug weg und dann fährt er per Achse wieder zurück nach Steyr. Ich meine, das ist eine sehr kurzsichtige Darstellung. In Wirklichkeit kann die Entwicklung des Verkehrs in Zukunft insgesamt nicht so weiter gehen. Da teile ich eure Meinung ein bisschen. Ich glaube auch nicht, dass das so weitergehen kann. Wie gesagt, die Westspange ist für uns als Region, als Stadt Steyr, auch für den Wirtschaftsstandort, für unsere Wirtschaftskraft, eine bedeutende Anbindung. Für all diese Projekte kann nicht die Stadt Steyr das alleine bezahlen, da brauchen wir überall den Bund. Der Bund ist hier

in der Pflicht und in der Verantwortung, dass er auch dafür vorsorgt, dass er so eine Region auch mit dementsprechenden Verkehrswegen ausstattet. Darum ein bisschen meine Skepsis, ob sich dieser Bahnanschluss wirklich realisieren lässt. Ich würde es mir wünschen, weil es notwendig ist und weil wir es brauchen. Aber ob es wirklich realisiert wird, ist eine andere Frage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist genau der Punkt, Skepsis überall aber nicht wirklich dahinter stehen. Das ist auch tatsächlich der Punkt, warum Steyr nicht längst schon an ein Hochleistungsschienenennetz angeschlossen worden ist. Ich kann mich noch gut erinnern, wie die öffentliche Diskussion mit dem Hartlauerprojekt in den 80iger Jahren gelaufen ist. Der Franz Josef hat es mir genau so erzählt, die Stadt ist nicht dahinter gestanden. Sie sind zwar nach Wien mitgefahren, aber der damalige Bürgermeister hat zu ihm gesagt, bekommen werden wir es eh nicht. So kann man natürlich nicht, mit dieser Erwartungshaltung, nach Wien fahren und sagen, na, ich glaube eh selbst nicht daran. Der zweite Anlauf, wie dann das Hochleistungsnetz geplant worden ist, das jetzt im Bau ist und teilweise fertiggestellt worden ist, 1992/1993, ist auch hier hauptsächlich von den Verantwortlichen im Steyrer Stadtsenat schlecht gemacht worden und da ist auch nicht an einem Strang gezogen worden. Der damalige Verkehrsminister Klima hat einen Auftrag an die HL-AG gegeben, damals war mit mir der Herr Vzbgm. Sablik, Herr StR Zagler mit, den Bahnhof Steyr unter dem Stadtplatz dafür zu bauen. Ich habe gesagt, Herr Minister, den Auftrag brauchen sie nicht machen. Das kann ich ihnen gleich sagen, dass das ein Blödsinn ist. Und das Ergebnis von dieser HL-Studie wurde dann vom Herrn Ing. Füreder, HL-AG, im Steyrer Stadtsaal bei dieser denkwürdigen Diskussion dann gegeben und alle haben gesagt, das geht eh nicht, die zwei Gleise kommen eh nicht über Steyr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist alles richtig was gesagt worden ist. Natürlich, Herr Bremm, ich gebe ihnen Recht, es ist absolut notwendig, dass die Infrastruktur in der Region zur Schiene und zur Straße einen drastischen Schub bekommen. Da bin ich absolut bei ihnen. Dazu gehört natürlich die Weiterführung der Nordspange in B 309, in die Westspange. Das ist überhaupt keine Frage. Gleichzeitig gehört aber diese armselige Verbindung da drüben auch mit einem Strukturschub verbessert. Das ist wirklich nicht das, was wir in den nächsten 5 Jahren schaffen, sondern da rechne ich mit einem Zeitplan von 30 Jahren. Das andere müssen wir in den nächsten 5 bis 10 Jahren erledigen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wird ein Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Resolution die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mein letzter Punkt bezieht sich auf eine Flächenwidmungsplanänderung und zwar die Nr. 104 „ÖAMTC“. Es ist ausreichend beraten und vorbehandelt worden. Ich stelle daher den Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung.

3) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104; „ÖAMTC“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104 - ÖAMTC - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 26. September 2000 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 13. Oktober 2000 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBI. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Ich bitte um Debatte und Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke.

Damit sind wir mit der Berichterstattung des Bürgermeisters am Ende. Ich würde eine Pause von 30 Minuten vorschlagen. Danke.

PAUSE VON 16.45 UHR BIS 17.30 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Nächste am Wort ist die Frau Vizebürgermeisterin. Ich darf bitten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Über meinen ersten Antrag ist bereits diskutiert worden. Der Antrag ist auf zwei Seiten sehr negativ. Erstens das soziale Problem, dass unsere Heimkosten immer extrem steigen und zweitens geht es um das Finanzielle. Ich habe ja bereits erwähnt, dass wir im Sozialausschuss eine Informationssitzung zusätzlich gemacht haben, damit man einmal sieht, warum die Kinder ins Heim kommen, was trägt dazu bei, dass unsere Kosten derart steigen. Ein zusätzliches Problem ist, dass wir Jugendliche über richterliche Anordnung, über Jugendstrafverfahren, bekommen. Dann gibt es jetzt auch laufend Fälle mit schwerem Missbrauch und auch schwere Vernachlässigung vonseiten der Eltern. In den Schulen nehmen sie uns die Kinder immer weniger auf und sagen, die müssen in ein Heim kommen. Bevor ich meinen Antrag vorlese möchte ich eines dazu sagen. Im StS ist bekrittelt worden, dass ich mein Ressort vernachlässigen würde. Ich möchte das schon richtig stellen, dass das eine gesetzliche Auflage ist, ich vernachlässige mein Ressort nicht, ich habe auch ein Beispiel gebracht. Ich habe dazu keinen Einfluss, aber es wäre dasselbe, wenn ich sage, der Herr Vizebürgermeister soll einmal etwas gegen den Stau machen, er soll einmal schauen, dass er die Autos in den Griff bekommt oder im Tierheim, dass er nicht so viele Tiere oben hat. Wir wissen alle, dass das ein Blödsinn wäre, wenn ich das sagen würde, weil er hat da nichts in der Hand, dass er da etwas erledigen kann. Ich möchte das aber jetzt schon im Kreise des Gemeinderates sagen, weil ich lasse mir nicht vorwerfen, dass ich mein Ressort vernachlässige. Ich möchte schon, dass das jeder zur Kenntnis nimmt, weil ich kümmere mich sehr um mein Ressort, aber gegenüber den Heimkosten habe ich keine Handhabe. Es tut mir selbst sehr Leid, dass diese Heimkosten extrem steigen und ich glaube, es war auch heuer ein Grund, dass das Personal, zwei Diplomsozialarbeiterinnen, ziemlich lange gefehlt haben und es ist auch eine Empfehlung vom Sozialausschuss gekommen, dass wir eine Aufstockung, gerade bei den Sozialarbeiterinnen, vornehmen, weil ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Wenn ich schaue was die Fremdzukäufe, die Betreuungen, kosten, die verlangen immerhin in der Stunden S 600,--. Wenn man das aufrechnet, ist das ein enormer Betrag und es wird auch laufend vonseiten des Jugendamtes daran gearbeitet, was können wir unternehmen, damit wir die Kosten senken können und die Kinder nicht in ein Heim geben müssen. Ich hoffe, ich finde da allgemeines Verständnis.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) JW-382/99 Kreditüberschreitung bzw. Übertragung bei Heimkosten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 28. 9. 2000 werden zum Zweck der Begleichung der von der Stadt Steyr gemäß §§ 44 bis 46 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz zu tragenden Unterbringungskosten für Minderjährige in sozialpädagogischen Einrichtungen folgende Kreditübertragungen bewilligt:

S 1.700.000,00 von der VSt. 1/411000/768100 auf die VSt. 1/431000/728000

S 400.000,00 von der VSt. 1/411000/768300 auf die VSt. 1/431000/728000

S 400.000,00 von der VSt. 1/424000/757100 auf die VSt. 1/431000/728000

S 200.000,00 von der VSt. 1/439000/768200 auf die VSt. 1/431000/728000

S 150.000,00 von der VSt. 1/469000/754000 auf die VSt. 1/431000/728000

S 150.000,00 von der VSt. 1/439000/757000 auf die VSt. 1/431000/728000

Weiters werden zum selben Zweck folgende Kreditüberschreitungen bewilligt:

VSt. 1/431000/728000 Kreditüberschreitung um **S 2,500.000,00**

VSt. 1/439000/729600 Kreditüberschreitung um **S 3,500.000,00**

VSt. 1/439000/728000 Kreditüberschreitung um **S 4,200.000,00**

VSt. 1/439000/729610 Kreditüberschreitung um **S 100.000,00**

VSt. 1/43100/729000 Kreditüberschreitung um **S 200.000,00**

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Es ist einer der teuersten Anträge, den wir heute hier zu beschließen haben. Vor allen Dingen sind diese 13,5 Millionen Schilling nicht budgetiert und müssen jedes Budget sprengen, wenn solche Anträge am Ende des Jahres so quer hereinkommen. Es hat im Vorfeld kaum eine Diskussion, außer diese eine Sitzung im Sozialausschuss, gegeben. Selbst dieser Nachtragsbericht kam erst in der letzten Stadtsenatssitzung per Nachtrag hinein. Es wurde nicht einmal die Zeit genützt, dass man das mit der normalen Tagesordnung aussendet um eine ausführliche Diskussion darüber zu führen. Die Diskussion hätte man aber schon beizeiten führen müssen, am Anfang des Jahres, als sich abzeichnete, dass man a) mit den budgetierten Kosten nicht auskommt und b), dass dieses Jahr eine extreme Steigerung auf dieser Kostenstelle zu verzeichnen sein wird. Da haben mir, und vielen anderen geht es genau so, jedwede Tätigkeiten oder Maßnahmen seitens der Sozialreferentin gefehlt. Sie hat auch im StS gesagt, sie hätte dann einen Brief an den Genossen Ackerl geschrieben. Aber dieser Brief, vielleicht hat sie ihn privat geschrieben, ist im Sozialreferat nicht auffindbar. Es gibt lediglich einen Brief des Herrn Bürgermeisters, der am 30. 10. geschrieben wurde und am 9. November abgesendet wurde, also jetzt erst vor kurzer Zeit, an den Sozialreferenten, mit dem Ersuchen der Kostenübernahme des Landes für diese Maßnahme, für diese Unterbringung, ähnlich wie in anderen Bundesländern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass die Steyrer Entwicklung, die durchaus nicht von anderen Städten abweicht, dass man das grundsätzlich diskutieren muss, denn es ist tatsächlich so, dass eine doch jahrzehntelang verfehlte Familienpolitik dieses Ausmaß auch mitträgt und dass wir nun in den Städten mit Problemen konfrontiert werden, wo wir nie daran gedacht hätten. Was mir aber daran missfällt, bei dieser Form der Unterbringung, dass Jugendliche abgeschoben werden. Sie werden aus ihren Verband, wo sie nicht bleiben können, herausgenommen, teils auf richterliche Anordnung, wenn kriminelle Delikte vorgelegen haben oder wenn die Jugendwohlfahrt eingeschritten ist und hier die Einweisung in ein Heim oder in eine Aufbewahrungsstelle (unter Anführungszeichen) eben vorgeschrieben hat. Die Frau Vizebürgermeisterin hat im Stadtsenat auch klar den Misserfolg von diesen Aktionen dargestellt. Sie hat gesagt na ja, die meisten Jugendlichen stellen sie uns ja dann wieder, wenn sie das Alter von 19

Jahren erreicht haben, vor die Türe. Das ist das Problem. D. h., wir schieben diese sozialen Probleme nur so weit hinaus, in Ausnahmefällen können die Kinder oder Jugendlichen dann bis 21 Jahre in solchen Heimen verbringen. Wer mit solchen Heimen Kontakt gehabt hat, viele verdienen gar nicht den Namen, der weiß, dass das eine sehr, sehr unglückliche Art ist, wie man mit unseren Kindern umgeht. Auch wenn sie ein soziales Problem, ein Umweltproblem und Feldproblem haben. Ich habe einmal darauf aufmerksam gemacht, auch im Rahmen meiner politischen Tätigkeit, auf die unzumutbaren Bedingungen in der Arche Noah in Kronstorf, wo auch Steyrer Jugendliche untergebracht worden sind. Ich bin auch hier zuerst ausgelacht worden, aber mittlerweile werden dort keine Steyrer Jugendlichen, Gott sei Dank, mehr vermittelt und dieses eine Heim, das auch in den Medien sehr kritisiert worden ist, ist auch nicht mehr dabei. Aber es fallen mir noch einige andere Heime ein, wo einfach das Geld mit beiden Händen hinausgeschmissen wird und wo die sozialpädagogische Betreuung nicht nur zu kurz kommt, sondern einfach nicht stattfindet. Die Jugendlichen werden in diesen Heimen, in den meisten Heimen, soweit ich sie kennen gelernt habe, aus Erzählungen und drei kenne ich aus persönlicher Anschauung, aus Besuchen, nur soweit aufbewahrt, dass sie sich a) nicht verletzen, da zählt Alkoholmissbrauch nicht dazu, der ist in den meisten Heimen freizügigst gestattet, das ist aber ein Hauptproblem und b), dass solche Heime auch nicht ausreichend kontrolliert werden und auch evaluiert werden. Dazu kommt erschwerend, dass seitens der Stadt, wenn bekannt ist dass drei Mitarbeiterinnen aus dem Sozialbereich in Dauerkrankenstand sind oder nicht berufsfähig sind, noch nicht sind, die sind ja noch nicht da, dass hier nicht rechtzeitig präventiv reagiert wird, dass hier ein Nachholbedarf da ist. Es kann nicht sein, wenn man so eine Steigerung über das Jahr merkt, dass einzelne Stadtteile absolut unbetreut sind. Die Stadt kann dann nur eines tun, wenn es wirklich nicht mehr geht, nicht zu betreuen, sondern einfach einzuweisen. Das ist der große Fehler bei diesem System, auch wenn es ein Landesgesetz ist, wenn eine Einweisung ausgesprochen ist, dass dann der Kostenträger die Stadt ist. Aber ich denke, hier wird nicht ein Brief genügen, dass man dieses Problem aus der Welt schafft und dass man die Kostenträgerstelle auf das Land überwälzt, sondern hier sind intensive inhaltliche Diskussionen notwendig, wie man diesem Problem Herr wird und wie wir diese Kinder wieder in die Gesellschaft eingliedern können. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Koppensteiner bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es erschreckt mich wirklich, mit welcher Polemik man an dieses Thema herangeht. Ich bin Tag für Tag mit diesen Seelen, das Wort fällt mir schwer, konfrontiert. Kinder, die in ihrer Umwelt, von ihrer Umwelt belastet sind, sei es der Missbrauch, der Alkohol, Drogen usw. Ich glaube nicht, dass wir uns ein Schema zurechtlegen: „Wer ist Schuld?“ Das nützt keinem Menschen. Nützen könnte, das ist meine persönliche Ansicht, nur eines. Ich habe für das nächste Jahr vor Workshops über Podiumsdiskussionen, über Ideenbörsen, wo wir dieses Übel wirklich fundiert mit Wissenschaftlern, mit Fachleuten diskutieren können, denn die Antwort darauf ist nicht „ja“ oder „nein“ oder „schwarz“ oder „weiß“, das ist eine Fassade von Gründen. Für mich ist es immer schlimm, wenn an erster Stelle, egal was in Österreich passiert, eine Schuldzuweisung erfolgt und nicht: „Warum kam es so weit?“ Hier, jemandem, einer einzelnen Gruppe, einer einzelnen Person, den Eltern, der Gesellschaft oder irgendjemanden Schuld zuweisen, bringt diesen Fällen wirklich nichts. Das Einzige, meiner Meinung nach, was wirklich den Kindern helfen könnte um diese Einweisungen zu vermindern, wäre eine Prophylaxe. Das aber wiederum rechnet sich nicht optisch sofort. Jeder will sofort sehen, so, drei Sozialarbeiter mehr, Kostenpunkt so und so viel. Es rechnet sich wirklich, nur es ist nicht wie in der produzierenden

Industrie, wo ich eine Blechplatte hineinschiebe, 100 Kapseln herunterfallen und ich kann sagen, so, die Investition dieser Maschine hat sich gerechnet. Es gibt im Erziehungsbereich kein Allheilmittel. So verschieden die Fälle sind, so verschieden sind auch die Mittel, wo man die Kinder in einen für sie angenehmen und für die Gesellschaft wertvollen Weg führen kann. Daher tut es mir sehr, sehr Leid, dass das in diese Richtung diskutiert wird, was hat jemand falsch gemacht. Ich glaube, es muss die Anstrengung aller hier Anwesenden sein. Ich würde mich wirklich freuen, wenn dann zu Beginn des nächsten Jahres dieses Forum entsteht, wirklich alle dort ihre Ideen, ihre Bedenken, ihre Ängste, auch ihre Kritik einbringen. Natürlich läuft in manchen Bereichen manches falsch. Möge mir aber einer von ihnen sagen, der selbst Kinder hat, er hat alles richtig gemacht. Dann Hut ab, ich glaube es nicht. Man kann immer erst im Nachhinein sagen, wenn wir Handeln, eine Aktion mit Kindern setzen, können wir nie absehen, was wirklich dabei herauskommt. Jeder kann nur sagen, bis heute ist es mit meinen Kindern Gott sei Dank gut gegangen. Es kann morgen ganz anders sein. Auch dann gibt es für mich keine Schuldzuweisung. Die Eltern, die Gesetze sind Schuld. Nein. Wir müssen gemeinsam Lösungen finden. Vielleicht auch den Stellenwert des Kindes etwas heben, denn Kinder haben leider keine Lobby. Die Lobby müssen wir für unsere Kinder bilden. Dann können wir vielleicht, ich sage vielleicht, in einem, in zwei Jahren sagen, diese Summe, um die wir da reden, mir geht es da überhaupt nicht um die Summe, ist vielleicht gleich geblieben. Denn ich befürchte ganz anderes. Wenn wir nicht intensiv, alle mitsammen, persönliche Anstrengungen unternehmen, dass diese Summen extrem ansteigen, und auch wir die Hürde nehmen zu sagen, da müssen wir in Prophylaxe. Das muss zuerst im Hirn passieren, dass ich sage, das ist mir etwas wert. Es rechnet sich nicht auf Schilling und Pfennig, es rechnet sich aber für die Zukunft und vor allem für die Gesellschaft. Da ist alles andere als Polemik wirklich gefragt. Ich bitte sie alle, wenn ich nächstes Jahr das beginne, dass sie alle hier mit ihren Ideen, mit ihren Aktionen und all ihren Aktivitäten dabei sind. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist für mich, als Nichtpädagoge, nach einer wirklich ausgezeichneten fachkundigen Wortmeldung sehr schwer, hier noch einige richtige Worte zu finden. Erlauben sie mir aber meine Erschrockenheit zum Ausdruck zu bringen über ihre Wortmeldung Herr Dr. Pfeil. Nicht nur über ihre Wortmeldung, sondern auch über die vorhergehenden Wortmeldungen im Zusammenhang beim Nachtragsbudget, was diese Kostensteigerung bei den Heimeinweisungen betrifft. Ich glaube, ich bin genauso der Meinung wie die Frau Kollegin Koppensteiner, bei so einem Thema darf man keine Polemik betreiben und sie betreiben diese Polemik aber bis zum Exzessiven. Sie stellen sich da her, Herr Dr. Pfeil, und spielen da quasi den sozialpädagogischen Wunderwutzi, wo sie hier Mittel vortragen, die meines Erachtens überhaupt nicht mehr aus Zeiten stammen, die überhaupt nicht mehr zeitgemäß sind und behaupten immer wieder, dass es Heime gibt, wo einem immer wieder das Grausen kommt. Sie nennen aber kein konkretes Heim. Sie führen hier die Arche Noah an, wo aber nachweislich bei diesem Projekt auf alle Fälle sehr, sehr gute Ergebnisse vorliegen. Wenn sie der Frau Vizebürgermeisterin vorwerfen, dass sie ihr Ressort nicht im Griff hat und es gibt keine Informationen, dann darf ich ihnen nur sagen, dass wir vergangene Woche im Sozialausschuss eine wirklich ausgezeichnete, fachliche und sachliche Diskussion geführt haben, wo uns die Sozialarbeiterinnen geschildert haben, mit welchen Problemen sie kämpfen müssen. Die Sozialarbeiterinnen machen es sich sicherlich nicht

leicht, aber wirklich nicht, und sie versuchen vorher alle möglichen Schritte zu unternehmen, dass es nicht zu einer Heimeinweisung kommt. Sie weisen wirklich nur jene Kinder und Jugendliche ein, wo es wirklich nicht mehr anders geht, weil eben das Kind selbst gefährdet ist. Das passiert wirklich nur zum eigenen Schutz des Kindes. Es ist auch selbstverständlich erschreckend, dass wir heuer zusätzlich 27 Heimeinweisungen haben. Aber das sind auf keinen Fall, wie sie behaupten, Abschiebungen und quasi Aufbewahrungsstellen. Diese Zeiten mag es vielleicht vor 20, 30 Jahren gegeben haben, wo es wirklich auf diesem Gebiet Aufbewahrungsstellen gewesen sind, aber in der heutigen Zeit, mit der heutigen Ausbildung, mit der heutigen Einstellung, sind das höchst pädagogische Einrichtungen, wobei es immer wieder trotzdem vorkommen kann, dass es natürlich Jugendliche gibt, wo es schon so weit fehlt, dass auch diese Maßnahmen nichts helfen. Wenn uns dann erklärt wird, es ist einfach nicht mehr möglich, aufgrund der Tatsache dass es keine Begleitlehrer mehr gibt, dass es keine zusätzlichen schulischen Maßnahmen mehr gibt, dass die Schuldirektionen die Kinder mehr oder weniger auf die Straße stellen, weil sie sich einfach nicht mehr in die Klasse integrieren können und weil zum Teil SchülerInnen gefährdet sind, weil sie so aggressiv sind, dann wird eben nichts anderes übrig bleiben, dass wir diese Kinder in ein Heim geben und dort versuchen mit präventiven und sozialpädagogischen Maßnahmen hier gegenzusteuern.

Ich möchte abschließend wirklich noch einmal betonen, und das hat uns auch der Leiter, der Herr Reder, sehr, sehr schlüssig dargelegt. Würde es möglich sein, dass wir in Steyr, egal ob das jetzt bei der Familienbegleitung ist oder auch im Bereich der Sozialarbeiterinnen, mehr Personal dafür bekommen, dann würde sich dieses Personal gegenüber den Heimkosten, die wir jetzt bezahlen müssen, rechnen. Das sage ich jetzt auch unter Anführungszeichen, weil in diesem Bereich kann man nicht sagen rechnen, das klingt jetzt fürchterlich, aber es würde auf jeden Fall weniger Kosten verursachen. Das Problem ist wieder nur, und da beißt sich jetzt die Katze in den Schwanz, sie haben zuerst gesagt, die Frau Vizebürgermeisterin Mach hat das verabsäumt, sie hätte viel früher reagieren müssen und schauen, dass da etwas passiert, dass diese Betreuung vorhanden ist. Ich sage nur eines, es ist passiert. Das Jugendamt ist hergegangen und hat sich die Leistungen quasi zukaufen müssen. Weil hätten wir mehr Personal eingestellt, was sich ja dann im Endeffekt gerechnet hätte, dann wären sie hier der 1. gewesen, der sich bei der Budgetsitzung in 14 Tagen hergestellt hätte und sagt, ein Wahnsinn wie unsere Personalkosten steigen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eigentlich das eigentliche Problem, speziell im Sozialbereich. Wir können aufgrund von unserer Kameralistik das nicht gegenrechnen. Speziell im Sozialbereich ist diese Leistung auch nicht messbar. Da gebe ich der Frau Koppensteiner 100 %ig Recht, das muss einmal da in unsere „Hirnkasterl“ rein. Wenn wir soweit sind, dass wir das akzeptierten, dann werden wir unter dem Strich, aber da dürfen wir nicht hergehen und sagen, das ist das Personal, das ist das Bauamt und das ist das Sozialamt, sondern unter dem Strich im Gesamtbudget bin ich überzeugt, dass wir da weniger Kosten hätten. Solange wir die Kameralistik haben, müssen wir auch mit diesem Problem leben. Es gibt bereits andere Ansätze in anderen Städten, die kann man sich einmal ohne weiteres ansehen, wo man da schon ein System findet, wo man das quasi gegenseitig aufrechnen kann. Das würde ich vorschlagen, dass wir uns das vielleicht auch einmal im Sozialausschuss ansehen. Aber so wie es jetzt ist, kann es sicherlich nicht weiter gehen und auf keinen Fall in so einer Art wie sie das, Herr Dr. Pfeil, zuerst und auch in der vorhergehenden Diskussion, es tut mir Leid, speziell, also eigentlich ausschließlich von der Freiheitlichen Partei her, da diskutiert wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sehr geehrte Damen und Herren. Eine Diskussion, ob jemand etwas falsch gemacht hat oder nicht, steht überhaupt nicht zur Debatte, weil in so einem Fall kann man nur das Richtige machen, wenn man die Jugend betreut. Das ist überhaupt keine Frage. Es ist auch keine Frage, dass uns das etwas wert sein muss. Es ist nur jetzt erst so richtig klar und deutlich herausgekommen, dass diese Heimplätze wahnsinnig teuer sind, dass sie S 65.000,-- im Monat kosten. Bis zu S 65.000,--, wenn ich ein SOS-Kinderdorf hernehme, kostet es S 15.000,--, aber bis zu S 65.000,-- sind die Heimkosten, und das ist ja wirklich keine Kleinigkeit. Deshalb, muss ich sagen, das war eine gute Idee im Sozialausschuss, eine Personalaufstockung mit zwei neuen Betreuern herbeizuführen. Das wurde auch einstimmig beschlossen. Ich denke mir, dass vielleicht dadurch, es war ja davon die Rede, dass man also wirklich dadurch Einsparungsmöglichkeiten hat, und zusätzlich dann könnte ich mir vorstellen, dass durch diese zwei Personen der Zukauf um einen Stundenlohn von S 600,--, der mir wahnsinnig hoch erscheint, doch reduziert werden kann, und eine präventive Familienbegleitung doch sein kann. Aber wenn schon derzeit die Stadt nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz die Kosten tragen muss, dann wäre es meiner Meinung nach auch schon erforderlich, dass man die Pflegesätze bzw. die Tagessätze hinterfragt. Das kann die Stadt machen, das kann das Land machen, ich weiß, dass das Land das zur Zeit auch schon betreibt. Aber wir müssen einfach dahinter sein, dass man diese Kosten schon im Detail bekommt. Es kann nicht einfach sein, dass die Heime verlangen können was sie wollen. Das hätte ich schon gerne, dass auch wir das verfolgen und immer hinterfragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Frau Frech ist die Nächste bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mich erinnern, dass wir, bis auf einzelne Wortmeldungen, im Sozialausschuss eine sehr konstruktive Diskussion darüber geführt haben, dass wir auch sehr viel an Informationen erhalten haben. Mich persönlich überrascht diese Entwicklung nicht wirklich, weil ich einfach aus meiner Eigenbeobachtung auch bemerke, verhaltensauffällige Jugendliche werden mehr. Das ist nicht nur in Steyr so, das ist eine generelle Entwicklung. Für uns wahrscheinlich als Stadt, glaube ich, ist es der Anlass herzugehen und verstärkt in Prophylaxe zu arbeiten, Präventionsmaßnahmen zu setzen und vielleicht auch zu versuchen zu eruieren, in welchen Stadtteilen haben wir Probleme, wie kann man abhelfen, welche Betreuungsmöglichkeiten im Vorfeld gibt es, Freizeiteinrichtungen verstärkt für Jugendliche anzubieten, Hilfsangebote, damit es nicht zu einer Heimeinweisung kommt. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass das Heim im Regelfall meistens die schlechtere Lösung ist, nämlich für den Betroffenen, weil er aus seiner Familiensituation herausgerissen wird. Wenn es anders nicht mehr geht, kann man ohnedies nichts mehr machen. Aber generell ist Prävention sicher besser oder ambulante Betreuung. In dem Fall deckt sich das was besser ist für den Betroffenen auch damit, was besser ist für die Finanzen der Stadt, weil jeder Heimplatz kostet enorm viel Geld. Wenn man sich ausrechnet, diese S 65.000,-- im Monat, dann kommen sie im Jahr auf S 800.000,-- im schlimmsten Fall, dann kann ich zwei Personaleinheiten einstellen, oder 1 ½ bis 2 jedenfalls. Für die Kosten kann ein Sozialarbeiter, oder 1 ½ Sozialarbeiter, ein Jahr tätig sein und kann präventiv Maßnahmen setzen. Ich bin sehr froh, dass auf meine Anregung hinauf im Sozialausschuss darüber abgestimmt worden ist, dass zusätzlich zwei Diplomsozialarbeiter eingestellt werden sollen, weil jede Tätigkeit in dem Bereich forciert werden muss. Ich glaube, dass es auch sehr wichtig ist, ich bin jemand der absolut dafür eintritt, dass Personal rationalisiert wird. Aber, ich trenne danach, ob das jetzt eine

Sozialleistung ist, ob das in den Bereich hineingeht oder ob es um eine reine Verwaltungstätigkeit geht. Ich werde mich sicherlich nicht dagegen aussprechen, ganz im Gegenteil, sondern dafür einsetzen, dass im Sozialbereich mehr forciert wird. Sei es jetzt im magistratsinternen als auch, es gibt ja genug Vereine auch außerhalb des Magistrates, die also da Präventionsarbeit leisten, von denen man weiß, dass sie im Prinzip zum Teil an ihre Kapazitätsgrenzen kommen und dass man das also forciert. Ich halte es auch nicht für zielführend, irgendwelche polemischen Diskussionen darüber zu führen, sondern ich glaube, dass es ein gemeinsames Anliegen aller sein müsste, verstärkt hier in dem Bereich tätig zu werden. Von da her, ja, dass plötzlich diese Geschichte gekommen ist, haben wir auch erklärt bekommen woran das gelegen hat, auch mit den Diplomsozialarbeiterinnen. Wahrscheinlich wäre es günstiger, aber das ist halt auch eine Sache der Kameralistik, wenn man auf solche Dinge schneller reagieren könnte. Dass man einfach sagt, so wir haben jetzt drei Krankheitsfälle und wir stellen jetzt schnell jemanden ein. Das geht halt nicht wenn ich Planstellen habe, das ist halt ein bisschen schwer möglich. Das wäre wahrscheinlich eine Möglichkeit gewesen, die günstiger gewesen wäre, nur die kann man halt, denke ich mir auch, der Frau Vizebürgermeisterin nicht vorwerfen, weil es ist halt nicht gegangen. Es geht aufgrund des Systems nicht. Generell glaube ich, dass für das nächste Budget sicherlich Mittel vorgesehen werden müssen um in diesem Bereich aktiv zu werden, aber nicht nur magistratsintern, sondern auch in Zusammenarbeit mit den anderen Vereinen und sich wirklich einmal hinzusetzen und zu schauen, wo sind in Steyr verstärkt Problemfälle, wo kann man gegensteuern und vor allem das Thema tatsächlich aus einer parteipolitischen Diskussion herauszuhalten.

Frau Koppensteiner, an sie gerichtet, wenn sie nächstes Jahr so eine Initiative starten wollen, finde ich das sehr gut. Ich hoffe, dass das keine parteipolitische Initiative sein wird, das unterstelle ich ihnen auch nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, lieber Herr Dr. Pfeil. Tschinderrassa, tschinderrassa bum, bum, bum, das ist die soziale Treffsicherheit, die sie hier vortragen. Ich will nicht sagen das ist die Freiheitliche, das ist ihre persönliche soziale Treffsicherheit. Ich bin ja froh, dass sie nicht mit scharfen Geschossen schießen, sondern mit dem volkstümlichen Ausdruck „Wuchteln“. Ein Ausdruck für unwahre Geschichten. Unwahre Geschichten, wer sie des Öfteren erzählt, ist auch sozial auffällig.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich würde sie auch einweisen in so ein Heim, nicht weil es so schlimm mit ihnen stünde, sondern damit sie einmal sehen, welche Knochenarbeit dort geleistet wird und wie man mit einer „Wuchtel“, sprich unwahre Geschichte, diese hunderte oder tausende Stunden ad absurdum führt, weil man sich auf irgendwelche, ja, ich weiß ja nicht, Zeugen beruft, die halt dort mehr oder weniger positive oder negative Erfahrungen gemacht haben. Wenn es so wäre wie sie es sagen, sie sagen ja, die meisten Heime verdienen den Namen nicht, Arche Noah ist unzumutbar, Geld wird hinausgeworfen, Alkohol

ist gestattet, das sind nur drei Sätze. Drei Sätze, die diese Heime in ein Licht führen, wo sich dann ein jeder denkt: „Stimmt denn das? Gibt es das überhaupt? Ein Wahnsinn, ist das die Antwort auf das Jugendproblem?“ Das ist sozial auffällig, wenn man mit solchen Mitteln arbeitet. Aber ich halte mich an das Wort der Kollegin Koppensteiner, Polemik bringt nichts, Gott sei Dank, auf Dauer gesehen, manchmal wirkt sie auch.

Wenden wir uns lieber dem Antrag zu und der häufigst genannte Satz in diesem Antrag lautet: "Personelle Ressourcen bei weitem nicht ausreichend. Unzureichende personelle Ressourcen.“ Heute ist es schon einmal erwähnt worden. Hätten wir dagegen gesteuert hätte es geheißen, um Gottes Willen die Personalkosten fallen hinauf. Aber ich frage sie, was ist wichtiger? Bauen wir irgendwo ein großes Haus oder schauen wir lieber, dass wir unsere, der Ausdruck ist heute noch nicht gefallen, ist aber schon des Öfteren erwähnt worden, Soft-Fakts in Ordnung bringen. Ich sage, dass es mindestens genauso wichtig ist, in diese personelle Ressourcen zu investieren, weil das rechnet sich genauso. Wenn sie bedenken, wenn sie heute die Sporthalle meinetwegen hinstellen, das ist ein schlechtes Beispiel, das gebe ich zu, aber die steht in 30 Jahren nicht mehr, aber wenn sie bei den Jugendlichen nicht investieren, die leben unter Umständen 60, 70 Jahre. Wenn wir dort nicht am Anfang investieren, dann werden wir so einen sozial auffälligen Menschen unser ganzes Leben lang, und darüber hinaus, haben. Also, würde ich sagen, diese Dinge gegeneinander abwägen, zu sagen, okay, ich stehe dazu, mir ist es genauso wichtig wie es meiner nächsten und übernächsten Generation geht, also muss ich mich darauf verlassen, was die Fachleute sagen und die Fachleute haben gesprochen. Siehe hier diesen Amtsbericht. Was jetzt die Heimkosten anbelangt, haben natürlich viele Recht, die versuchen zu hinterfragen, muss denn das S 65.000,-- kosten. Könnte das nicht billiger sein? Aber im gleichen Moment, haben sie sich schon jemals hierherinnen gefragt warum denn die Ziegel teurer werden, warum denn der Benzin teurer wird oder warum denn das Blech für das Auto teurer geworden ist? Haben sie sich das jemals schon ernstlich gefragt und haben das hier in einer Diskussion erwähnt? Ich bin nicht dafür, dass die Heime ins Blitzblaue Preise verlangen, ich bin aber dafür, dass sie soziale Gerechtigkeit, auch bei jenen Materialien anwenden, die offensichtlich nicht so wichtig sind, als wie diese. Also, wieder abwägen. Abgewogen wird auch die Jugendpolitik in Steyr. Ich erinnere sie, wir haben im Budget für diesen Posten, für die Untersuchung der Jugendlichen, wie ist die Situation, wie ist der Zustand. Für und mit den Jugendlichen hier in Steyr haben wir die Jugendstudie. Das ist sicher ein Bestandteil der Betrachtungen, wie es mit den Jugendlichen weiter gehen wird. Es ist sicher ein wichtiges Indiz für Maßnahmen die wir in der Zukunft machen können. Frau Koppensteiner, ich danke für ihre Mitarbeit und für ihre Initiative, aber es gibt bereits eine Plattform. Dieser Verein beschäftigt sich intensiv mit diesem Problem. Ich wäre dankbar, wenn sie dort auch ihre Arbeitsleistung und ihre Kraft einbringen würden.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich bin schon dabei.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Noch einmal zurück. Ich bitte bei diesem Thema, verzichten sie auf Polemik, versuchen sie, auch wenn es lächerlich klingt lieber Kollege. Aber was ist lächerlicher? Wir lachen heute darüber oder schmunzeln darüber und uns weht vielleicht in 10, 20 Jahren ein derartig kalter Wind um die Nase, weil unsere Umwelt und unsere soziale Umwelt derartig kalt geworden ist, weil ich könnte ja auch theoretisch hergehen und sagen, mir ist das alles gleich, ich weiß, dass viele Leute Fehler machen, das kreide ich an. Ich selbst und auch der Herr Dr. Pfeil hat keine goldrichtigen Werkzeuge in der Hand. Er kann es nur aufzeigen, ist auch okay, wenn er es im gewissen Maße macht. Nur, wer kann

sagen, dass er die wirklich richtige Maßnahme für die Jugendlichen hat. Lassen wir jene arbeiten die Fachleute sind und enthalten wir uns jeglicher Missstimmung in diesem Punkt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Darf ich schon kurz dazu sagen, ich bin in der Plattform drinnen. Also da wissen sie nicht Bescheid. Herr Kupfer weiß Bescheid? Ja oder nein?

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja!

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Danke.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil die 2.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem sehr viel über die Polemik und nicht über das Thema gesprochen worden ist, möchte ich schon noch was dazu sagen. Es muss doch erlaubt sein hier, und wir vertreten auch hier oder besonders auch hier den Steyrer Steuerzahler, dass sein Geld richtig und sparsam verwendet wird. Wenn Missstände, ganz egal in welchem Bereich auftreten, dann soll man es hier heraußen sagen. Ich sehe es als eine nicht richtige Entwicklung an, wenn Probleme über das Jahr erkannt werden, dass man am Jahresende einfach dann dem Gemeinderat eine Rechnung präsentiert. Da habe ich ein Problem damit. Obwohl ich mit den meisten Rednern konform gehe, dass das ganze Problem (unter Anführungszeichen) ein vielseitiges Problem ist, wo wir alle aufgerufen sind, wir vertreten hier die Bevölkerung, an diesem Problem auch gemeinsam zu arbeiten, auch wenn es eine Sozialreferentin gibt, die eine besondere Verantwortung in diesem Thema hat. Ich wehre mich dagegen, wenn hier behauptet wird, dass ich unwahre Geschichten verbreite. Ich wehre mich ausdrücklich dagegen, weil ansonsten würde mir nicht der Leiter des Jugendwohlfahrtsamtes, Herr Reder, gestern noch bestätigen, dass aus diesen eben angegebenen Gründen die Arche Noah nicht mehr von Steyr her beschickt wird, weil eben dort genau diese Probleme, die ich angeführt habe, aufgetreten sind. Ein persönlicher Fall, ich werde keine Namen

nennen, ist mir auch bekannt. Hier wurde ein Steyrer Mädchen, 17 Jahre, sogar dazu ermuntert, dass sie ihre Lehre in Steyr abbricht und dass sie sich dem Nichtstun in dieser Arche Noah hingibt. Sie wurde nicht animiert in das soziale Gefüge wieder einzugehen, sondern sie wurde eher animiert das sausen zu lassen. Das war eben der Anlassfall, es hat ja schon Kritikpunkte im Vorfeld gegeben, dass diese Arche Noah aus dem Programm genommen worden ist. Das stimmt doch oder?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das war ja früher Gleink, ist ja auch aus dem Programm genommen worden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin froh darüber. Es gibt natürlich in anderen Heimen auch Probleme, die man nicht verschweigen soll. Man kann mit Geld nicht alles gut machen. Mir kommt das so vor, jetzt zahlen wir 13,5 Millionen Schilling, wir tun was Gutes und das Problem mit diesen 27 zusätzlichen auffälligen Kindern ist erledigt. Das ist es eben nicht und das bitte ich zu verstehen. Danke.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollegin Großalber bitte.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich beruhige mich. Ich habe selbst 7 Jahre meines Lebens in einem Heim gearbeitet. Im Landeskinderheim Leonstein und im Jugendheim Gleink. Es war früher schon so, dass es sehr, sehr viele verhaltensauffällige Jugendliche gegeben hat. Jeder der dort arbeitet, leistet Knochenarbeit. Ganz, ganz ehrlich. Diesen Beruf kann man auch auf Dauer fast nicht ausführen, das hält man einfach nicht aus, weil die persönliche Belastung ganz, ganz hoch ist. Es ist wirklich beleidigend für eine ganze Vielzahl von pädagogisch tätigen Leuten zu behaupten, das ist alles nur eine Aufbewahrungsstätte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich nicht gesagt.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Das haben sie ganz am Anfang bei ihrer ersten Wortmeldung gesagt; werden abgeschoben. Es geht in manchen Fällen nicht anders, das möchte ich jetzt einmal sagen, dass man eine Heimbetreuung

braucht, weil diese Kinder aus derart desolaten Familien kommen. Das war früher schon so und das ist auch heute so. Also, das ist nicht nur eine soziale Entwicklung, das wird es auch immer geben. Nur ein Modetrend war, ich habe das selbst miterlebt, in Leonstein waren zu meiner Zeit, wie ich von 1978 bis 1980 dort gearbeitet habe, 10 Gruppen, in Gleink waren damals 13, 14 Gruppen. Das hat sich alles reduziert, aus einem Grund, weil alles zu Hause besser ist. Ich könnte mir vorstellen, dass das wieder ein Trend ein Stück zurück ist. Ich habe mir das nicht angesehen, aber man kann nicht alles zu Hause betreuen und wir müssen auch dafür stehen. Wo ich wirklich jetzt dafür bin ist, dass man wirklich präventiv etwas macht, auch in der Stadt. Auch wenn es Personalkosten kostet.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da habe ich gar nichts dagegen.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Man könnte sich auch überlegen, ob man nicht Gruppen mit qualifizierten Personen einrichtet, wo nur 10 Kinder die verhaltensauffällig sind drinnen sind und nicht 26 Kinder und die müssen mitlaufen, weil so funktioniert das nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da bin ich bei ihnen.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Ja, na dann passt es eh. Aber ich finde, sie dürfen nicht ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe nicht gegen die Personalaufstockung in diesem Bereich gestimmt. Ich habe verlangt, man muss etwas tun.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Das geht aber durch das ganze Magistrat. Da sind auch die Kolleginnen im sozialen Bereich gemeint gewesen und so hat es sich auch ausgewirkt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster ist Kollege StR Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Weil es so hingestellt wurde, als ob nichts geschieht in der Stadt, möchte ich schon klar und deutlich dagegen sagen, dass wir, nachdem feststand wie es mit den Sozialarbeiterinnen aussieht, eine Stellenausschreibung aufgegeben haben mit Bewerbungstermin 30. November 2000, d. h., bis heute, dass sich ein paar Leute beworben haben, recht massiv ist ja leider der Zuspruch nicht, das muss ich auch ganz klar und deutlich sagen, dass wir nicht aus dem Vollen schöpfen können, sondern dass wir froh sein müssen, wenn wir ein paar Leute hier bekommen. Wir werden nächste Woche eine Objektivierung durchführen und auch entsprechende Personalaufnahmen tätigen. Das möchte ich nur als Darstellung von der Personalreferentenseite gemacht haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein Wunsch ist es natürlich auch, wir haben ja die Familienbegleitung eingerichtet und ich glaube es ist auch notwendig dass man weiß die betreut jetzt 10 Familien und die haben 23 Kinder zur Betreuung. Es sind 2 Personen. Man sieht, die 23 Kinder betreut man jetzt mit 2 Personen und ich brauche nur hochrechnen, wie die Zunahme wäre. Eines möchte ich natürlich auch sagen, dass mir die Pädagoginnen immer sagen, die Zeit wird immer schlechter. Die Jugend nimmt natürlich gerade an der Verhaltensauffälligkeit immer mehr zu. Ich kann nur ein paar Beispiele sagen, wir haben sie auch im Sozialausschuss durchgenommen. Wenn ich mir denke, dass 7jährige Kinder mit dem Messer auf die Lehrkraft losgehen. Wir müssen mit der Problematik leben. Ich finde es auch wichtig, dass man präventiv arbeitet. Präventiv beginnt im Säuglingsalter, im Kindergarten. Darum haben wir auch zwei Sonderkindergärtnerinnen. Also, es geschieht schon etwas. Wir haben das Kinderschutzzentrum gemacht. Auch hier wird präventiv gearbeitet, auch hier werden die Kinder jeweils an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Ich glaube, für manche Kinder ist es traurig, aber für manche Kinder ist das Heim die beste Lösung. Ich persönlich sage auch, solange ich die Kinder zu Hause betreuen kann, ist es die beste Lösung. Ein jedes Kind sehnt sich nach Wärme, nach einer Familie. Ich war schon in Heimen auf Besuch und wenn mir die Kinder gesagt haben, ich möchte trotzdem zu meiner Mutter oder zu meinem Vater, dann sieht man ja, dass das Verlangen da ist, dass sie zu den Eltern kommen. Aber natürlich ist eines, wenn man dann auch liest, unter welchen Missständen sie zu Hause leben und dass sie von den Eltern, vom Vater oder der Mutter, sexuell missbraucht worden sind, da haben wir sehr viele Fälle. Ich habe da eine Liste, drei Seiten, was heuer für Vorfälle waren. Wenn man jetzt liest, dass ein Mädchen mit 12 Jahren, ich sage jetzt ein Beispiel, die Familie ist vom Jugendamt unter Familienbegleitung betreut worden. Die Mutter kann mittlerweile das Wohl der Minderjährigen nicht mehr gewährleisten, vollkommen verwahrlost. Das Mädchen ist noch immer Bettnässerin, hat Alkoholprobleme, schwer hygienische Zustände in der Familie. Das Mädchen ist selbst unter Tränen zum Jugendamt gekommen und wollte in ein Heim. Wenn man das hört, und ich habe mehrere extremere Fälle dabei, dann muss man einsehen, dass wir

Heime auch brauchen. Heime sind selbstverständlich wichtig. Wir werden uns natürlich auch bemühen, dass wir schauen, dass die Familienbegleitung noch mehr in die Familien reingeht. Man muss nämlich trotzdem in der Familie direkt anfangen. Die Missstände kommen von der Familie. Die Kinder kommen alle gleich auf die Welt, sage ich immer, und dann entwickeln sie sich nach dem Umfeld. Leider Gottes ist es in manchen Teilen so, dass wir da keinen Einfluss haben. Es ist auch unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass wir eine Jugend haben, die sich zum Wohle aller, wie wir jetzt hier sitzen und auch für unsere Nachkommen, entwickelt. Ich möchte eines noch dazu sagen, der Bürgermeister hat einen Brief an die Landesabteilung Jugendwohlfahrt geschrieben und da ist jetzt eine neue Leiterin. Ich möchte vielleicht ein paar Zeilen aus diesem Brief vorlesen, dass man sieht, es wird dort schon etwas gemacht. Und zwar hat sie geschrieben: „Ich weise sie zurecht auf die enorm gestiegenen Kosten für Maßnahmen der Jugendwohlfahrt insbesondere auf die hohen Tagessätze, die derzeit von den einzelnen Einrichtungen verrechnet werden. Diese Kostenentwicklung war auch für mich Anlass, sofort nach meiner Ernennung zur Leiterin der Abteilung Jugendwohlfahrt, Auftrag zu erteilen, zusammen mit einer Unternehmensberaterfirma mit der Erhebung der Kosten und Erlösstruktur der sozialpädagogischen Einrichtungen zu beginnen, um Aussagen über die Berechnungsgrundlagen der derzeit zur Verrechnung kommenden Tagessätze zu gewinnen und um in weiterer Folge zu einem einheitlichen Kalkulationsschema zu kommen. Ferneres Ziel der Abteilung Jugendwohlfahrt ist dabei der Aufbau eines funktionierenden Controllingsystems um die Effizienz und Effektivität der sozialpädagogischen Einrichtungen der Jugendwohlfahrt in OÖ zu sichern und damit auch die Finanzierbarkeit von Maßnahmen der Jugendwohlfahrt zu gewährleisten. Im Zuge dieser Arbeiten werden selbstverständlich sowohl Fragen des Leistungsumfanges, der effizienten Zielerfüllung, als auch Fragen der Qualität bzw. Qualitätssicherung mitbehandelt. Die Abteilung Jugendwohlfahrt wird in diesem Bereich auch auf differenzierte Leistungsangebote seitens der sozialpädagogischen Einrichtungen hinarbeiten.“

Also, man sieht, es ist was im Laufen, es wird etwas unternommen. Ich glaube auch, dass es notwendig ist, dass man da einen halbwegs einheitlichen Kalkulationssatz bekommt. Ich möchte eines dazu sagen, in den SOS-Kinderdörfern bekommen wir nie einen Platz. In den anderen Bundesländern, wo wir einen Platz bekommen, die Kinder sind dann sofort einzuweisen, da müssen wir nehmen was frei ist. Da sind natürlich Heime darunter, wo ein Monatsbetrag von S 65.000,-- zu bezahlen ist. Ich glaube, wenn das jetzt gemacht wird, werden wir sehen, dass da ein einheitlicher Tagessatz herauskommt. Ich würde noch einmal ersuchen, dass wir wirklich in dem Bereich, wir haben es jetzt vom Kollegen Spanring gehört, aufstocken, weil ich glaube, das Beste ist, dass wir präventiv arbeiten. Ich freue mich auch Frau Koppensteiner, dass sie dazu beitragen. Ich bin gerne bereit, auch in dieser Gruppe mitzuarbeiten. So, meine Damen und Herren, ich ersuche nun um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das war einstimmig. Nr. 5) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es eigentlich nicht um eine inhaltliche Änderung, sondern lediglich um eine Zusammenfassung der geltenden Beschlüsse, die teilweise schon über einen längeren Zeitraum zurückliegen im Sinne einer Wiederverlautbarung. Das war eine Anregung der Verwaltung für Kontrolle und Revision. Die Kindergartenbeiträge werden selbstverständlich auch gleich in Euro ausgewiesen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) Kdg-14/00 Tarifordnung der städtischen Kindergärten und Horte.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB V, FA für Allgemeine Sozialrechtsangelegenheiten, vom 18. Oktober 2000 wird die beiliegende Tarifordnung für die Kindergärten und Horte der Stadt Steyr im Sinne einer Wiederverlautbarung beschlossen. (Beilage)

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, das ist einstimmig beschlossen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Gegenprobe!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gegenprobe? Ich habe geglaubt sie haben aufgezeigt. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF).

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem letzten Antrag geht es um die Subvention für „Pro mente infirmis“.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) Fin-9/00 „Pro mente infirmis“ - Atrium Steyr; Subvention 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 6. November 2000 wird dem Verein „Pro mente infirmis“ im Zusammenhang mit der Führung des „ATRIUM Steyr“, Gleinkergasse 21 sowie Schuhbodengasse 7, für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des gesamten Mietaufwandes bzw. 50 Prozent der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von **400.000,--** (Schilling vierhunderttausend) gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- werden bei der VSt. 1/4130/757000 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ist hiezu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke der Frau Kollegin Mach. Nächster ist Herr Kollege Pfeil. Bitte sehr.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. In meinem Antrag geht es um die Änderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 4. März 1993, Parkgebühren-Verordnung der Stadt Steyr. Die soll in zwei Punkten abgeändert werden. Im ersten Punkt soll es eine Änderung im Bereich der gebührenpflichtigen Zone geben, im zweiten Teil soll eine Änderung in der Höhe von S 5,-- auf S 7,-- eurofähig die ½ Stunde kommen. Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

7) VerkR-5629/00 Parkraumbewirtschaftung; Änderung der Parkgebühren-Verordnung 1992.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten, FA für Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 10. 10. 2000 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit welcher der § 2 (Festlegung des Gebietes für gebührenpflichtiges Parken) und der § 3 (Höhe der Parkgebühren) der Verordnung des Gemeinderates vom 4. März 1993 (Parkgebühren-Verordnung der Stadt Steyr) abgeändert wird, beschlossen.

Die Verordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Tarife, da sind wir nicht dafür.

Danke Herr Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatt ist Herr Vzbgm. Leopold Tatzreiter.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

LEOPOLD TATZREITER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag, den wir schon einmal zurückgestellt haben, nicht im GR sondern im StS, geht es um den Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr. Das bisherige Fahrzeug ist über 20 Jahre in der Nutzung und daher auch nicht mehr ganz tauglich. Es ist notwendig, hier eine Nachbeschaffung durchzuführen. Es war damals in der StS-Sitzung die Meinung vorherrschend, ich verweise gleich darauf, ob das nicht ein Steyrer sein sollte. Wir haben uns ja damals dazu ausgesprochen, weitgehend Steyrer Nutzfahrzeuge anzukaufen. Es ist aber ein Mercedes, der mit der Spurweite bzw. mit dem Verbau, nämlich in Kastenform verbaut ist, notwendig, wieder so einen anzuschaffen, um dort zufahren zu können wo es notwendig ist, auch mit der notwendigen Ausrüstung. In dem Zusammenhang hat es auch eine Rückfrage bei den Steyrer Nutzfahrzeugen gegeben, ob eine Möglichkeit besteht, ein gleichwertiges Produkt anzubieten. Das Schreiben ist leider negativ gekommen, mit dem Vermerk, dass es um einiges teurer werden würde, weil sie einer Anfertigung eines Prototypen gleichkommt, daher fast um 1 Million Schilling oder mehr als um 1 Million Schilling teurer kommen würde. In diesem Zusammenhang geht es wieder um einen Mercedes und ich bitte daher, wie im Antrag festgehalten, die beiden Beträge zu genehmigen.

Der Antrag lautet:

8) FW-19/00 Ankauf eines Löschfahrzeuges mit der Bergeausrüstung für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7. 9. 2000 wird dem Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug I - Innere Stadt, zum Preis von S 2.930.303,60 inkl. USt. zugestimmt.

I. Fahrgestell - Mercedes-Benz Vario 815 DA / 37 / 4 x 4:

1. Fa. Rosenbauer, Leonding, S 1.074.520,-- inkl. USt.

II. Feuerwehrtechnischer Aufbau und Ausrüstung:

1. Fa. Rosenbauer, Leonding, S 1.855.783,60 inkl. USt.

Zum genannten Zweck werden für das Rechnungsjahr 2000 Mittel im Ausmaß von **S 1.800.000,--** (einemillionachthunderttausend) bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von S 1.130.303,60 ist im Budgetjahr 2001 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.437.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Kollege Tatzreiter, alles was sie gesagt haben ist richtig. Nur, dieser Antrag zeigt, dass wir es gut schaffen, dass wir uns mit uns beschäftigen, denn es gab eine Meinungsbildung, wenn man Produkte für die Stadt oder im stadtnahen Bereich im Feuerwehrbereich oder in anderen Bereichen eben ankauft, dass man eben bei Gleichwertigkeit bevorzugt, Produkte aus der Region oder aus der Stadt herbeizieht. Es war im StS nicht erklärbar, warum eine Firma, die wir hier fast im Hause haben, nicht dabei haben. Wenn der Amtsbericht dementsprechend abgefasst gewesen wäre, hätte es überhaupt keine Debatte gegeben, dann hätten wir es nicht einstimmig zurückgestellt. Sie konnten leider auch keine Auskunft geben. Ich ersuche sie in Zukunft bei der Abfassung solcher Amtsberichte, dass auch diese wichtige Information drinnen ist. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen sehe ich keine. Wird ein Schlusswort gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nr. 9) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im zweiten Antrag geht es um die Instandsetzung und teilweise Erneuerung der Kühlpulte im Stadtsaalbuffet, Stelzhamerstr. 2 a. Durch die lange Nutzungsdauer ist leider ein desolater Zustand entstanden. Es ist daher notwendig diese Kühlpulte wieder neu zu investieren. Eine Reparatur ist kaum mehr möglich und würde auch fast gleich teuer sein. In dem Zusammenhang ist es notwendig, dass eine Neuanschaffung passiert. Ich bitte in diesem Zusammenhang dem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) GHJ2-67/00

Instandsetzung und teilweise Erneuerung der Kühlpulte im Stadtsaalbuffet, Stelzhamerstraße 2 a.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 16. 10. 2000 wird den

Auftragsvergaben an die

1. Fa. Lötsch, Kühlanlagenbau, Steyr zum Preis von S 55.306,-- exkl.USt. und

2. Fa. Staudinger, Steyr, zum Preis von S 45.000,-- exkl. USt.,

der Kreditübertragung in Höhe von S 100.000,-- exkl. USt. bei der VA-Stelle 1/262100/020000 (Sportplatz Rennbahn - Maschinen und maschin. Anlagen)

auf die VA-Stelle 1/894000/043000 (Stadtsaal - Betriebsausstattung), sowie der Mittelfreigabe bei der letztgenannten VA-Stelle zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 47 Abs. 5 StS 1992, zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Generalsanierungsarbeiten bei den gemeindeeigenen Objekten Schweigerstraße 1 - 35, und einer Gewährung eines nicht rückzahlbaren Zuschusses, aufgeteilt auf 3 Jahre. Diese Objekte haben leider keine Mietzinsreserve bzw. ein Guthaben, daher ist auch eine Erhöhung der Hauptmiete um S 3,-- pro Quadratmeter notwendig. Es ist daher mit einer Laufzeit von 15 Jahren zu rechnen. Ich bitte auch in diesem Zusammenhang die 120 Wohneinheiten dementsprechend dieser Sanierung zuzuführen. Ich bitte die 2,7 Millionen Schilling, aufgeteilt auf drei Jahre, nämlich 3 x S 900.000,--, freizugeben. Ich bitte auch in diesem Zusammenhang um die Darlehensaufnahme der S 900.000,--, die dafür grundsätzlich notwendig sind.

10) GHJ2-64/00

Generalsanierungsarbeiten bei den gemeindeeigenen Objekten Schweigerstraße 1 - 35; Gewährung eines nicht rückzahlbaren Zuschusses, aufgeteilt auf 3 Jahre (2000 - 2002).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 16. 10. 2000 wird der Gewährung eines nicht rückzahlbaren Zuschusses in der Höhe von S 2.700.000,--, aufgeteilt auf drei Jahre, zugestimmt.

Zu dem genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von **S 900.000,--** (neunhunderttausend) aus dem Budget 2000 bei der VA-Stelle 5/853100/010000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 900.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Es gibt keine Wortmeldung. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Restaurierung der Steinteile und Fassade, Fertigstellung sowie weitere Arbeiten im Rathaus. Sie sehen ja noch immer das verhüllte Gebäude. Ich bitte in diesem Zusammenhang auch die notwendigen Mittel in dieser Frage zu genehmigen bzw. geht es hier auch um die Verlängerung der Vorhaltezeit des Gerüsts aufgrund der Mehrarbeiten, die ebenfalls S 20.000,-- ausmachen. In diesem Zusammenhang geht es um die Restaurierung der vier Turmuhrblätter der Fa. Lengauer, Haag, mit S 48.000,-- inkl. USt., um die Restaurierung der Fenstergitter im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss, ebenfalls die Fa. Lengauer aus Haag mit S 192.000,--, um die Färbelung der Steinteile, das macht die Fa. Wedenig aus Wien um S 88.896,-- und wie gesagt um die Verlängerung der Vorhaltezeit des Gerüsts mit S 20.000,--. In Summe macht das S 349.000,-- aus. Ich bitte auch in diesem Zusammenhang der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben.

11) BauH-73/00

Restaurierung Steinteile und Fassade; Fertigstellung sowie weitere Arbeiten Rathaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 24. 10. 2000 wird einer vorgezogenen Mittelfreigabe aus dem Budget 2001 im Ausmaß von S 349.000,-- inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/029000/010000 (Amtsgebäude - Gebäude Rathaus), sowie um Auftragsvergaben an die Firmen

Fa. Lengauer, Haag - Restaurierung der Turmuhrblätter (S 48.000,-- i. U.)

Fa. Lengauer, Haag - Restaurierung der Fenstergitter (S 192.000,-- i. U.)

Fa. Wedenig, Wien - Färbelung der Steinteile (S 88.896,-- i. U.)

Fa. Weidinger, Steyr - Gerüstung (S 20.000,-- i. U.)

zugestimmt

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 37 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Es gibt dazu eine Wortmeldung. Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eine Frage, nicht an den Referenten Kollegen Tatzreiter, sondern an den StR Mayrhofer, die er mir vielleicht beantworten kann. Diese Verkleidung, die wir angekauft haben, was passiert jetzt mit dieser Verkleidung? Wer ist dafür zuständig, dass diese Fassadenverkleidung auch an andere potentielle Nutzer vermietet wird? Ein Vorschlag, der kommt nicht von mir, sondern ist von Steyrer Künstlern gekommen, ob es nicht interessant wäre, diese Fassadenverkleidung unter Umständen von Steyrer Künstlern oder in einem Schulprojekt entsprechend künstlerisch umzugestalten. Ich möchte gerne wissen, was sie von dieser Idee halten? Ich denke mir, das ist ganz interessant und würde unter Umständen die Vermietung ein bisschen einfacher machen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wo sollen wir die dann hingeben?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es ist ja auch jetzt geplant, dass potentielle Nutzer, Unternehmen die Bauprojekte machen wollen, diese Verkleidung bei uns anmieten. Das würde auch Sinn machen. Ich denke mir, es wäre auch ein schönes Zeichen von uns an die Kunst in Steyr, vielleicht Künstler mit dieser Fassadenverkleidung zu beauftragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Mayrhofer können sie dazu etwas sagen?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Zuständig dafür ist die FA für Altstadterhaltung und Denkmalschutz, der Herr Dr. Kaiser, der wird die Vermittlung von dieser Plane vornehmen. Es ist möglich, dass man sie 4 bis 5 Mal weiter verwendet. Öfter wird es vom Auf- und Abbauen nicht möglich sein. Sie dürfen eines nicht vergessen. Entscheidend bei so einer Folie ist die Lichtdurchlässigkeit. D. h., man muss dahinter arbeiten können. Wir merken jetzt schon, dass natürlich die Lichtdurchlässigkeit nicht sehr gegeben ist, dass es für die Angestellten, die da dahinter arbeiten, zu einer Sichtbeeinträchtigung führt. Wenn ich das Ganze jetzt grundieren; weiß malen und dann wieder eine Farbe aufbringen muss, dann ist es praktisch blickdicht und sie können von innen nicht hinausschauen. D. h., es ist ein Weg, der praktisch nicht machbar ist.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Gibt es schon konkrete Unternehmen, die das anmieten wollen? Weiß man da irgendetwas?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Konkret ist mir derzeit nichts bekannt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gehe davon aus, dass das in erster Linie an prominenten Plätzen passieren wird oder ein Interesse daran sein wird, auch von unserer Seite her, und dass der Herr Dr. Kaiser ja bei all diesen prominenten Häusern und denkmalgeschützten Häusern als erstes informiert ist und er kann daher auch als Mittelsmann dienen. Die Idee würde mir gut gefallen, aber wenn das vollkommen dicht wird, könnte das ein Problem sein. Das müsste man einmal probieren.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich muss sagen, dass die Idee genau von denen gekommen ist, die dahinter arbeiten. Also, die haben gesagt, sie würden das interessant finden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, Aquarellmalerei und nicht Ölmalerei.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, das war eigentlich kein Thema. Schlusswort? Nein. Also kommen wir gleich zur Abstimmung. Wenn sie dem Antrag Nr. 11) die Zustimmung erteilen, dann bitte ich sie um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Kein Einwand, so beschlossen. Nr. 12) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Es geht um eine Übernahme einer Haftung für das Wohnbausanierungsdarlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. für die Wohnbauten Schweigerstraße 1 - 35. Das ist genau das, was wir eh zuerst behandelt haben. Ich bitte in diesem Zusammenhang die Höhe von S 10.970.000,-- aufzunehmen bzw. dafür die Haftung zu übernehmen. Die Stadt ist ja der Eigentümer dieser Liegenschaft und daher ist auch die Stadt sozusagen dafür zuständig. Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

12) Fin-213/00

Übernahme einer Haftung für ein Wohnhaussanierungsdarlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH für die Wohnbauten Schweigerstraße 1 - 35.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 16. November 2000 wird der Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von S 10.970.000,-- bei der Creditanstalt AG, Schottengasse 6, 1010 Wien, durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. gemäß beiliegendem Schuldschein und der Übernahme der Ausfallhaftung durch die Stadt Steyr gemäß § 1356 ABGB für dieses Darlehen bis zu einem Betrag von S 10.970.000,-- gemäß beiliegender Bürgschaftserklärung - **vorbehaltlich der hiezu erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigung** - zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Vizebürgermeister Tatzreiter. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Bremm. Bitte sehr.

BE: STADTRAT

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. In meinem Antrag geht es um die Weiterführung der Deponieentgasung auf unserer Mülldeponie bzw. um eine Auftragserweiterung im Ausmaß von S 72.000,--. Ich ersuche den Gemeinderat dieser Maßnahme und der Freigabe der Mittel die Zustimmung zu geben.

13) Umw-19/98

Mülldeponie der Stadt Steyr, Weiterführung der Deponieentgasung, BA 02; Anhebung von Gasbrunnen Massennmehrung und Auftragserweiterung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 27. Okt. 2000 wird der Auftragsvergabe an die Fa. Alpine Bau GesmbH Taufkirchen/Pram über die Auftragserweiterung zur Anhebung von Gasbrunnen zum Preis von ATS 72.000,-- exkl. USt. zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird ein Kreditübertrag in Höhe von ATS 72.000,-- exkl. USt. von VAST. 5/8521/006000 (Sonstige Grundstücke) auf 5/8521/050000 (Sonderanlagen) genehmigt und werden die Mittel im Ausmaß von ATS 72.000,-- exkl. USt. bei der VAST. 5/8521/050000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von ATS 72.000,-- exkl. USt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein besonderer Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wenn sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist Kollege Eichhübl. Bitte sehr.

BE: STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

So wie jedes Jahr obliegt es mir, als zuständigen Referenten der Stadtwerke, ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ihnen, werter Herr Vizebürgermeister, ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Jahresabschlüsse und die Bilanzen der Stadtwerkebetriebe einerseits und die Bilanzen des Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr vorzutragen. Dieses Mal für das Jahr 1999. Sie erlauben mir, dass ich so einen kurzen Überblick, Zeitdauer etwa eine $\frac{3}{4}$ Stunden, mache.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist doch sehr von Bedeutung, was in diesem dicken Geschäftsbericht drinnen steht. Die Jahresabschlüsse der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebeverbundes wurden wiederum dem Verwaltungsausschuss, früher dem Kommunalausschuss, und dem Prüfungsausschuss vorgelegt und positiv beurteilt. Ebenfalls fand auch wieder mit Vertretern der Stadtwerke und der FA Kontrolle und Revision eine Schlussbesprechung statt. Ich hoffe, dass ich beim nächsten Mal, als zuständiger Referent, so wie bisher, wieder eingeladen werde. Die sehr erfreuliche und ausführliche Darstellung des Geschäftsberichtes mit Beilagen und Diagrammen der Bilanzen, sowie der Gewinn- und Verlustdarstellung der Stadtwerkebetriebe und des Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr lassen das wirtschaftliche Umfeld und die Entwicklung in allen Teilbereichen deutlich erkennen. Bei der Bestattung wurde ein Fahrzeug neu angekauft sowie in die EDV investiert. Gesamtinvestitionen also um S 480.000,--. Ein gutes, erfreuliches Ergebnis ist ein EGD von 11 % vom Umsatz sowie ein Gewinn der daraus resultiert von S 128.000,-- nach einer Rücklagenbildung von S 200.000,--. Im Krematorium weist das EGD von 24 % Umsatz ebenfalls auf ein sehr positives Ergebnis hin. Nach einer Rücklagenbildung von 1,5 Millionen Schilling konnte ein Gewinn von rund S 125.000,-- ausgewiesen werden. Beim Wasserversorgungsunternehmen ist ein höherer Aufwand durch die Erweiterung des Rohrleitungsnetzes feststellbar, allerdings hat der Erlösanstieg um 13 % zu einem um 2,7 Millionen Schilling höheren, sehr positiven Betriebsergebnis auch in diesem Bereich geführt. Dies ermöglicht eine Rücklagenbildung von 14 Millionen Schilling. Diese Rücklagen sollten für die Reinhaltung unseres Lebensmittelwassers sowie für Investitionen im Leitungsversorgungsnetz, aber auch, das sei hier deutlich dargestellt, das steht auch so im Geschäftsbericht drinnen, für die Verlustabdeckung der Bäder und der Kunsteisbahn herangezogen werden. Es waren etwa 4 Millionen Schilling, die dafür verwendet wurden. Beim Freibad und Hallenbad ist ein Erlösrückgang von S 168.000,-- feststellbar. Der Verlust stieg in diesen Bereichen gegenüber 1998 von S 7.014.192,-- auf S 7.348.353,--. Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, dürfte im Wesentlichen darauf zurückzuführen sein, dass zum einen das Wetter, vor allem zu den Wochenenden, nicht sehr dazu eingeladen hat, dass viele Gäste in das Freibad gekommen sind und zum anderen, steht unser Freibad, trotz einiger Verbesserungen, das soll hier auch angemerkt werden, nach wie vor in Konkurrenz mit sehr attraktiven Freibädern in der Umgebung, ich denke da beispielsweise an das Freibad in Garsten. Das Hallenbad und die Sauna waren vom 6. 4. 1999 bis 19. 11. 1999 wegen Umbauarbeiten geschlossen, daher auch der Besucherrückgang in diesem Bereich

erklärbar. Am Eislaufplatz wurde eine neue Beschaltungsanlage und ein Sonnenschutz installiert, um zumindest etwas an Verbesserung unseren Besuchern in diesem Bereich zu bieten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Beste war das Dach, Roman.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister das liegt schon so lange zurück. Es freut mich aber, dass das auch wieder erwähnt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weil du immer dagegen warst.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich muss mit Einschränkung dazu sagen, dass wir dagegen aufgetreten sind und zwar deswegen, weil wir andere Prioritäten setzen wollten, aber das ist ja inzwischen jedem bekannt.

Es war aber leider dennoch, auch aufgrund der geringen Verbesserungen, muss man sagen, ein Erlösrückgang von 1,4 % feststellbar. Der Verlust stieg von S 1.569.000,-- im Jahr 1998 auf S 1.982.750,-- im Jahr 1999 an.

Im Versorgungsbetriebsverbund Gas und Verkehr wurden beim Gaswerk für EDV- und Betriebsausstattung S 550.000,-- sowie für Rohrleitungen und Reduzierstationen rund 11 Millionen Schilling investiert. Ein Erlösrückgang und ein Aufwandsrückgang im selben Ausmaß, nämlich von 2,2 % ergab wieder ein gutes Ergebnis für das Jahr 1999.

Für den Verkehrsbetrieb war 1999, sie erinnern sich alle, das Jahr der großen Umstellungen. Mitte des Jahres wurde ja die neue zentrale Busumsteigestelle am Bahnhof eröffnet und damit eine geänderte Linienführung, über die sehr lange und sehr ausführlich, vorher und nachher, diskutiert wurde, eingeführt. Aber nicht immer, und das möchte ich auch hier wieder in Erinnerung rufen, waren diese Diskussionen auf politischer Ebene dazu geeignet, das Image der Verkehrsbetriebe zu verbessern. Die Anschaffung von drei Niederflurbussen hat die Qualität des Fuhrparks erheblich verbessert. Auch die Einrichtung einer Betriebsfunkanlage hat sich im Tagesgeschehen des Verkehrsbetriebes sehr positiv bemerkbar gemacht. Allerdings, und das sei auch nicht verschwiegen aus meinem Munde ja gar, sank das Fahrgastaufkommen 1999 um 2,8 % auf 3.961.499 beförderte Fahrgäste gegenüber 1998. Der Kostendeckungsgrad stieg allerdings um 8 % auf 57,3 % an. Der Verlust im Verkehrsbetrieb verringerte sich um rund S 1.280.000,-- auf insgesamt S 23.304.000,--. Der Gesamtumsatz aller Betriebe der Stadtwerke, meine Damen und Herren des Gemeinderates, stieg von S 179.679.000,-- im Jahre 1998 auf rund S 184.907.000,-- im Jahr 1999 an.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, kann festgestellt werden, dass es sich um ein gutes Gesamtergebnis der Stadtwerke handelt, welches mit sparsamen Personaleinsatz und mit sparsamen Betriebsmitteleinsatz erreicht werden konnte. Zudem muss bei der Gesamtbeurteilung berücksichtigt werden, dass Freizeiteinrichtungen und der Verkehrsbetrieb mit seinen guten Gesamtangeboten aus einer sozialen Motivation heraus gesehen werden muss und auch mit entsprechenden Tarifen der Bevölkerung vonseiten der Stadt zur Verfügung gestellt werden muss. Das ist auch die Aufgabe, das so zu machen.

Auch von dieser Stelle, ich habe das bereits im zuständigen Ausschuss gemacht, möchte ich allen Mitarbeitern der Stadtwerke für die erbrachten Leistungen danken. Die Jahresabschlüsse und die Bilanzen, ich habe zuerst darauf hingewiesen, wurden in Zusammenarbeit mit der Steuerberatungskanzlei Schwarz erstellt. Die Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 1999 der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr wurden von der FA Kontrolle und Revision geprüft. Diese Prüfung ergab keinen Anlass zu einer Beanstandung.

Daher stellt der Verwaltungsausschuss für die wirtschaftlichen Unternehmungen, wie er ja jetzt heißt, folgenden Antrag an den Gemeinderat, den ich ihnen nunmehr zur Verlesung bringen darf.

14) Rp-21/00

Stadtwerke Steyr und Versorgungsbetriebsverbund Gas und Verkehr; Jahresrechnungsabschlüsse 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die beiliegenden Jahresrechnungsabschlüsse 1999 (inklusive Bilanzen, Gewinn- und Verlustabrechnungen samt Anhängen) der Stadtwerke Steyr und des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr werden im Sinne der § 8, Abs. G und § 14 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt; gleichzeitig wird die Dotation der Rücklagen (Stadtwerke Steyr mit insgesamt S 15,7 Mio.) ausgewiesen, wobei die Zuweisung zur satzungsgemäßen Rücklage S 14 Mio. beträgt; beim Versorgungsbetriebsverbund beträgt die Dotation der Zuweisung zu den un versteuerten Rücklagen S 3.011.000,--.

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten über meinen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich für den schönen Bericht und die Zufriedenheit, die du da an den Tag gelegt hast.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Bei der Budgetsitzung wird es ja anders sein Herr Bürgermeister, weil das ist noch 1999.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte auch dem Kollegen Fürweger sagen, der heute die Einnahmen für das Gebührenparken angeführt hat, dass da das meiste drinnen steckt, Kapitalzuführungen, Busankauf und solche Dinge mehr. Das könntet ihr eh reden, wenn ihr nebeneinander sitzt.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, die Kapitalzuweisungen, wenn ich mir erlauben darf, also über die könnten wir noch diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du bist nie zufrieden! Aber da war schon eine Wortmeldung zuerst, der Herr GR Hack hat sich zu Wort gemeldet. Er war vor ihnen Frau Kollegin Frech. Sie sind notiert.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ja, es klingt eh recht schön, aber ich muss ganz ehrlich sagen, diese Zufriedenheit und auf die Schulter klopfen, kann ich leider nicht ganz teilen. Es ist dieser Geschäftsbericht der Stadtwerke sicher rechnerisch und buchhalterisch richtig. Allerdings wenn ich da so gewisse Seiten aufschlage, z. B. die Seite 26), da darf ich ihnen kurz was vorlesen, im Zusammenhang mit den Autobussen. „Trotz größter Bemühungen und wiederum keiner Preiserhöhung und Einführung einer Studentennetzkarte war die Fahrgastentwicklung 1999 negativ. Sie wird durch die öffentliche Negativdiskussion und die direkte Anbindung der Buslinie an das Stadtplatzzentrum und die Macht der Linienumstellung unvermeidlichen Umsteigvorgang beeinflusst. Ein Teil der Kaufmannschaft des Stadtplatzes macht die Verkehrsbetriebe völlig ungerechtfertigt, direkt für die Umsatzrückgänge verantwortlich, obwohl in einer Studie nachgewiesen wird, dass Stadtplatz und Enge zu einem der attraktivsten Standorte Österreichs gehören. Die positive Wirkung der neuen Busse und des neuen Busbahnhofes sind praktisch an dem Negativmarketing verpufft.“ Uff!

Gelächter

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es ist unglaublich. Also, ich muss sagen, da fällt mir alles hinunter! Das kann ja doch bitte nicht in einem offiziellen Geschäftsbericht der Verkehrsbetriebe drinnen stehen, eine Privatmeinung von den Herrn Direktoren. Ich meine, eine verantwortungsvolle Politik würde ich so einschätzen, dass die Politik gute Rahmenbedingungen schafft vor allen Dingen eines Dienstleisters und das sind im Prinzip die Verkehrsbetriebe. Eine verantwortungslose Politik ist eigentlich schon das, dass im Wissen von negativen Auswirkungen und Veränderungen, und das habt ihr selbst mit einer Umfrage ja im Vorhinein schon feststellen können, habt ihr das gemacht und jetzt sind auf einmal die Geschäftsleute und ein paar Politiker, wahrscheinlich ich, auf einmal Schuld, dass weniger Leute mit

dem Bus fahren. Ich meine, Herr StR Eichhübl, ich habe es ihnen eh schon gesagt, das kann ich nicht zur Kenntnis nehmen und das muss ich auf das Schärfste zurückweisen. Ich meine, ein ehemaliger Direktor der Stadtwerke sagt, na, ihr müsst halt einmal was tun, verkauft oben ohne. Das ist nämlich die Einstellung der Stadtwerke zu den Geschäften.

Gelächter

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Bitte wortwörtlich. Das ist eine Negativdemokratie. Das ist die Einstellung der Stadtwerke zu den Geschäften in der Innenstadt.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es ist Tatsache und die Tatsache wurde schon vorher festgestellt, eben durch eine Untersuchung der Handelsakademie die im Auftrag der Stadtwerke gemacht worden ist. 7.500 am Tag fahren weniger, also kommen jetzt nicht mehr in die Stadt mit dem Bus. Das lässt sich genau nachrechnen aus den Ergebnissen, aus den Aufstellungen der Stadtwerke. Na gut, dass das keine Auswirkung auf die Stadt hat, das kann ja doch bitte keiner bestreiten. Und ihr könnt nicht sagen, wir sind die Schuldigen. Ich muss wirklich sagen, ich bin fassungslos. Es gibt Rückgänge in den Fahrgastzahlen bis zu 35 %. 12 %, 15 %, 20 % fast quer durch und in Summe ist es dann 3 % minus. Aber ich kann doch nicht sagen, die Geschäftsleute sind Schuld. Ein Dienstleistungsbetrieb der solche Zahlen in der Privatwirtschaft bringt, ich meine, da müssen alle Alarmglocken läuten und da gehört der Vorstand ausgewechselt wenn man so etwas macht. Ich muss ehrlich sagen, die Stadtwerke schieben immer die Verantwortung auf andere Leute. Sie sollten einmal schauen, wie es in der Zukunft weiter geht in Richtung EU, wenn diese ganzen Querverbandsübertreibungen nicht mehr gestattet sein werden. Ich glaube, da müssten die Stadtwerke einmal die Hausaufgaben machen und einmal darüber nachdenken, wie es dann weiter geht, bevor sie anderen die Schuld zuschieben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächste ist die Frau Kollegin Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Manchmal fühlt man sich ein bisschen in die Löwinger Bühne versetzt, manchmal ein bisschen in die Märchenstunde. Wenn ich mir den Geschäftsbereich so ansehe, dann eher ein bisschen in der Märchenstunde. Ich nehme nur einen Satz heraus. „Nach anfänglich hascher Kritik durch Politiker und Kunden, hat sich die Veränderung, nämlich die Fahrplanumstellung, mittlerweile bewährt und wird von den Kunden überwiegend positiv beurteilt.“ Das steht da drinnen. Nämlich so positiv beurteilt, dass es einen Fahrgastrückgang von mehr als 100.000 gibt. Mehr als 100.000 Fahrgäste weniger. Dermaßen

positiv hat sich das ausgewirkt. Dermaßen positiv, dass beispielsweise auf der Linie 3 a Neuschönau, das war eine jener Linien die im Vorfeld, nicht schon nach der Umstellung, wo zwei Fraktionen versucht haben Änderungen zu erreichen, noch vor der Umstellung, um nicht reparieren zu müssen, und das war die ÖVP und die LIF-Fraktion, wo wir gemeinsam versucht haben einen vernünftigen Weg zu finden, weil einem der Hausverstand sagen hat müssen, dass diese Linie dann nicht mehr funktionieren kann. Sie brauchen sich nur überlegen, die Neuschönau ist gleich da drüben. Wenn ich heute zuerst vom Stadtplatz auf den Bahnhof fahren muss, dort umsteigen muss, dann vom Bahnhof in die Neuschönau fahre, dann bin ich zu Fuß schneller. Das kann ihnen jeder bestätigen. Also sinkt der Anreiz, diese Linie zu nutzen. Was machen die Leute jetzt? Sie gehen zu Fuß, ist ganz positiv, sie fahren mit dem Rad, sehe ich auch positiv. Es gibt aber Menschen, die sind nicht mehr so mobil, ältere Personen. Gerade in der Neuschönau wohnen viele Pensionisten. Für die ist es sehr viel schwieriger geworden, weil sie eben diesen Umsteigvorgang nicht so einfach bewältigen, gerade mit Einkaufstaschen. So positiv, dass die Linie 3 a einen Fahrgastrückgang von 26,5 % hat. Das ist ein Viertel. Das muss man sich einmal vorstellen. Wenn sie jetzt sagen, na gut, das ist vielleicht polemisch eine Linie herausgegriffen, dann stimmt das nicht, sondern fast jede Linie hat einen enormen Fahrgastrückgang. Ob das die Linie 3 a ist, ob es andere Linien sind, ich möchte im Detail nicht mehr näher eingehen, es gab ohnedies im Verwaltungsausschuss eine genaue Auflistung dieser Linien die zurückgegangen sind. Natürlich hoch unter der Vertraulichkeit, das darf ja keiner erfahren, dass diese Zahlen ja nicht wirklich so positiv sind, wie sie hier im Geschäftsbericht stehen. Es kommt nicht von ungefähr, dass sie in diesem Geschäftsbericht diese Linienrückgänge nicht finden. Da können sie diesen ganz dicken, da steht irrsinnig viel drinnen, so viel, viele schöne farbige Graphiken, mit denen sie überhaupt nichts anfangen können, nur das Wesentliche, dass sämtliche Linien, bis auf wenige Ausnahmen, einen massiven Fahrgastrückgang hinzunehmen haben, das steht nicht drinnen. Ich bekrittelle nicht einen Rückgang um vielleicht 2 %, der kann sich ergeben. Aber ein Rückgang von 20, 25, 30 % ist alarmierend. Unser politisches Ziel müsste ja ganz ein anderes sein, nämlich durch eine Fahrplanumstellung und durch eine Umstellung der Haltestellen bzw. der Verkehrsdrehscheibe mehr Fahrgäste zu erreichen. Aber es kann doch nicht sein, dass ich 100.000 Fahrgäste in einem Jahr verliere, Tendenz sinkend. Irgendwann einmal sind wir dort, wo wir eigentlich im Prinzip eh schon angelangt sind, es fährt nur mehr der, der unbedingt muss. Jeder andere, der eine Alternative hat, steigt auf diese Alternative um. Es ist ja schön, dass die Taborbusse voll sind, ich fahre sehr oft selbst mit dem Taborbus, ich nutze den recht gerne. Da kann man sagen, wir haben volle Busse. Nur Faktum ist, dass im Endeffekt die Taborlinie weniger Fahrgäste als früher hat, weil die Busse kleiner sind und weniger Leute überhaupt hineingehen. Sich das alles im Zusammenhang einmal anzusehen, wäre dringend notwendig. Hingegen in einen Geschäftsbericht dann hineinzuschreiben, es hat sich ja alles positiv entwickelt und von den Kunden wird es positiv beurteilt, dann frage ich sie: „Welche Kunden haben sie gefragt?“ Jene wahrscheinlich nicht, welche die Busse tagtäglich nützen, viele davon haben sie auch nicht mehr fragen können, weil die haben sie verloren, die können sie gar nicht mehr befragen. Ich würde sie wirklich dringend bitten, auch an sie gerichtet Herr StR Eichhübl, dass man nicht einfach sagt, ja, es ist eh eine so tolle Entwicklung, sondern sie wissen selbst, 100.000 Fahrgäste weniger, auf fast allen Linien zweistellige Prozentrückgänge an Fahrgästen. Es ist Handlungsbedarf. Ich kann nicht hergehen und sagen, diese Linienumstellung war wunderbar und so machen wir weiter. Ich plädiere nochmals, es ist mehr als ein Jahr ins Land gezogen, überlegen wir uns eine Lösung für die Linie Neuschönau beispielsweise. Die gehört dringend her, weil was wird der nächste Schritt sein. Die Stadtbetriebe sagen, na ja, da fährt ja eh kaum mehr jemand, stellen wir diese Buslinie überhaupt ein. Dann heißt es, die Bevölkerung will ja gar nicht mit dem Bus fahren. Zuerst mache ich es ihr unmöglich und dann sage ich, die Bevölkerung will nicht. So kann es nicht sein. Wenn sie ein positives Zeichen im öffentlichen Verkehr setzen wollen, dann sind sie sehr gefragt Herr Stadtrat.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. So einen Bericht vorgelegt zu bekommen und so einem Vorstand soll man dann auch noch das Vertrauen aussprechen, das geht einfach nicht. Das ist eine Zumutung zu behaupten meine Kunden sind zufrieden und gleichzeitig zu verheimlichen, wie viele Kunden bei mir überhaupt nicht mehr einkaufen kommen, in dem Fall nicht mehr mit mir mit fahren und bitte einfach den Kopf in den Sand zu stecken und zu sagen, ist eh egal, weil den Abgang zahlt eh die Stadt, je weniger Leute, desto weniger Scherereien habe ich ganz offensichtlich damit, das kann doch nicht wirklich das Ziel sein. Für meine Misswirtschaft, ich sage das bewusst einmal so, dann noch andere Leute verantwortlich machen und zu sagen, die sind Schuld, dass bei mir die Leute nicht mehr fahren, das ist wirklich eine Zumutung. So kann es nicht gehen. Ein Vorstand der so agiert bitte, und so eine Leistung erbringt, den muss man wirklich zur Diskussion stellen. Ich möchte hier klar sagen, dass wir diesem Vorstand nicht das Vertrauen aussprechen und diesem Antrag auch nicht die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Hauser. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Natürlich kann man für alles und jedes immer wieder eine Begründung finden und es aus dem Licht betrachten, aus dem man es gerne sehen möchte. Aber letztendlich denke ich mir, dass der Geschäftsbericht positiv ausgefallen ist. Ich sage ja nicht, dass alle Elemente positiv ausgefallen sind, aber im Gesamten gesehen, und hier liegt ein Gesamtbericht der Stadtwerke vor, ist er positiv ausgefallen. Ich kann es schon bald nicht mehr hören, wenn wir uns seit Jahren ständig sagen, diese Quersubventionierungen in diesen Bereichen Gas und Verkehr sind eh bald nicht mehr da. Wenn man sich alleine ausrechnet was man sich an Steuerleistungen, die man sonst bitte sehr vorher leisten müsste, wenn man diese Quersubventionierung nicht machen würde, zahlen müssten, da können wir uns aber bitte ein paar Defizite schon zusammenrechnen die wir aus der Stadt zahlen müssten. Ich denke mir halt ganz einfach, dass es so ist, solange es die Möglichkeit gibt diesen Nutzen, und der bitte sehr trifft ja auch die Stadt, ihn auszunützen doch einfach nehmen muss und nicht einfach die ganze Zeit hergehen soll und sagen, wir machen die Hausaufgaben nicht. Ich glaube nämlich nicht dass dann, wenn es soweit ist, es hier keine Vorgehensweisen gibt, wie man das macht. Ich glaube, das ist einfach sehr blauäugig so hinzuschauen und zu sagen, das wissen wir nicht, wie es nachher geht, weil letztendlich, wenn es keine Quersubventionierung in diesem Bereich gibt, dann wissen wir eh, dass man den einen Bereich abrechnen muss, den anderen Bereich rechnen muss und dann kann man trotzdem das überführen, ich habe halt 2 oder 3 Millionen weniger im „Kasserl“ was ich überführen kann, weil das andere hat der Finanzminister kassiert. Das ist doch letztendlich die Realität, um die wir uns die ganze Zeit hier streiten, in diesem Bereich.

Bei den Fahrgastzahlen gebe ich schon zu, dass es einen Rückgang gegeben hat, aber es hat

letztendlich, auch wenn die Frau Mag. Frech sagt, dass der Bus kleiner ist, also die Taborianer sind nicht unzufrieden mit dieser Situation. Also man kann nicht immer sagen, alle sind unzufrieden. Es wird zufriedene und unzufriedene Fahrgäste geben, das ist mir schon klar. Ich bin auch gar nicht derjenige der irgendjemanden vorwirft der eine sei mehr, der andere sei weniger Schuld. Ich glaube, dass das Ganze einfach als Gesamtes gewirkt hat, dass es so ist. Heuer, wenn man den ganzen Dingen Glauben schenken darf, sind ja die Fahrgastzahlen Gott sei Dank wieder steigend. Wir werden es beim nächsten Geschäftsbericht sehen. Ich bin der Meinung, dass hier versucht wird, gute, vernünftige Arbeit zu leisten, dass alle Bediensteten, die dort beschäftigt sind, vom Vorstand bis zum Autobuschauffeur, vom Betreuer im Stadtbad bis hin zur Eiskunstlaufbahn, versuchen ihr Bestes zu geben und zu tun. In diesem Sinne danke ich auch sehr herzlich dafür.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, jetzt tu ich mir bei dem Schlusswort, das muss ich gleich vorweg sagen, deswegen etwas leichter, weil ja der Kollege Hack, der Kollege StR Mayrhofer und die Frau Kollegin Frech sinngemäß sich nur an einem, unter Anführungszeichen, Thema aufgehängt haben.

Herr Kollege Hack, sie haben ja bereits die Gelegenheit wahr genommen, beim letzten Verwaltungsausschuss die Darstellung des Umfeldes öffentlicher Verkehr aus der Sicht der Verantwortlichen der Stadtwerke zu kritisieren. Sie haben dort auch als Antwort erhalten, dass es möglich sein sollte, dass, wenn man heute in einer öffentlichen Unternehmung als Verantwortlicher tätig ist und daher naturgemäß einer sehr starken und oft, das sage ich schon auch sehr deutlich, ungerechtfertigten Kritik ausgesetzt ist, man auch einmal aus seiner Sicht das Umfeld beurteilt. Wenn sie sagen, Herr Kollege Hack, dass da drinnen die Kaufmannschaft verantwortlich gemacht wird, für den Rückgang der Fahrgäste im Verkehrsbetrieb, den ich im Übrigen sehr deutlich in meiner ersten Wortmeldung zum Ausdruck gebracht habe, und ich brauche da ja gar nichts verheimlichen, aber ich komme noch darauf zurück, so heißt das sehr wohl, dass die Kaufleute die Stadtwerke verantwortlich gemacht haben, weil angeblich, und das unterstreiche ich jetzt groß, weniger Anbindung der Innenstadt und des Stadtplatzes vonseiten des öffentlichen Verkehrs verantwortlich ist für ihren Umsatzrückgang. Das sei einmal klargestellt. Also, lesen sie das bitte richtig, das muss ich ihnen sehr deutlich sagen. Eines sage ich ihnen auch sehr deutlich Herr Kollege Hack und das habe ich hier in diesem Kreise schon mehrmals gesagt. Dass gerade ihre Aktivitäten, gemeinsam mit der Kollegin Frech, die auch wiederum das Thema zum Inhalt hatte, angeblich schlechte Anbindung der Innenstadt und des Stadtplatzes, sicherlich nicht zur Imageverbesserung aber auch nicht zur Umsatzverbesserung des Verkehrsbetriebes beigetragen haben. Das unterstreiche ich jetzt. Das war sicherlich nicht imagefördernd und auch nicht umsatzfördernd.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

D. h., der Kollege Hack und ich haben so viel Macht, dass wir 100.000 Fahrgäste vertrieben haben.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es war so Frau Kollegin Frech, um auf ihren Zwischenruf zu antworten, dazu bin ich durchaus in der Lage, dass lange vor und auch nach Inbetriebnahme der zentralen Busumsteigstelle die Menschen und die Benützer des öffentlichen Verkehrsmittels, Herr Mayrhofer, da brauchen sie nicht den Kopf schütteln, so verunsichert waren, das kann ich ihnen beweisen, das können ihnen Mitarbeiter der Stadtwerke beweisen, durch diese Aktionen, dass lange vorher und nachher noch gefragt wurde, ja fährt denn jetzt überhaupt noch ein Bus auf den Stadtplatz oder gibt es denn überhaupt noch eine Anbindung der Innenstadt. Der Herr Bürgermeister hat damals auch zu Recht darauf hingewiesen, dass insgesamt 6 Busse den innerstädtischen Bereich, inklusive des Stadtplatzes anfahren. Es ist ja wirklich nicht zu verheimlichen, ich habe es ja auch gesagt, es sind 100.000 Fahrgäste, die weniger sind. Aber bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss auch eines sagen, das sind 2,8 %. Wo die Ursachen liegen, das wird sich ja noch herausstellen. Es ist immer so, und das kann man ohne jetzt eine Ausrede gebrauchen, zu sagen, dass Umstellungen in irgendeiner Form sich bemerkbar machen. Es gibt auch in anderen Bereichen des öffentlichen Verkehrsgeschehen, wie in Wels z. B., Umsatzrückgänge bzw. Fahrgastrückgänge. Da sprechen wir von einer Größenordnung von 2,8 %. 2,8 % die ich sehr bedaure. Wenn hier gesagt wurde, dass so massive Umsatzrückgänge bzw. Fahrgastrückgänge in einigen Teilbereichen unserer Linien sind, so ist das auch nicht zu beschönigen. Aber man muss auch dazu sagen, dass es Linien gibt, wo es 50 und 63 % Anstieg der Fahrgäste gibt. Eines sage ich ihnen auch sehr deutlich, die sie hier so Kritik geübt haben. Es kann wirklich nicht die Rede davon sein, und die Mitglieder des Ausschusses werden das bestätigen, dass die Betriebsleitung, die Verantwortlichen in den Stadtwerken, inklusive der politischen Vertreter, sich sehr wohl auch Gedanken darüber machen und dass man von einer Unbeweglichkeit, so wie sie das dargestellt haben, Frau Kollegin Frech, sicherlich nicht reden kann. Denn wir haben beispielsweise auch, ohne dass wir von irgendwo einen Auftrag erhalten haben, die Knoglergründe in das öffentliche Verkehrsgeschehen mit eingebunden. Es wird ab Jänner, nur um ein paar Beispiele zu nennen, die Linie 8 a und die Linie 8 b zusammengelegt wo wir erstmals einen Bereich anfahren, der sogar über die Stadtgrenze ein bisschen hinausgeht. Das traue ich mich aber zu Recht verantworten, weil dort in diesem Randgebiet sehr viele Steyrer wohnhaft sind, die auch ein Anrecht auf das öffentliche Verkehrsmittel haben. Das sei auch hier sehr deutlich gesagt.

Wie gesagt, nochmals, ich habe nichts verheimlicht. Es ist so, dass Rückgänge vorhanden sind und es wird auch so sein, dass wir uns auch in Zukunft Gedanken darüber machen, wie wir im Verkehrsbetrieb unsere Kunden besser bedienen können, unter, natürlich, das sage ich auch, Bedachtnahme eines sparsamen Personal- und Betriebsmitteleinsatzes. Wenn hier davon die Rede ist von diesen Verbundfinanzierungen, so muss man eigentlich klarerweise sagen, dass man von einer Größenordnung ausgehend von 2 bis 3 Millionen spricht, die vonseiten des Gasgewinnes tatsächlich dem Verkehr zufließen, weil wir uns auf der anderen Seite eine sehr hohe Summe, das sind Millionenbeträge, an Körperschaftssteuer sparen. So ist das. Natürlich könnte man sagen, es ist schwer erklärbar, dass jetzt der Gaskunde den Verkehrsbetrieb mitfinanziert. Aber bitte, dann stellt sich die Frage, und die habe ich des Öfteren in diesem Kreise gestellt, das waren auch Auseinandersetzungen mit dem damaligen Finanzreferenten Zagler, wie viel ist denn der Stadt der öffentliche Verkehr wert. Denn dann gibt es nur zwei Alternativen Kollege Hack. Wenn es nicht mehr möglich ist mit dieser Querverbundfinanzierung zu arbeiten, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder es bezahlt die Stadt den Abgang oder aber Herr Kollege Hack sie können einen Antrag stellen, dass wir dann nur mehr jene Linien betreiben, die zumindest kostendeckend arbeiten. Ich freue mich schon auf ihre Unterstützung. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. So, meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, FPÖ, GAL) Wer ist dagegen? 7 (6 ÖVP, 1 LIF). Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ein vieldiskutierter Bereich, ein vieldiskutiertes Anliegen, nämlich die Sanierung des Sportbeckens im Freibad, erreicht nun auch diesen Gemeinderat, dieses hohe Gremium, in Form der Dringlichkeit. Wobei ich gleich vorweg sage, dass die Dringlichkeit damit begründet wird, dass diese Firma, die diese Auskleidung machen wird, eine gewisse Vorlaufzeit braucht und wir natürlich, und wie ich glaube sie alle, daran interessiert sind, dass wir auch rechtzeitig die nächste Badesaison eröffnen können und dieses Freibad wiederum der Bevölkerung zur Verfügung stellen können. Sie lesen aber auch, und da möchte ich ganz kurz darauf eingehen, dass der seinerzeitige Beschluss des Verwaltungsausschusses, über die Vergabe der Leistungen für die Erneuerung und Umbau der Wasseraufbereitungsanlage an die Firma BWT Braunau zum Anbotspreis von S 5.186.485,36 exkl. der Umsatzsteuer, soll dahin abgeändert werden, dass an die genannte Firma lediglich die rohrentechnische Anbindung der Edelstahlauskleidung an die bestehende Wasseraufbereitungsanlage die von der Firma zu rund S 1.000.000,-- Investitionskosten erbracht wird, vergeben werden soll. Nun, was sind die Hintergründe? Die Kollegen die im Ausschuss sind, wissen es, aber ich möchte es auch ihnen kurz darlegen. Es ist so, dass es nicht darum gegangen ist, und diese Vermutung ist ja auch hier im Hause und in den Stadtwerke kolportiert worden, dass man sich auf der einen Seite bei der Beckenauskleidung, etwas eingespart hat und dass man auf der anderen Seite daher bestrebt ist, diese veranschlagte Summe, 16 Millionen werden im Budget drinnen stehen, unbedingt verbraucht. Das ist nicht der Hintergrund gewesen, sondern es hat zwei wesentliche Gründe gegeben. Zum einen gibt es das Bäderhygienegesetz, das eben vorschreibt, dass bei unterschiedlichen Wassertiefen getrennte Filterkreisläufe zu installieren sind. Wir haben unterschiedliche Wassertiefen im Bereich des Sportbeckens und daher ist man von dieser Überlegung ausgegangen. Zum anderen hat es auch einen zweiten Grund gegeben. Man ist auch heute noch vonseiten der Stadtwerke der Meinung, dass es eben besser gewesen wäre, nachdem diese Filteranlage seit 1986 in Betrieb ist, dass man diese mit der Anbindung an das neue Becken auch austauscht, weil man mit einer Lebensdauer von etwa 20 Jahren rechnet. Wir haben damals im Ausschuss folgende Vereinbarung getroffen, dass wir einen Beschluss fassen, aber unter Bedachtnahme, dass noch einmal Rücksprache mit dem Finanzreferenten gehalten wird, weil es sich ja um eine Finanzierung handelt, die in diesem Jahr ja auch nicht vorgesehen war oder überhaupt eine Reparatur in diesem Jahr nicht vorgesehen war. Die Finanzierung soll ja nächstes Jahr, wie geplant, erfolgen. Inzwischen war dann aber die Situation so, dass die zuständige Behörde, nämlich die Bezirksverwaltungsbehörde, davon ausgeht, dass es sich nicht um die Erneuerung einer Anlage handelt, sondern um eine Reparatur, dass daher das neue Bäderhygienegesetz nicht anzuwenden ist, auch unter Bedachtnahme der Tatsache, dass man ja bisher keine Probleme mit der Wasserqualität und Wassergüte dort gehabt hat, das stimmt so und ist auch so, und es daher, wie gesagt, nicht erforderlich ist, diesem Bäderhygienegesetz nachzukommen. Die budgetäre Situation ist eben so, dass wir für das nächste Jahr 16 Millionen Schilling vorsehen und nachdem wir vonseiten der Stadtwerke in diesem Zusammenhang abgesichert sind, bin auch ich als zuständiger Referent selbstverständlich der Auffassung, dass man eben diese 5,2 Millionen vorerst nicht verwendet und diese Anbindung um die eine Million Schilling durchführt. Obwohl, wie gesagt, es natürlich schöner gewesen wäre, wenn man gleich diese Anlage mit erneuert hätte. Das sage ich auch ganz offen. Aber die Situation ist so.

Meine Damen und Herren, ich möchte ihnen aber auch, bevor ich dann zur Verlesung des Antragstextes komme, nicht verheimlichen, wie die derzeitige Situation aussieht. Derzeit ist es so, dass die Baustelle Stadtbad ruht und zwar deswegen, weil ja wir in der Ausschreibungsphase sind, was die Baumeisterarbeiten betrifft. Und zwar nicht zuletzt deswegen, weil die Bauabteilung vorerst feststellen musste, in welcher Form der Umgang kostengünstig saniert werden kann. Und auch die Liegeflächenerweiterung ist ja, wie gesagt, nach wie vor noch aktuell und wird auch so durchgeführt. Hier darf ich schon einen Wehrmutstropfen, in die an sich positive Sache der Sanierung, einbringen und zwar hat es sich gezeigt, dass es doch sinnvoller gewesen wäre, wenn man hier von einem Bäderfachmann die Planung hätte rechtzeitig durchführen lassen. Das war ja auch ein Anliegen vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion und von uns, mit Unterstützung von anderen Kollegen, um das nicht in den Hintergrund zu rücken. Jetzt ist es so, dass man vonseiten des Bauamtes, unter Zeitverzug, entsprechende Handlungen setzen muss und man muss korrekterweise sagen, dass das nicht so einfach ist. Man kann das nicht aus dem Handgelenk schütteln. Man musste z. B. gewisse Proben dort abnehmen, was die Oberfläche des Umganges betrifft. Es ist so, dass festgestellt wurde, dass der Estrich erneuert werden muss, was früher nicht angenommen wurde, dass eine entsprechende Verdichtung und auch eine Versiegelung dort dann in diesem Bereich durchgeführt werden muss. Wir hoffen aber, dass es trotz dieser von mir jetzt aufgezeigten Verzögerungen möglich sein wird, termingerecht, Mitte Mai nächsten Jahres, diese Anlage wieder zu eröffnen.

Ich darf ihnen daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftlichen Unternehmungen „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat verlesen.

15) BauH-3/00

Freibad Steyr; Sanierung Sportbecken samt Umgriff; Anbindung der Wasseraufbereitungsanlage; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der Amtsberichte der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 10. 10. I. J. und 30. 10. I. J. sowie zufolge des Vergabevorschlages der FA für Hochbau des Geschäftsbereiches III wird der Auftragsvergabe an nachstehende Auftragnehmer zur Sanierung des Sportbeckens samt Umgriff mit rohntechnischer Anbindung an die bestehende Wasseraufbereitungsanlage zugestimmt.

a) Rohrtechn. Anbindung an die bestehende Wasseraufbereitungsanlage

Fa. BWT, Braunau ca. S 1.000.000,-- (exkl. USt.)

b) Erneuerung der Beckenauskleidung in Edelstahl

Fa. Berndorf Bäderbau, Berndorf S 6.288.319,20 (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel in Höhe von rund S 7.290.000,-- (exkl. USt.) werden erst im Budgetjahr 2001 benötigt und sind daher bei der Budgeterstellung 2001 zu berücksichtigen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47, Abs. 5 des Stadtstatutes 1992 zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Frau Vizebürgermeisterin ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Bremm. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das eigentlich nicht verlängern, aber der Form halber, dass im Protokoll das auch einmal festgehalten ist, gehört das schon ein bisschen ins rechte Licht gerückt, was der StR Eichhübl dazu gesagt hat, weil wenn er schon so in die Tiefe geht, was im Vorfeld geschehen ist, dann gehört wirklich die Kirche im Dorf gelassen. Bezüglich der Sanierung des Freibades war nur das Becken immer zur Diskussion, mit einem Kostenaufwand, so geschätzt über den Daumen, da sind wir ja Weltmeister, aber dieses Mal ist es überraschenderweise billiger geworden, man hat immer ca. von 9 Millionen Schilling gesprochen, was das Becken kostet. Dann haben Firmen angeboten und überraschenderweise ist das billiger geworden. Sonst ist es eh meistens umgekehrt. Der Kostenvoranschlag ist dann auf ca. 6 Millionen Schilling gekommen. Dann hätte man schon die Wasseraufbereitungsanlage so unten hineingeschoben, damit man die auch machen kann. Man kann ja sagen, macht man sie oder macht man sie nicht. Ich meine, sie ist 20 Jahre, aber man kann ja sagen ob man sie will. Es war aber von Haus aus nicht vorgesehen. Es hat dann im Verwaltungsausschuss schon Debatten darüber gegeben und nicht gleich einhellige Auffassung dazu, lieber Roman, sondern wir haben schon das Thema dort angeschnitten und haben das ausführlich diskutiert. Ich habe mich absichtlich zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt nicht geäußert, da gäbe es schon Manches zu sagen. Ganz happy sind wir nicht immer zu gewisse Vorgangsweisen und Abläufen. Aber es ist eh oft müßig darüber zu reden. Auf einmal ist die Idee aufgetaucht, da ist man dann mit dem Gesetzblatt gekommen, und hat hergelegt, lt. Gesetz, das 1997 oder so ungefähr im Parlament beschlossen worden ist, sind wir verpflichtet, dort die Filteranlagen zu wechseln, die neue Wasseraufbereitungsanlage auch zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir natürlich, wir waren nicht in der Lage im Verwaltungsausschuss diese Rechtsmeinung den Direktoren der Stadtwerke zu widerlegen, vorbehaltlich dort die Empfehlung abgegeben, dass dieser Betrag mit Wasseraufbereitungsanlage an den Gemeinderat weitergeleitet wird. Also, das war dort die Darstellung. Wie es halt dann so schön ist, man ist ja von Überraschungen in diesem Bereich nicht immer gefeit, aber auch du nicht, ich gebe nicht dir die Schuld Roman, weil du hast es dort ja auch nicht immer ganz leicht und einfach, da könnte man dich ja sogar ein bisschen bedauern, auf einmal hat sich wieder herausgestellt, dass die Rechtsmeinung, die von den Stadtwerken dort vertreten worden ist, nicht gestimmt hat. Wir sind nicht verpflichtet, wir brauchen diese neue Wasseraufbereitungsanlage und die Filteranlage nicht erneuern. Dann ist selbstverständlich, dass man nicht sagt, reißen wir irgendwas heraus, was noch funktioniert, das kostet über 5 Millionen Schilling. Nur weil es so schön ist, weil wir eine neue Aufbereitungsanlage drinnen haben wollen. Da ist das Geld nicht im Überfluss da, da sollte man es dann in die Hand nehmen, wenn es notwendig ist. Wir reißen ja auch zu Hause den Boiler nicht heraus, wenn er noch funktionsfähig ist, sondern wir wechseln zu Hause den Boiler erst dann aus, wenn er nicht mehr die Leistung bringt und nicht mehr funktioniert. So haben wir das auch gesehen. Wenn du jetzt anschneidest, dass wir im Verzug sind und dass hier, aufgrund mangelnder Bereitschaft für die Sanierung und Untersuchungen notwendig sind und wir da zeitlich im Rückstand sind, dann ist es typisch Stadtwerke. Es würde mich heute wirklich gewaltig täuschen, wenn nicht der Mai als Eröffnungstermin gehalten werden kann, weil er darf nämlich nicht halten, weil das gibt es nämlich nicht, dass einmal wirklich etwas hält. Wenn man jetzt sagt, dass dort der Beton oder der Estrich erneuert wird und das hat man vorher nicht untersuchen können, dann muss ich sagen, niemand ist daran gehindert worden, dass er einmal nicht in das Stadtbad hinunter geht und schaut sich den Estrich an und macht vielleicht eine Probebohrung udgl. Da brauche ich noch gar nichts sanieren, das kann ich mir ansehen. Aber das tut man ja nicht, das würde man ja gar nicht tun, ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich gehe auch nicht mit der Hilti baden.

STADTRAT GERHARD BREMM:

... weil man will ja gar nicht zeitgerecht fertig werden, weil man braucht wieder einen Schuldigen. Das ist ja bei den Direktoren noch nicht ganz verkraftet, dass sie die neue Wasseraufbereitungsanlage nicht bekommen. Das stecken die ja nicht so einfach weg. Das muss ja irgendein Nachspiel haben. Das Nachspiel wird wahrscheinlich wieder sein, dass nicht der 15. Mai der Eröffnungstermin des Freibades ist, sondern irgendein späterer Zeitpunkt. Ich würde mich wundern, wenn das nicht eintreten würde. Da höre ich dich schon leise gehen Roman, wie du dich anschleichst und vorbereitest auf dass da irgendetwas im Busch ist.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das wollte ich als Aufklärung dazu gemacht haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort gewünscht?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja selbstverständlich. Der Herr Kollege Bremm hat mich ja direkt herausgefordert. Ich muss gleich vorweg sagen, ich habe kein Bedürfnis mich leise anzuschleichen. Es ist durchaus auch in meinem Sinne, laut und deutlich an dich heranzutreten. Kollege Bremm, du erlaubst mir schon, dass wir trotz deiner Ausführungen jetzt in einigen Punkten unterschiedlicher Auffassung sind. Ich darf gleich beim Ende deiner Ausführungen beginnen. Bitte schön, du müsstest schon schön langsam wissen, dass die Stadtwerke jetzt ja nicht am Zug sind, sondern dass das ganze Geschehen über die Bauabteilung abgewickelt wird. Ich sage das noch einmal ganz deutlich, die können auch nicht zaubern. Vielleicht kann der Kollege Mayrhofer dir das einmal erklären, dass das nicht so einfach ist wie man sich das vorstellt. Der Kollege Apfelthaler hat ja wirklich einen sehr guten und lustigen Einwand gemacht, den ich wiederholen möchte, er hat gesagt: „Er geht auch nicht mit der Hilti baden!“ Über den Estrich sind nämlich so Platten darüber, sofern du dich nicht erinnern kannst. Da unten hineinzuschauen ist gar nicht so ohne weiteres möglich. Ich sage es noch einmal sehr deutlich, die Feststellung ob der Estrich noch tragfähig ist oder nicht haben nicht die Stadtwerke zu machen gehabt, sondern das ist vonseiten des Bauamtes durchgeführt worden. Ich schenke den Leuten, die dort ihre Tätigkeit ausüben, vollstes Vertrauen. Das darf ich auch hier sehr deutlich sagen. Eines noch Kollege Bremm, wenn es tatsächlich so gewesen wäre, dass jemand etwas unterjubeln wollte, nämlich die Filteranlage, dann hätte das zu einer Erhöhung der Summe geführt, von der man immer gesprochen hat. Das ist aber nicht der Fall. Also hat niemand versucht, etwas unterzujubeln.

Frau Vizebürgermeisterin, darf ich sie bitten die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es hat aber ursprünglich schon geheißen, das Gerät ist kaputt, das gehört erneuert. Aber die hätten schon die ganze Filteranlage gewollt. Das muss man schon ehrlich sagen. Aber wenn man sagt, das hält ungefähr 20 Jahre, dann muss man sagen, dass sie noch 6 Jahre halten kann. Sie kann aber auch noch 10 oder 15 Jahre halten. Wenn die Filteranlage heute kaputt ist, dann muss man sie eh nachrüsten. Ganz einfach. Jetzt haben wir uns ein bisschen was erspart. Ich hoffe zumindest, dass das wirklich fertig wird, wenn wir die Saison eröffnen, weil man weiß aus eigener Erfahrung, dass es heuer schon beizeiten sehr warm war, dass es die Bäder verdient hätten, wenn sie früher aufgesperrt hätten. Aber ich hoffe, dass es am 15. Mai fertig ist. Es geht ja nicht einer mit der Hilti baden, sondern er geht ja mit der Hilti hinunter, weil er schauen muss ob das in Ordnung ist. Er kann sich zwar eine Badehose anziehen, aber er braucht nicht baden gehen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin erlauben sie mir, dass ich noch einen Satz sage? Na ja, so einfach ist das wirklich nicht und das kann ich auch so nicht im Raum stehen lassen. Frau Vizebürgermeisterin es ist so, dass zu einer Beckenauskleidung auch die Anbindung und die Anschlüsse an die Filteranlage dazu gehören.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das wissen wir eh.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Weil man die Erneuerung der Filteranlage, um einerseits dem Bäderhygienegesetz Rechnung zu tragen und um andererseits zu vermeiden, dass man noch unter Umständen die ganzen Filterkessel herausreißen muss, hat man das in die Beckenerneuerung mit einbezogen und daher ist man auf die etwas mehr als 9 Millionen Schilling gekommen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist eh da gestanden, das habe ich eh verstanden. Danke.

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme.

Ich würde jetzt eine Pause von 10 Minuten vorschlagen. Bitte lüften, weil es hat eine derartig schlechte Luft hier herinnen.

PAUSE VON 19.33 UHR bis 19.46 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte Herr StR Mayrhofer.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im ersten Antrag geht es um die Errichtung des Parkplatzes Christkindl. Es ist ein Dringlichkeitsbeschluss. Wie der Herr Bürgermeister eingangs der Gemeinderatssitzung schon ausgeführt hat, haben wir rechtzeitig vor dem Einsetzen des Weihnachtsgeschäftes in Christkindl den lange ersehnten Parkplatz jetzt verwirklicht. Dafür sind Mittel in Höhe von S 1.144.000,-- notwendig, die von der VA-Stelle Verkehrsdrehscheibe verwendet werden. Dieser Antrag erfolgt mit Dringlichkeit. Ich ersuche um ihre Zustimmung.

16) BauStr-15/00

Errichtung Parkplatz Christkindl; Vergabe der Arbeiten; Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 7. November 2000 wird der Errichtung des Parkplatzes Christkindl, wie folgt zugestimmt:

Erdarbeiten:

Fa. Steindl, Weistrach S 108.888,-- inkl. MWSt.

Herstellung des Parkplatzes:

Fa. Zwettler, Steyr S 1.034.611,20 inkl. MWSt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1.144.000,-- inkl. MWSt. werden durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/612000/775000 (Kapitaltransfer-zahlungen an Unternehmungen - Verkehrsdrehscheibe), wo diese Mittel nicht mehr benötigt werden, zu VSt. 5/612000/002600 (Parkplatz Christkindl) finanziert.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.144.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke sehr. Der nächste Antrag ist ein sehr angenehmer Antrag. Hier geht es um die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther“ für das Jahr 1999. Ich darf noch einmal ausführen, hier geht es um eine Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege, die wie jedes Jahr an zwei Hausbesitzer und eine bauausführende Firma vergeben wird. Es ist die Familie Nothaft, für die wirklich vorbildliche Renovierung ihres Hauses in der Enge bzw. Kai und die Familie Wimmer in der Berggasse. Die bauausführende Firma ist die Firma Franz Hackl. Ich ersuche um Zustimmung.

17) K-1/00

Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 1999“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 8. November 2000 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmälern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

1. Auszeichnung „Steyrer Panther“ für Hauseigentümer:

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1.1. Herr Mag. Peter Wimmer Objekt Berggasse 38

Das Objekt besteht aus einem zweigeschossigen, traufständigen, spätgotischen Baukörper, der durch einen Vorsprung mit Schopfwalm über der Feuermauer die gestaffelte Baulinie nachvollzieht. Dieser zweiachsige Vorsprung besitzt an den Obergeschossfenstern abgefasste Sohlbänke des spätgotischen Baukerns. Die Seitenfront des Vorsprungs trägt einen einachsigen Erker über einen segmentbogigen, abgefassten Unterzug auf Kragkonsole.

Ein wesentlicher Punkt der Gesamtanierung war die Restaurierung der Fassade, sowie eine Neuanfertigung der Fenster. Notwendig war der Rückbau des großen, auf die Fassade keine Rücksicht nehmenden Fensters im ersten Obergeschoss (berg-gassenseitig). Bezüglich der Fassadengestaltung konnte nach entsprechenden Freilegungen und Festigungen nun der Zustand der Fassade zur Zeit des Barockes repräsentiert werden. Durchgeführt wurden diese vorbildlichen Arbeiten durch den Restaurator Josef Wintersteiger. Die Holzfenster wurden durch die Firma Dipl.-Ing. Weidinger KG ausgeführt.

Zusätzlich zur Fassadensanierung erfolgte auch die Instandsetzung bzw. die Sanierung des Daches, wobei berggassenseitig alte Tondachziegel verwendet wurden.

1.2. Fam. Nothaft Wilhelm und Eleonore Objekt Enge Gasse 31

Das Haus befindet sich am Ausgang der Enge Gasse vor ihrer Einmündung in den Steyrer Stadtplatz. Das vorwiegend aus dem 16. Jhd. stammende Gebäude erstreckt sich als langgezogener, annähernd rechteckiger Baublock in die Tiefe bis zu seiner rückseitigen Front Ennskai Nr. 16 und umschließt einen schmalen, ebenfalls in der Tiefenrichtung verlaufenden Hof.

Die fünfsachsige Fassade umfasst vier Geschosse, von denen das zweite und dritte in der ganzen Breite des Hauses vorkragen. Das Erdgeschoss enthält ein profiliertes Spitzbogenportal. Das vorkragende zweite Geschoss schmückt als Steinfries ein spätgotisches Maßwerkband, das ebenso wie bei dem bekanntesten gotischen Bürgerhaus in Steyr, dem Bummerlhaus, als durchgehendes Parapetband die Fassade schmückt.

Über diesem gotischen Vierpassband erhebt sich die einfache Hausfront in der Umgestaltung der 2. Hälfte des 18. Jhdts. Das zweite und dritte Geschoss sind einheitlich behandelt und durch eine Kolossalordnung mit lisenenartigen Vertikalstreifen zusammengefasst. Stukkierte Fensterbekrönungen ergänzen den einfachen Schmuck der flächigen Parapete. Das vierte Geschoss ist hinter dem Hauptgesimse zurückgesetzt.

Im Hof sind der spätgotische Laubengang des 3. Geschosses und die an Toren und Türen noch vorhandenen spätgotischen Zierate hervorzuheben.

Die rückseitige Front des Hauses Ennskai Nr. 16, umfasst Achsen in vier Geschossen. Sie ist charakterisiert durch das profilierte Rundbogenportal in der Mittelachse des Erdgeschosses, das um einige Stufen erhöht und von einer rundbogigen Pfeilerarkade überwölbt ist, die eine seichte Vorhalle bildet und darüber einen rechteckigen Erker trägt, dessen Fensterbrüstung im zweiten Geschoss mit sieben Wappenfeldern geziert ist.

Die Eigentümer, Familie Nothaft, sind seit Jahren bemüht, ihr Haus den Intentionen des Denkmalschutzes folgend vorbildlich instandzuhalten. Neben der Sanierung des reizvollen oben erwähnten schmalen Innenhofes wurden auch die gewölbten ehemaligen Lagerräume des Erdgeschosses durch den Restaurator Josef Wintersteiger restauriert (Putzsanierung, Verlegung eines Ziegelbodens). Im Jahre 1999 erfolgte die Restaurierung der Fassade der Enge Gasse. Auch hier wurden die Arbeiten durch entsprechende Fachkräfte, Restaurator August Schmidl bezüglich Putz, sowie die Firma Wedenig für die Steinteile, herangezogen. Bei der Steinrestaurierung wurden die sanierten Steinteile ebenfalls mit einer Kalkschlämme, wie das Bummerlhaus oder das Steyrer Rathaus, überzogen.

2. Auszeichnung „Steyrer Panther“ für praktische, bzw. theoretische herausragende Leistungen:

2.1. Bau- und Möbeltischlerei Hackl

Die Tischlerei Hackl fertigte im Jahre 1995 auf Anfrage der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung ein Musterkastenfenster an. Dieses Fenster zeichnete sich durch eine dem historischen Vorbild entsprechende Profilierung aus (dieses ist von der Dimensionierung zarter und von der Profilierung reicher). Dieses Musterfenster, das dem Altstadtcharakter bestens entspricht, wurde auch Vorbild für andere Tischlereien, die nun ebenfalls bereit waren, entsprechende Fenster dieser Qualität zu produzieren.

Weiters hat sich die Firma Hackl auf die Anfertigung von dem historischen Vorbild entsprechenden

Fenstern spezialisiert. Als Beispiel sei genannt: das Holzkreuzsprossenfenster. Das Holzkreuzsprossenfenster war in der Renaissancezeit üblich, es löste das gotische Steinkreuzfenster ab (erhalten z. B. Gasthof Mader). Das steinerne Kreuz wurde durch eine Holzkonstruktion ersetzt, sodass, wenn alle vier Fensterflügel geöffnet sind, das Holzkreuz sichtbar bleibt. Die Sonderanfertigung dieser Fenster wird durch die Firma Hackl in vorbildlicher Weise erfüllt. Als Beispiel seien die ennskaiseitigen Fenster des Objektes Stadtplatz 33 (Foto Mehwald) oder das Bummerlhaus, Stadtplatz 32, erwähnt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Nordspange Steyr, Begleitmaßnahmen. Hier geht es um den Zwickel, auf dem der Parkplatz errichtet wurde, bei der Ausfahrt Gleink. Hier wurde es in Zusammenarbeit mit dem Land Oberösterreich, der bauausführenden Firma, zu einem sehr, sehr günstigen Preis, nämlich S 98.100,-- inkl. MWSt., ermöglicht, dass dieser Zwickel befestigt wird und damit auch als Parkplatz und Park and Ride Parkplatz Verwendung finden kann. Ich ersuche um Zustimmung.

18) Bau3-1116/89

Nordspange Steyr; Begleitmaßnahmen; Zwickel Gleinker Hauptstraße - Nordspange; Nutzfläche.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 31. Oktober 2000, womit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 wegen Dringlichkeit Nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. Oktober 2000 wird der Errichtung der Nutzfläche im Bereich zwischen der alten Bundesstraße, der Nordspange Steyr und der Gleinker Hauptstraße zugestimmt, und der Auftrag an die Fa. Traunfellner, Scheibbs, in Höhe von S 98.100,-- inkl. MWSt. erteilt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 98.100,-- werden durch einen Übertrag der Kosten von VSt. 5/612000/775000 (Kapitaltransfer-zahlungen an Unternehmen - Verkehrsdrehscheibe), wo diese Mittel nicht mehr benötigt werden, zu VSt. 5/610000/770020 (Kapitaltransfer-zahlung Nordspange) finanziert werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 98.100,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht. Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Mein letzter Antrag bezieht sich auf die Kanal-Anschlussgebührenordnung, Änderung zum 1. 1. 2001. Es erfolgte eine Indexierung und diese beträgt 3,52 %. Ich möchte darauf hinweisen, dass im Vorjahr auf eine Indexierung verzichtet wurde, d. h., dass diese Indexierung zwei Jahre betrifft. Es ergeht daher der Antrag, so wie im Amtsbericht ausgeführt, der Erhöhung der Kanal-Anschlussgebührenordnung die Zustimmung zu geben.

19) Gem.Kann-27/97

Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 13. November 2000 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. 1. 2001 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Obwohl sich die Reihen stark gelichtet haben, ist es mir trotzdem ein Anliegen, zu diesem Antrag ein paar Anmerkungen zu machen. Ich darf vorausschicken Herr Referent, Herr Kollege Mayrhofer, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dass wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden, aber nicht etwa deswegen, weil auch ich sie in der nächsten Gemeinderatssitzung mit einer Anhebung im Bereiche der Anschlussgebühren Wasser und auch der Bezugsgebühren in Anspruch nehmen werde. Vielmehr geht es mir darum klarzulegen und zu wiederholen was ich schon des Öfteren gesagt habe, dass es für mich und für unsere Fraktion nachvollziehbar ist, dass man im Bereich der Indexanhebung auch Gebühren entsprechend nach oben verändert. Das ist der Fall, daher auch nochmals die Zustimmung, die ich vorhing bereits angekündigt habe. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, im Zusammenhang dieses Antrages sind auch die Kanalbenützungsgebühren zu sehen. Ich darf ihnen in Erinnerung rufen, was hier in diesem Gemeinderat bereits vor Jahren beschlossen wurde. Nämlich ein Vorausbeschluss der jährlichen Anhebung der Kanalbenützungsgebühren, die ja bekannterweise

nach dem Wasserbezug pro Kubikmeter berechnet werden. Da war die Situation so, wie ich bereits gesagt habe, vor Jahren hat man einen Vorausbeschluss in der Form gefasst, dass bis in das Jahr 2004, also über diese Funktionsperiode des Gemeinderates hinaus, beschlossen wurde, sukzessive die Kanalbenützungsgebühr auf S 38,50 inkl. der 10 %igen Umsatzsteuer anzuheben. Das ist der Grund, meine Damen und Herren, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, weil wir vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion im Allgemeinen, und ich im Besonderen, daran erinnern möchten, dass wir diesem Beschluss nicht beigetreten sind, deswegen nicht beigetreten sind, weil es einfach keine Grundlage dieser Anhebung gegeben hat, weil es keine entsprechende Kalkulation gegeben hat, die diese Anhebung in einem Vorausbeschluss bis in das Jahr 2004 rechtfertigt. Daher habe ich mir erlaubt sie daran zu erinnern, dass wir, wie gesagt, dieser Anhebung der Kanalbenützungsgebühr, die auf den Wasserbezug berechnet wird, die Zustimmung damals verweigert haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen sehe ich keine. Wird ein Schlusswort gewünscht?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich möchte nur noch einmal darauf verweisen, dass diese Anpassung auch notwendig ist, weil aufgrund eines Erlasses der OÖ. Landesregierung wir verpflichtet sind, eine gewisse Mindestanschlussgebührenerhöhung nicht zu unterschreiten. D. h., es ist nicht etwas was wir hier gerne oder freiwillig machen, sondern einfach eine Notwendigkeit. Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden.

Ich danke dem Kollegen Mayrhofer. Nächster Berichterstatter ist Herr Ing. Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Unter Punkt 20) der heutigen Tagesordnung des Gemeinderates habe ich einen Antrag der GAL, betreffend Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den Kulturverein AKKU, vorzutragen. Er lautet:

20) Präs-746/00

Antrag der GAL-Steyr betreffend Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den Kulturverein AKKU.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Gemeinderäte Kurt Apfelthaler und Andreas Kupfer stellen gemäß § 6 der GO folgenden Antrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Außerordentliche Förderung des KV AKKU in der Höhe von S 85.000,--.

Begründung:

Der KV AKKU hat mit Schreiben vom 5. Oktober 2000 um die außerordentliche Subventionierung von 85.000,-- öS angesucht. Die finanziellen Mittel werden für dringende Investitionen und die Durchführung laufender Projekte benötigt.

Der Kulturausschuss hat das Ansuchen als berechtigt erachtet und einstimmig beschlossen.

Unterzeichnet: Kurt Apfelthaler und Andreas Kupfer.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Darf ich den Antrag einmal formulieren?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er hat sich aber zu Wort gemeldet. StR Spanring hat eh den Antrag vorgebracht. Ihr könnt euch alle melden, aber der Kollege Lengauer hat sich zuerst gemeldet, die Kollegin Frech und dann der Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herren Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste. Dieser Antrag, eigentlich des Kulturausschusses, hat sehr viel Unruhe, viel böses Gerede, viele Möglichkeiten sich zu profilieren in Zeitungen in der Öffentlichkeit und sehr viel Arbeit gebracht. Ich möchte meine Wortmeldung auf vier Teile ausdehnen.

1) Eine kurze Wortmeldung und Stellungnahme zur Arbeit des Kulturausschusses geben.

- 2) Drei Sätze zu Anträgen des Kulturausschusses sagen.
- 3) Kurz über die Leistung des AKKU's zu sprechen.
- 4) Zum Antrag selbst Stellung nehmen.

Erster Punkt: Arbeit des Kulturausschusses:

Ich denke, dass wir alle, die wir im Kulturausschuss gearbeitet haben, in dieser Periode gezeigt haben, dass wir Parteipolitik aus der Arbeit des Kulturausschusses draußen haben wollen. Auch ich als Vorsitzender habe mich bemüht, nirgends, auch irgendwo, davon politisches Kleingeld herauszuholen. Auch die anderen Mitglieder des Kulturausschusses haben das versprochen, gezeigt und auch getan. Sowohl der Kulturreferent, wenn ich an seine Eröffnungsreden bei den Vernissagen denke, keine Parteipolitik. Wenn ich denke, die Kollegin Frech und der Kollege Klausberger, bei ihren Aktionen und Tätigkeiten im Rahmen der Haushofer-Sache, da hätten sie sehr wohl das auch für sich, für ihre Gruppe verwenden können, aber sie haben es nicht getan, weil wir uns ein gemeinsames Arbeiten im Kulturausschuss vorgenommen hatten, oder der Kollege Fiala bei seinen Konzerten und all seinen künstlerischen Leistungen. Wir haben wirklich parteipolitische Zurückhaltung in der Arbeit des Kulturausschusses bewiesen. Ich weiß, dass ich als Kulturausschussvorsitzender deswegen manchmal oder sehr oft für schwach, schwächlich, dumm, naiv gehalten wurde, es mir auch dann und wann gesagt wurde. Uns ist es aber im Kulturausschuss wirklich um die Arbeit an der Kultur gegangen.

Eine andere Sache, wir haben auch im Kulturausschuss nicht schlampig, gedankenlos, ohne Verantwortung gegenüber dem Budget gearbeitet. Wir haben uns sehr wohl für die Kultur eingesetzt, wir haben aber sehr wohl auch geachtet, dass wir möglichst im Rahmen des Budgets geblieben sind.

Zweiter Punkt: Anträge des Kulturausschusses:

Wir wussten und wissen, dass es Aufgabe eines Ausschusses für eine Gemeinderatssitzung ist vorzubereiten und so haben wir das auch immer gesehen und wir haben unsere Anträge auch immer dieser Art formuliert, dass wir unsere Meinung, die immer einstimmig war, dem Gemeinderat zur Beratung vorlegen. Wir empfehlen das eine oder andere, weil es uns einfach an Wichtigkeit so erschienen hat. So haben wir es auch gehalten. Leider sind zwei unserer Anträge nicht in den Gemeinderat gekommen. Wir haben beide heute, jetzt, ja, als Vorsitzender des Kulturausschusses müsste ich jetzt einmal sagen, Gott sei Dank auf der Tagesordnung, wenn auch die Wege nicht gut waren. Ich möchte schon auch in meiner Verantwortung als Vorsitzender des Kulturausschusses sagen, ich habe das nicht richtig gefunden, dass unsere Anträge nicht im Gemeinderat gelandet sind obwohl ich nicht nur einmal, sondern sehr oft nachgefragt und nachgestoßen haben. Das muss also auch festgestellt werden.

Nun kommen wir schon in die Nähe zum Antrag, der im Kulturausschuss in der Sitzung am 19. Oktober einstimmig beschlossen worden ist. Dort hat es wiederum geheißen, der Kulturausschuss leitet das Ansuchen an den Gemeinderat weiter, wir haben das Ansuchen gehabt, und ersucht um Zustimmung, auch wenn dafür eine Darlehensaufnahme notwendig sei. Da ist es also um den Antrag des Kulturvereins AKKU gegangen, um eine außerordentliche Förderung in der Höhe von S 85.000,-. Man könnte in Klammer noch dazu sagen, das Förderungsansuchen des AKKU im Februar hatte gelautet auf S 580.000,--. Wir haben uns damals an die Summe im Budget gehalten und haben diese S 250.000,-- gegeben, obwohl wir wussten und obwohl uns allen im Kulturausschuss, und ich denke auch jedem hier herinnen im Gemeinderat, die Leistung des Kulturvereins AKKU klar, deutlich und auch wichtig erscheint. Wir haben aber damals einfach hin in der Verantwortung dem Budget gegenüber diese S 250.000,-- beschlossen, obwohl wir gewusst haben, dass das AKKU sicherlich mehr Geld brauchen würde. Nun aber geht es um das Sein oder Nichtsein beim AKKU. Deswegen wurde noch einmal ein Ansuchen um diese S 85.000,-- gestellt. Das AKKU, nur um kurz einen

Überblick zu geben, ist erfolgreich, arbeitstüchtig und mit immens viel Freizeit und unbezahlten Stunden, mit Begeisterung in der Kulturarbeit der Stadt Steyr, in der Sparte Theater, in der Sparte Musik. Hier, um z. B. nur noch eines zu nennen, hat Josef Bernauer, der ein Schüler, einer der aus dem AKKU kommt, den internationalen Kompositionspreis bekommen. Seine Leistung wird weltweit gewertet. Er schafft es auch wieder, dass er junge Leute zur Musik begeistern kann, junge Leute wieder weiter bringen kann. Weitere intensive Arbeit des AKKU in der Sparte Literatur, in der Sparte Kindertheater, in der Sparte Kabarett, in der Sparte Schülerprojekte und auch in der musikalischen Ausbildung der Jugend. Ich möchte das nur ganz kurz machen. Dann war die Schwierigkeit mit diesem Antrag. Vorerst hat es einmal geheißen, er käme oder gehöre nicht in den Gemeinderat, weil ja die Summe von S 85.000,-- eine Sache des StS sei. Das stimmt, aber warum haben wir im Kulturausschuss gemeint in den Gemeinderat? Weil wir gewusst haben, dass wir eine Kreditüberschreitung brauchen, um diese Summe zu bekommen. Nun aber hat der Kollege Kupfer, ich habe mich darüber geärgert, wir hätten halt sonst einen anderen Weg suchen müssen, diesen Antrag, vielleicht gut gemeint, ich nehme es an, als Antrag der GAL vor 14 Tagen in den Gemeinderat gebracht. Wir haben uns schon abgesprochen gehabt, dass wir sehr wohl diesen Antrag in diesen Gemeinderat bringen. Nun aber, wo sollen wir das Geld hernehmen? Es hat ein Für und ein Wider gegeben und immer wieder die große Frage: „Wo nehmen wir das Geld her?“ Allen ist klar, dass das AKKU das Geld braucht. Nun aber wo her? Der Finanzreferent, der Herr Bürgermeister, hat gesagt, das ist nicht möglich, wir müssen, wir können dieses Geld nicht auftreiben. Deswegen, und um wirklich für das AKKU diese S 85.000,-- zu erreichen, möchte ich einen Abänderungsantrag nach § 9 stellen.

Abänderungsantrag § 9 der GO

Der Antrag der GAL-Fraktion, außerordentliche Förderung des AKKU, soll dahingehend geändert werden:

Die außerordentliche Förderung des Kulturvereins AKKU in der Höhe von S 85.000,-- soll zusätzlich zu der im Budget 2001 vorgesehenen Subvention im Jänner 2001 ausbezahlt werden.

Begründung:

Diese Auszahlung ist sinnvoll, da eine Kreditüberschreitung vermieden werden kann. Außerdem würde auch der Auszahlungsmodus nach Antrag GAL eine Auszahlung im Jänner 2001 bringen.

Jetzt gibt es natürlich eine Sorge, dass das Ansuchen beim Land nun nicht mehr positiv bearbeitet werden könnte, aber auch dafür haben wir Sorge getragen und haben bei der Kulturabteilung und beim Büro des Landeshauptmannes feststellen lassen, wenn diese positive Zusage zu den S 85.000,-- kommt, dann wird das Land das als Zusage werten. Die Auszahlung im Jänner soll das nicht behindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß, dass einige mich jetzt wiederum als schwach, dumm, naiv oder missbraucht bezeichnen wollen. Mir geht es wirklich um dieses Geld für das AKKU, weil dieser Kulturverein so ausgezeichnete Arbeit leistet. Wir müssten danach ja noch viel mehr geben, aber wir wollen einfach die Möglichkeit schaffen, dass diese S 85.000,-- ausbezahlt werden können.

Ich ersuche daher wirklich, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Dr. Pfeil möchte zur Geschäftsordnung sprechen. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kenne mich jetzt wirklich nicht mehr aus. Wir haben heute in diesem Raum gehört, auch in einem Kulturantrag der dringlich war, dass Präliminierungen, die das nächste Budget betreffen, nicht möglich sind. Das haben wir heute gehört. Jetzt wird ein Abänderungsantrag von SPÖ und ÖVP gemacht, wo man genau dasselbe macht, nur weil man jetzt die Probleme hinausschieben möchte. Ich bitte um Aufklärung. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kann man leicht aufklären. In Wirklichkeit hat der gesamte Kulturausschuss beschlossen man möchte dem Kulturverein AKKU im nächsten Jahr mehr geben und gefordert hat, dass das Kulturbudget aufgestockt wird um dieser Überlegung entsprechen zu können, einstimmig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch das andere ist einstimmig ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben gerade eine Frage gestellt, ich beantworte sie gerade. Es hat in der Budgetverhandlung die GAL mehr Geld verlangt, natürlich deutlich mehr Geld für das AKKU. Am allermeisten gleich für Jugendkultur. Es hat die ÖVP in diesem Bereich eine Aufstockung verlangt, es hat die SPÖ-Fraktion in diesem Bereich eine Aufstockung verlangt. D. h. also, nachdem es eine einstimmige Beschlussfassung im Kulturausschuss von allen Fraktionen gibt, wir eine Aufstockung des Kulturbudgets neuerlich, nachdem wir das ja in der Vergangenheit auch schon einmal getan haben, ins Auge fassen, ist dieser Vorschlag eine Bemühung, das AKKU zu unterstützen. Ich habe das jetzt zum ersten Mal gehört, dass auch diese Hürde mit der Landesfinanzierung versucht wurde zu nehmen, also, dass auch von dort das Geld kommt, das also daran gekoppelt ist. Also, ich sehe da eigentlich kein Problem. Ich stelle nur eines fest, ich habe auch schon einmal angeboten, wir haben ja in unserer Fraktion sehr intensiv diskutiert, weil alle Kulturausschussmitglieder das intensiv vertreten haben, und im Hinblick auf diese Befindlichkeit aller Fraktionen da etwas zu tun, haben wir angeboten, eine Aufstockung im nächsten Jahr vorzunehmen. Es ist aber anscheinend, der Kulturreferent hat sich da bemüht, nicht sehr auf Gegenliebe gestoßen. Eine Aufstockung in der Gegend von 34 % der laufenden Subvention ist natürlich nicht gerade ein „Lercher!“. Die Aufstockung hätte sogar noch ein bisschen mehr sein können, darüber ist auch gesprochen worden, aber natürlich wenn 40 % Aufstockung auch zu wenig ist oder wenn verlangt wird, dass wir in einem anderen Bereich hier von S 250.000,-- oder wenn man dann den zweiten Verein der dort ist nimmt auf S 700.000,-- geht, ich meine, das sind natürlich einmal Vorschläge und Positionspapiere, dann muss ich euch ehrlich sagen, dann wird das für den Finanzreferenten nahezu unmöglich da mitzugehen. Ihr müsst euch ja vorstellen, dass es ungefähr 200 Vereine in unserer Stadt gibt, dass alleine im Sportbereich 70 Vereine bestehen und in anderen Kulturformen und Ausprägungen auch natürlich der Wunsch nach mehr Geld da ist. Wenn wir hier solche Präjudizfälle schaffen, dann muss ich sagen, dann ist es für mich als Finanzreferent nicht mitmachbar. Ich habe ja eigentlich auch

nichts dagegen, ich habe mich noch nie hineingemischt in die Vergabepolitik der Subventionen im Kulturausschuss. Wenn also der Kulturausschuss, der insgesamt ein Budget von 26 Millionen hat, jetzt kommt das, ich weiß schon, dass frei verfügbar nur ein verhältnismäßig sehr kleiner Teil ist, aber dann sage ich euch eines: In jedem Betrieb, in jedem Unternehmen, wo Kosten gespart werden müssen oder wo man umschichten will, muss man Prioritäten setzen. Da muss dieser Kostenblock, und der ist gewaltig, 26 Millionen, durchforstet werden, da muss versucht werden ein Geld freizumachen, das der Kulturausschuss natürlich umschichten kann. Ich werde mich nicht hineinmischen und ich habe mich noch nie hineingemischt, lieber Kollege Lengauer, und bin irgendwem in den Arm gefallen und habe gesagt, das dürft ihr nicht oder das möchte ich nicht. Im Gegenteil. Wenn zu mir wer gekommen ist habe ich hinaufgeschrieben, waren bei mir vorstellig, haben gebeten, plausibel ersucht, ich bitte zu prüfen, ob das nicht möglich ist. Ich bin keinem in den Arm gefallen Wir haben das Kulturbudget aufgestockt. Aber es ist nicht möglich, meine Damen und Herren, dass wir alle Jahre das Kulturbudget aufstocken, aufstocken, aufstocken. Das wird nicht möglich sein. Das ist auch in keinem Bereich möglich, weil es ist jeder Referent, ganz gleich in welchem Bereich, in einer ähnlichen Situation. Der Herr Mayrhofer braucht mehr für Straßen, hat das auch schon massiv herangetragen, der Kollege Spanring tut das für die Kultur, die Kollegin Mach, das haben wir heute lange diskutiert, was heißt denn das, zwei Kräfte dazu in der Sozialabteilung. Da werden wir in der Gegend, bei der Qualifikation halt mit einer Million rechnen müssen. Ich habe euch auch erzählt, wir dürfen vielleicht 30 Millionen weniger bei der Getränkesteuer und bei Ankündigungsabgabe erwarten. Ich hoffe, dass die Wirtschaft so gut weiter geht und dass wir über die Kommunalsteuer usw. halbwegs einen Ausgleich finden. Wir müssen erst sehen, wie der Finanzausgleich funktioniert. D. h., wir können uns nicht einfach determinieren, wenn wir nicht wollen, dass die großen Projekte stecken bleiben. Da ist die Kultur sogar sehr, sehr stark dotiert, wenn wir unsere Vorstellungen umsetzen wollen. Bitte das sei schon bei dieser Gelegenheit bemerkt. Ich will also wirklich kein einziges böses Wort über das AKKU sagen, ich war selbst dort, es ist eine sehr engagierte Gruppe und sie haben sicherlich Schwierigkeiten die Finanzierung vorzunehmen. Das trifft auch auf Jugendkultur zu. Aber bitte, Verdreifachung. Nehmt nur die Jugendkultur her. Wir kaufen ein Haus um 4,5 Millionen, schießen 3 Millionen zu, erklären denen, dass sie S 200.000,-- Subvention bekommen und jetzt bekommen sie S 250.000,-- Subvention plus noch einmal S 100.000,-- für das Kraftwerk, die sich auch dort befinden. Das ist den Herrschaften natürlich zu wenig. Das verstehe ich schon. Natürlich ist das Geld immer zu wenig. Aber bitte beachtet was wir z. B. Traditionsvereinen, die auch im Kulturbereich tätig sind, ich nenne jetzt da irgendeinen, nehmen wir an Sängerkunst oder viele andere Chöre und sonstige, Stahlklang, viele gibt es also, die eigentlich sehr bescheidene Subventionen bekommen. Nehmen wir nur die gesamten Sportsubventionen, die wir in der Stadt für den laufenden Sportbetrieb ausgeben, an. Herr Sportreferent wie viel ist das?

STADTRAT GERHARD BREMM:

1,2 bis 1,4 Millionen Schilling.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also! Für den laufenden Betrieb 1,2 bis 1,4 Millionen. Da ist selbst die Vorwärts, die vielbesonnene Vorwärts, mit einem Betrag von ich glaube S 64.000,-- dabei. S 64.000,-- Vorwärts, die immer genannt wird, für den laufenden Betrieb. So schaut das nämlich aus. 70 Sportvereine bekommen 1,2 Millionen Schilling. Also, man muss die Dimensionen und die Verhältnismäßigkeiten sehen. Ich bitte das bei der weiteren Diskussion mit zu berücksichtigen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber sie haben leider keine Antwort auf meine Geschäftsordnungsfrage gegeben. Warum die eine hier vom Kulturausschuss einstimmig befürwortete Geschichte erlaubt ist und auf der anderen Seite nicht. Das ist heute am Anfang gesagt worden und jetzt möchte ich wissen, warum eine Präliminierung ja und einmal nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eh keine Präliminierung. S 85.000,-- sollen sie zu dem was ins nächste Budget hineingeschrieben wird dazu bekommen. Das ist völlig anders zu betrachten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auf der anderen Seite ist es nicht erlaubt. Auf der anderen Seite, wenn ich einen Grundsatzbeschluss, der auch einstimmig im Kulturausschuss, nach langer Diskussion, gefallen ist, nicht in den Gemeinderat bringe, weil natürlich, wenn ich den Grundsatzbeschluss ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, ich habe es ihnen eh gesagt Herr Dr. Pfeil. Jetzt kommen sie mit Geschäftsordnungsgeschichten. Ich habe das nicht getan, Herr Dr. Pfeil. Ich habe diesen Antrag, jetzt fangen wir aber ganz richtig an, wenn wir schon über Formalgeschichten reden, wenn sie das Spielchen machen wollen, das können wir auch gerne tun. Ich mache sie aufmerksam, mit S 85.000,- - könnte ich sagen, wenn das die GAL mir gibt, wie sie es mir geschickt haben, bedaure Herr Kollege Apfelthaler, das ist kein Thema für den Gemeinderat, dieses kann ich dem StS zuleiten, wenn sie das wollen. Der Antrag ist falsch gestellt. Das habe ich deswegen nicht gemacht, weil ich mich dieser Diskussion gar nicht ent schlagen möchte und weil ich mir von euch nicht vorhalten möchte, ihr sitzt nicht im StS drinnen. Deswegen soll die Diskussion da ruhig mit offenem Visier stattfinden und es soll auch gesagt werden, was gesagt werden muss. Nur der Kulturausschuss hat, wie ich heute der Diskussion entnommen habe, bei anderen Tagesordnungspunkten, eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Alle einstimmig und in großer Einhelligkeit und wahrscheinlich in großer Beflissenheit. Aber die haben alle finanzielle Auswirkungen. Und diese finanziellen Auswirkungen können nicht passieren lediglich aufgrund eines Ausschussbeschlusses im Kulturausschuss, sondern erst aufgrund eines StS- oder GR-Beschlusses. Die Subvention wäre für den Gemeinderat zu niedrig. Ich habe das nur deswegen hineingegeben, damit eine breite Diskussion darüber abgewickelt werden kann. Daher glaube ich kann man wirklich sagen, dass da keine Bemühung oder irgendeine Verheimlichung oder irgendeine Position da ist, wo ich mit Geschäftsordnungstricks da arbeiten möchte. Ganz im Gegenteil. Ich stelle fest, alle Fraktionen wünschen sich mehr Geld für das AKKU, alle Fraktionen reklamieren in das Budget für das nächste Jahr eine Aufstockung hinein. Wir werden wahrscheinlich gar kein Budget zusammenbringen, ohne dass wir das auch wirklich tun und ich habe auch nichts dagegen, wenn der Kulturausschuss mit dieser Aufstockung so umgeht wie er das für richtig hält. Ich hätte auch gar nichts dagegen, wenn der Kulturausschuss beschließen würde wir machen eine Ausgabe „X“ nicht mehr in der Größenordnung wie bisher und meinen, dass wir eine Priorität für AKKU oder von mir aus für Jugendkultur setzen. Nur eines stört mich als Finanzreferent, und das muss man sagen können wenn man für die Finanzen verantwortlich ist. Ich finde es ein bisschen ermüdend und nicht sehr fantasievoll, wenn jedes Jahr zum Finanzreferenten gesagt wird: „Wir wollen mehr für die Kultur!“ Wenn der Finanzreferent sagt das geht nicht, weil

Straßen haben wir auch und Soziales haben wir auch und ich weiß es nicht, 100 andere Geschichten haben wir auch die wir alle wollen und es passiert ja nichts bitte sehr, was nicht beschlossen wird im StS und im GR, weil der Bürgermeister kann ja gerade S 25.000,-- alleine ausgegeben und selbst das wird dann hinterher auch wieder aus einer Budgetpost sein müssen und wird offenkundig damit. Also, dann wird alles von den Gremien beschlossen und da gibt es kein hinten vorbei und wir werden es beschließen müssen. Wenn vom Kulturausschuss gemeint wird eine andere Priorität zu setzen, bei seiner Mittelvergabe, dann habe ich gar nichts dagegen. Allerdings kann das schon im Hinblick auf das Budget angemeldet werden und da müssen auch die Bedeckungsvorschläge her. Also, das ist ja in Wirklichkeit dazu, aus meiner Sicht als Finanzreferent, zu sagen.

Aber die Frau Kollegin Frech hat sich als 2. gemeldet gehabt. Es sei denn, sie wollen dem Kollegen Kupfer den Vortritt lassen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister so ist es. Es war bisher an sich Usus, dass jener, der den Antrag einbringt, auch zu seinem Antrag Stellung nehmen kann, dass er ihn begründen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist eine spannende Diskussion. Es hat schon sehr spannend begonnen, wie wir uns diesem Thema annähern. Der Herr Bürgermeister hat ja in einem Co-Referat eigentlich die Problematik schon angesprochen und ich will jetzt gar nicht lange herumreden und gleich da anschließen, wo er begonnen hat. Es geht um das gesamte Kulturbudget. Wir reden da von 25, 26 Millionen Schilling. Ich gebe ihm völlig Recht, dass unser Kulturbudget, im Vergleich zu anderen Städten in der Größe der Stadt Steyr, ähnlich groß ist. Der Kuchen, wenn man das von den Prozents her sieht, ist ähnlich groß. Nur was uns halt von diesen anderen Städten schon sehr stark unterscheidet ist, wie viel Geld tatsächlich für die Vereine, für den Spielraum zur Verfügung steht und wie viel Geld bei uns tatsächlich in Kreditrückzahlungen, in die Häuser, ins Personal ect., die Geschichte kennen wir schon seit Jahren, hineinläuft. Das ist das Problem. Ich stelle mich auch sehr gerne der Diskussion. Ich denke mir, das wäre auch etwas was man im Kulturausschuss einmal sagen kann, okay, dann schichten wir um. Es geht nämlich schon um Prioritäten. Ich denke mir, es ist eine Priorität, dass wir zuerst auf jene schauen, die in dieser Stadt Kultur machen, selbst produzieren, den Ruf dieser Stadt als Kulturstadt fördern und dass es erst zweitrangig darum geht, dass wir irgendwelche Events oder Gastspiele, die sehr wohl wichtig sind, teuer einkaufen, aber unsere Vereine hier existenziell bedroht sind. Unsere Vereine sind existenziell bedroht. Wir reden da nicht über irgendwelche Verein die Bastelarbeiten machen oder sich selbst bedienen. Das sind Vereine, die hochqualitative Kulturarbeit machen, zum Teil ehrenamtlich, einen sehr guten Ruf nicht nur in der Region in Oberösterreich, in Österreich haben, sondern international. Das wissen wir alle. Nur wenn wir so weiter machen und sagen, jetzt S 85.000,-- mehr und das bekommt ihr vielleicht nächstes Jahr obwohl sie schon im Vorjahr um S 580.000,-- angesucht haben und das Geld dringend gebraucht hätten. Das ist Kleinkrämerpolitik. Wir müssen uns jetzt dieser Diskussion offen stellen und eine Absicherung dieser Vereine schaffen. Wir zerbrechen uns in diesem Haus wochenlang, Politiker, Magistratsdirektor, Bürgermeister, den Kopf wie wir die Christkindlwelt retten. Eine

Million, zwei Millionen, drei Millionen, ich weiß nicht was für Zahlen da andauernd auftauchen. Ich würde mir einmal wünschen, dass sich genau dieses Gremium eine Woche lang zusammen setzt und sich über die Existenz des AKKU's und des Röders z. B., aber auch andere Kulturvereine, die das Geld brauchen, Gedanken macht um hier einmal diese Vereine auf eine finanzielle Basis zu stellen. Was ich auch nicht aushalte ist, dass dann immer gesagt wird, und das sage ich auch dem Herrn Bürgermeister, dass es dann immer heißt, der Herr Bürgermeister ist Schuld, das ist der große Kulturfeind und der Gegner der Kultur. So heißt es dann immer. Ich glaube ihnen das nämlich nicht, weil sie waren nämlich damals auch dabei, wie wir damals das Jugendkulturhaus eingerichtet haben. Ich denke mir, das müsste auch in ihrem Interesse sein, dass dieses Haus überlebt, genauso wie der Kulturverein AKKU überleben muss. Da muss man sich einmal ansehen, unter welchen Bedingungen, unter welchen Voraussetzungen diese Vereine arbeiten. Da zählt auch kein Vergleich Sport und Kultur. Das sind einfach andere Voraussetzungen. Der Sport ist wichtig. Die finanzielle Unterstützung des Sports ist sehr wichtig. Ich will das überhaupt nicht gegeneinander aufrechnen. Nur, genauso wie es im Sportbereich, in den Sporthallen Personal gibt, auf den Fußballplätzen, wie es Dachverbände gibt welche die Sportvereine unterstützen, genauso ist es halt bei der Kultur auch notwendig. Man kann kein Kulturhaus, wie z. B. das Röder oder das AKKU führen, das ist ein riesiger Komplex, ist fertig ausgebaut, die Betriebskosten steigen, der Gaspreis, der Herr StR Eichhübl kann mir das bestätigen, da sind wir bei 15 % Steigerung. Alleine die Betriebskosten die in diesem Haus steigen, Personal ist notwendig, weil sonst kann man das Haus zusperren. Wir können da drinnen ein besetztes Haus machen oder irgendetwas, wir können basteln oder den Jugendlichen das überlassen. Nur ein professioneller Kulturbetrieb ist weder im AKKU noch im Röder ohne finanzielle Absicherung möglich. Das muss uns einfach bewusst sein. Wir haben heute schon einmal den Punkt Präventionsarbeit gehabt. Im Jugendbereich, Kostensteigerung um 13 Millionen bei der Jugendwohlfahrt. Ich denke mir, wir haben über Sozialarbeiter gesprochen, die wir anstellen müssen. Sozialarbeiter treten eigentlich in Kraft, wo nicht mehr wirklich die Prävention da ist. Das ist schon die nächste Stufe. Wir haben in dieser Stadt Kulturvereine, die sehr stark in der Jugendarbeit arbeiten. Das Kulturhaus als auch das Röder haben ganz stark Jugendarbeit. Beim AKKU beginnt es sogar schon bei den Kindern. Das ist Prävention, dort beginnt Prävention. Wir diskutieren heute wirklich um S 85.000,-- obwohl der Bedarf an und für sich größer ist. Wir haben keine Sorge, wenn wir z. B., und ich muss diesen Vergleich machen weil es um das Geld geht, wenn wir einen Event am Stadtplatz machen und der kostet S 400.000,--, wie der Steyrer-Män. Für zwei Tage, und die verregnet es, und das Geld ist weg und allein S 100.000,-- haben fünf Minuten für den ORF gekostet. Wir diskutieren hier über 1 oder 2 Millionen für die Christkindlwelt, dass wir sie halt für einen Monat aufsperrern können und dann einen Käufer suchen. Ich denke mir, es muss uns wert sein, dass wir, diejenigen die in dieser Stadt arbeiten, und das sind viele und ich glaube Herr Bürgermeister, dass sie das auch unterschätzen, das ist kein Minderheitenprogramm. Das sind halt ein paar wenige Verrückte, die in den Kulturvereinen arbeiten. Da gibt es einen Multiplikator, den unterschätzen sie, den unterschätzen sie auch politisch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich nie gesagt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wenn wir nicht jetzt handeln, und da geht es nicht nur um die S 85.000,--, das ist jetzt eine Nothilfe, da geht es um eine finanzielle Absicherung für die nächsten Jahre, dann sind die beiden Vereine tot und das muss uns bewusst sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. „Die Kunst hilft dem Kopf sich von der Ballast des Verstandes zu befreien.“ Das ist ein Zitat.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Von wem?

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

In Steyr gibt es scheinbar manche, wo die Kultur und die Kunst nicht diesen Stellenwert hat, weil man gar keinen Ballast vorzuweisen hat. Das sind harte Worte, aber es ist Teil der Realität. Wenn sie, Herr Bürgermeister, heute sagen, sprechen wir mit offenem Visier, dann sage ich, gerne aber es wird ihnen nicht gefallen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, das kann sein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Man muss sich das einmal vorstellen, der Kollege Lengauer hat es angedeutet. Da gibt es einen Kulturausschuss und ich habe ja das Vergnügen oder die Verpflichtung, man kann es sehen wie man will, dass ich in jedem Ausschuss tätig bin. Ich muss sagen, der Kulturausschuss war einer von denen die zumindest, und ich betonen war, weil ich sehe es seit diesem Zeitpunkt nicht mehr so, wo man wirklich den Eindruck gehabt hat, es geht konstruktiv zu arbeiten, weil dort Personen drinnen sitzen, wo ich zumindest das Gefühl bisher hatte, dass sie auch für die Kultur einstehen, weil sie sich damit identifizieren. Ich habe sehr lange auch versucht diesen Weg gemeinsam mit dem Kollegen Lengauer zu gehen, konstruktiv zu arbeiten, ständig auch irgendwelche Dinge zu ertragen, hinterher zu laufen um diese Harmonie nicht zu gefährden. Irgendwann einmal ist der Punkt erreicht, wo man schlichtweg nicht mehr will und nicht mehr kann. Diese Geschichte, wo man einen einstimmigen Antrag im Kulturausschuss, der noch dazu ohne Wortmeldung erging, d. h., da gab es keine einzige Wortmeldung in Richtung bedenken, wie können wir das finanzieren, gar nichts. Abstimmung, einstimmig, keine Wortmeldung. Es war immer üblich, dass ein einstimmig beschlossener Antrag, auch wenn er formalrechtlich nur eine Empfehlung ist, an den Gemeinderat weitergeleitet wird. Das ist in diesem Fall nicht passiert. Zahlreiche Mitglieder des Kulturausschusses haben sich wirklich

bemüht, dass dieser Antrag auf die Tagesordnung kommt, dass er aus der Parteipolitik heraus gehalten wird, in dem der StR Spanring als Zuständiger für Kultur diesen Antrag auf die Tagesordnung setzt, nämlich als Antrag des Kulturausschusses, damit es eben nicht ein Parteienantrag wird. Es war nicht möglich, man wollte nicht. Dass es nicht um S 85.000,-- geht, ist wohl jedem hier herinnen inzwischen längst klar geworden. Weil wenn ich von heute auf morgen S 200.000,-- für den Rathausvorhang habe, wenn ich von heute auf morgen S 1.000.000,-- für ein Filmprojekt habe, wo ich auch Kredite aufnehmen muss, dann kann es wohl nicht um S 85.000,-- gehen, die ich nicht bedecken kann. Hier geht es um ganz was anderes. Hier geht es darum, dass man mit Bestimmtheit verhindern wollte, dass dieser einstimmig beschlossene Antrag des Kulturausschusses auf diese Tagesordnung kommt. Ich kann ihnen auch sagen warum das so war. Weil eines ist schon klar, wenn dieser Antrag vollinhaltlich auf diese Tagesordnung gekommen wäre, dann hätten sich hier herinnen 36 Mandatare deklarieren müssen. Stehen sie zu dem, nämlich stehen die Mitglieder des Kulturausschusses zu ihrer Entscheidung im Kulturausschuss oder stehen sie nicht dazu. Das wollte man verhindern, weil dann hätte es möglicherweise passieren können, dass manch einer gegen die eigene Fraktion stimmt und das kann nicht sein. Ein freies Mandat, das gibt es ja wirklich nur laut Statut, aber nicht in der Realität.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Bei ihnen gibt es das.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Bei mir ist es automatisch in Personalunion.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber sie können mir glauben, gäbe es mehrere Mandatare, dann hätten die die Möglichkeit so zu stimmen, wie es nach ihrem Gewissen geht. Aber das wollte man verhindern, und das ist die Realität. Das finde ich am schlimmsten an der Geschichte. Ich habe kein Problem, mit keinem Kollegen hier herinnen, der sagt, es tut mir Leid, ich kann bei diesem Antrag nicht mitgehen, weil ich eben finde, wir haben eine so schlechte finanzielle Situation, ich stimme dagegen. Damit habe ich kein Problem, es tut mir nur Leid, aber ich habe kein Problem damit. Ein Problem damit habe ich, wenn man einfach versucht, sich irgendwie zu verschanzen, die eigene Meinung nicht deklarieren zu wollen. Da habe ich dann ein Problem. Das ist ja der Grund, warum es diesen Abänderungsantrag jetzt hier gibt, der von der SPÖ, ÖVP vorgelegt worden ist. Es ist dann schon sehr eigenartig, dass dieser Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion und SPÖ-Fraktion allen Mandataren vorgelegt wird, dass aber der Abänderungsantrag der LIF-Fraktion, FPÖ-Fraktion und GAL-Fraktion nicht in Kopie vorgelegt wird, obwohl er dem Bürgermeister bereits seit längerer Zeit zugeht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr Antrag?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Den haben sie mir gerade zuerst hergelegt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Den Antrag hat niemand jetzt bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Den haben sie ja gerade zuerst hergelegt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Den habe ich bereits zwei Tagesordnungspunkte vorher hingelegt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gerade zuerst haben sie ihn hergelegt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, ich habe jetzt nicht auf die Uhr gesehen, aber die Protokollführerin wird es nachvollziehen können, die Debatte dauert inzwischen eine halbe Stunde. In dieser halben Stunde hätte man den Antrag kopieren können. Ich habe den Herrn Magistratsdirektor gebeten, ihn zu kopieren, als er den anderen Abänderungsantrag vorgelegt hat. Er hat gesagt, dass er das tun wird.

Aber sie sehen schon das hat Methode, das ist kein Zufall. Wenn heute gesagt wird, Herr Kollege Lengauer ich werfe ihnen nicht vor, dass sie dumm sind, ich werfe ihnen auch nicht vor, dass sie naiv sind. Ich werfe ihnen aber möglicherweise vor, dass sie zu gutmütig sind und daher manchmal die Gefahr besteht, sich missbrauchen zu lassen. Weil ein Argument das von ihrer Seite gekommen ist, ich finde es edel, hilfreich und gut wenn sie sagen wir müssen einen Weg finden, dass wir noch eine Mehrheit zusammen bringen, aber was war denn der wesentliche Punkt des Herrn Bürgermeisters. Keine Bedeckung ist da. Jetzt gibt es einen Abänderungsantrag wo eine Möglichkeit der Bedeckung da ist, aber über den soll ja gar nicht wirklich diskutiert werden. Den bekommt ja

keiner von ihnen. Ich darf ihnen daher diesen Abänderungsantrag einmal mündlich zur Kenntnis bringen.

Abänderungsantrag

zu Tagesordnungspunkt 5/20

gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr

Die unterfertigten Mitglieder des Steyrer Gemeinderates erlauben sich höflich, gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Sitzung am 30.11.2000 nachstehenden Abänderungsantrag einzubringen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Kulturverein AKKU wird eine außerordentliche, einmalige und nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von öS 85.000,-- gewährt.

Die Bedeckung erfolgt durch eine gleichzeitig beschlossene Kreditüberschreitung aus Voranschlagsstelle 1/300000/757000 durch Kreditübertragung von Voranschlagsstelle 1/300000/599999 bzw. durch Aufnahme eines Bankkredites, zu welcher der GB II mit gleichem Beschluss ermächtigt wird.

Begründung:

Der Kulturverein AKKU stellt mit seinem engagierten und niveauvollen Programm eine maßgebliche Bereicherung der kulturellen Szene in Steyr dar. Mit Schreiben vom 5.10.2000 hat der Verein um die zusätzliche Förderung in der genannten Höhe angesucht, um seine laufenden Projekte finanzieren zu können. Eine Förderung durch die Stadt, die noch im heurigen Jahr erfolgen muss, ist auch Voraussetzung für eine dringend benötigte Subvention des Landes Oberösterreich.

Der gemeinderätliche Kulturausschuss hat daher in seiner Sitzung vom 19. Oktober 2000 dieses Ansuchen als berechtigt erachtet und einstimmig befürwortet. Nachdem der Verein die Subvention noch heuer benötigt, ist auch der Antrag hinreichend begründet.

Unterstützt von der Liberalen-Fraktion, der GAL-Fraktion und der FPÖ-Fraktion, obwohl dieser Abänderungsantrag an sich gar nicht mehrheitlich unterstützt werden müsste.

Ich habe mir nämlich die Mühe gemacht, obwohl es im Vorfeld immer geheißsen hat, es wird dafür keine Bedeckung geben, mir einmal das Budget genauer durchzusehen, ob ich nicht doch eine Stelle finde. Wenn sie sich im Voranschlag für das Jahr 2000 ansehen, finden sie im Bereich Kunst, Kultur und Kultus, Lohnkosten laut Sammelnachweis budgetiert von S 5.197.000,--. Im Voranschlag 1999 waren aber nur 4.283.000,--. Da bin ich etwas stutzig geworden. Dann habe ich mir den Rechnungsabschluss 1999 angesehen. Da waren es überhaupt nur S 3.832.088,98. D. h., wir haben heuer auf jeden Fall so viel noch in dieser Voranschlagsstelle, dass etwas übrig bleiben wird, weil das kann es nicht sein, dass gerade in diesem Jahr so viel für Personalkosten noch anfallen wird. Noch dazu wo im Voranschlag für das Jahr 2001 bereits mit Lohnkosten von S 2.555.000,-- gerechnet wird. Da liegen Hunderttausende, sogar Millionen dazwischen. Woher die kommen weiß ich nicht, ich habe mich gefreut, dass da auf jeden Fall ein Überschuss vorhanden sein muss. Es kann mir keiner weiß machen, dass die S 85.000,-- aus diesem Bereich nicht übrig bleiben werden. Sollten sie nicht übrig bleiben, meine Damen und Herren, werden wir das tun, was wir in allen anderen Fällen ohne große Probleme machen, nämlich eine Aufnahme eines Kredites. Für S 85.000,-- war

das bisher noch nie ein Problem. Wenn sie mir einreden wollen, das ist als Argument gefallen, das AKKU bekommt ja, das ist jetzt alles inoffiziell, als Argument im Vieraugengespräch gekommen, das Geld ohnedies dann bereits im Jänner. Ja, entweder wenn wir es jetzt schon haben, dann können wir es ihnen auch jetzt schon geben, da muss ich nicht auf den Jänner verweisen. Eines, da muss ich dem Herrn Dr. Pfeil Recht geben, es ist wirklich eigenartig zuerst zu sagen, wir können ja nicht ein Präjudiz machen für das nächste Budget und in diesem Fall auf einmal ist es möglich.

Ich muss sagen, ich bedaure es zutiefst, dass man diese Geschichte zum Politikum erhoben hat. Ich habe dazu sicherlich nichts beigetragen, das waren andere. Aber ich muss ihnen eines sagen, ich bedaure es zutiefst, weil damit sicherlich in der Kulturarbeit in Steyr ein großer Rückschritt passiert ist. Es ist die eine Sache, wie wir politisch miteinander umgehen, das ist nicht immer fein, aber daran gewöhnt man sich. Das ist die eine Sache, das trifft uns 36 Mandatare. Aber wie man mit den Menschen da draußen umgeht, mit Vereinen die sich für Kultur einsetzen, das ist eine andere Sache. Wie man mit denen mitunter umgeht, das ist wirklich sehr traurig und das lässt vermuten, dass wirklich nicht sehr viel Ballast da ist, von dem man sich befreien muss.

Ich würde wirklich bitten, dass dieser Antrag allen Mandataren zugeht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist bereits geschehen Frau Kollegin.

Kollege Eichhübl ist der Nächste am Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich sage es jetzt ganz offen. Als ich erstmals davon erfahren habe, dass die Grünen heute beabsichtigen in diesem GR einen Antrag einzubringen, nämlich den Antrag dem Kulturverein AKKU eine außerordentliche Subvention von S 85.000,-- zuzugestehen, bin ich diesem Begehre sehr skeptisch gegenüber gestanden und zwar aus folgender Überlegung. Es könnte ja am Ende des Jahres jeder Verein, und es gibt ja anscheinend, das hat der Herr Bürgermeister gesagt, 200 Vereine, ich kann das nicht bestätigen, aber ich nehme an, dass das stimmt, auf die Idee kommen, am Ende eines Budgetjahres, zusätzliche Subventionsmittel zu verlangen, weil er dieses am Anfang des Budgetjahres, aus welchen Gründen auch immer, nicht erhalten hat. Da habe ich allerdings noch nicht gewusst, dass dieses Begehren im Kulturausschuss offensichtlich mehrmals besprochen wurde, und dass im Kulturausschuss ein einstimmiger Beschluss darüber gefasst wurde. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, passiert etwas sehr Eigenartiges. Der Herr Kulturreferent, der selbst Mitglied des Ausschusses ist, geht hier heraus, trägt ganz verstohlen den Antrag vor, man hat eher den Eindruck gehabt, es ist ihm peinlich, dass er diesen Antrag verlesen muss. Der Vorsitzende des Kulturausschusses, Herr Dir. Lengauer, ärgert sich darüber, ich gebrauche seine Worte, dass einige Anträge, unter anderem auch dieser, nicht vom Kulturausschuss weitergeleitet wurden und in den zuständigen Gremien, sei es Stadtsenat oder Gemeinderat, behandelt wurden. Er ärgert sich aber gleichzeitig auch darüber, dass ein Mitglied des Kulturausschusses einer anderen Fraktion heute hier diesen Antrag einbringt. Das ist eine sehr eigenartige Darstellung der Dinge Herr Kollege Lengauer, die ich nicht nachvollziehen kann.

Punkt 2): Wir haben heute, und Herr Vzbgm. Pfeil hat das bereits angesprochen, ebenfalls einen Antrag eingebracht, nämlich einen Antrag, den wir noch zu behandeln haben, betrifft die Neugestaltung ebenfalls eines kulturellen Bereiches, des Heimathauses. Da haben wir hören müssen,

das geht doch nicht, das ist doch ein Vorgriff auf das Budget des Jahres 2001. Ich frage sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, vor allen Dingen die Vertreter der ÖVP-Fraktion, und die SPÖ-Fraktion hat sich ja dann noch handschriftlich dazugesellt zu diesem Antrag, was ist denn das was sie hier beantragen, als ein Vorgriff auf das Budget 2001. Ich muss ihnen wirklich ganz ehrlich sagen, ich hätte eigentlich schon erwartet, dass die Mitglieder des Kulturausschusses zu dem stehen, was sie beschlossen haben und mehrmals dort offensichtlich einstimmig als Meinung vertreten haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben ja eine Vertreterin im Kulturausschuss, in der Person von der Frau GR Reznar, stehen dazu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Lieber Roman, du hast mich vergessen, ich bin auch im Kulturausschuss. Als ehemaliger Kulturreferent sehe ich die Entwicklung nicht mit Freude. Ich könnte mich natürlich jetzt zurücklehnen und sagen, na ja, jetzt sollen die Burschen und die Mädchen beweisen, was sie können und mit Genugtuung auf die Entwicklung der letzten drei Jahre zurücksehen. Es ist nicht so. Ich denke, ich habe im Kulturausschuss bescheiden im Hintergrund gewirkt und habe die Öffentlichkeit über Aussagen, über nicht passierte Dinge im Kulturbereich, eher verschont oder ganz verschont. Ich bin aber schon sehr betrübt und auch entsetzt, weil ich schon dachte, wenn eben gerade, es war ja Wunsch der sogenannten Jungen in der SPÖ, dass die Kultur, als Kulturreferent in andere Hände kommt und nicht in freiheitlichen Händen verbleibt, weil fachlich hat man ja keine Kritik gehört. Nur sie erfüllen dieses Versprechen nicht. Es folgt die Konsequenz nicht. Wenn der Herr Dir. Lengauer heute den Kulturausschuss in der Arbeit lobt, dann muss ich ihm auch Recht geben, aber das letzte halbe Jahr war sehr mühsam. Es gab überhaupt keine Unterstützung aber es sollte doch zumindest eine Unterstützung vonseiten des Amtes kommen, dass einmal ein Vorschlag gemacht wird, dass zumindest immer der Kulturdirektor dabei ist und dass ein Jurist dabei ist. Wir mussten wie eine Schulklasse immer wieder hinterfragen, ist das noch richtig was wir da tun und sagen oder ist das nicht mehr richtig. Ich habe das noch nie in der Öffentlichkeit kritisiert, ich sage es heute zum ersten Mal. Sie haben gesagt, sie sind heute, ich weiß nicht wie sie es bezeichnet haben, ob sie schwächlich, naiv oder dumm sind. Ich halte sie für etwas, sagen wir so, ein Mittelding zwischen naiv und gutgläubig. Ich glaube, das ist der richtige Ausdruck, denn wenn man schon zweimal im Kulturausschuss verlangt und gebeten hat, dass einstimmig beschlossene Vorhaben dem Gemeinderat, wie es beschlossen worden ist, zur weiteren Prüfung und Beratung vorgestellt werde ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Finden sie das lustig Herr Lengauer? Ich meine, es ist wirklich traurig und ich habe das ...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich finde nur die Definition was ich bin sehr interessant.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben das selbst auch zur Diskussion dargestellt. Das ist ja heute schon ein sehr beliebte Spiel, dass man sehr gerne vom Thema abweichen möchte und dass man plötzlich wieder ein Feindbild hat, wo man drauf aufspringen kann. Das haben wir ja heute schon einmal erlebt. Aber dass man zwei, wir haben ja heute noch Gelegenheit, einstimmig beschlossene Kulturvorhaben trotz zweimaliger Aufforderung dann nicht in den Gemeinderat hineinträgt, das finde ich dann wirklich ein starkes Stück. Das beliebte Spiel das auch in der Vergangenheit in den vorletzten 6 Jahren immer wieder passiert ist, wo es immer geheißen hat, ja die finanzielle Bedeckung fehlt und deshalb kann der Kulturausschuss keine positive Abstimmung darüber geben. Da war dann die große Diskussion, ist der Kulturausschuss ein Kulturausschuss oder ist er ein Finanzausschuss. Ich war immer der Meinung, die Kultur soll das sagen was notwendig ist und der Gemeinderat wird dann befinden, was machbar ist. So schaut die Welt aus und ich denke, dass man das auch weiterführen sollte, aber nicht in der Szene. Wie stellt man sich nämlich vor, auf den Punkt kommen wir heute auch noch zu sprechen, wenn man zuerst für jedes Vorhaben zuerst jede finanzielle Bedeckung sichert, d. h. man muss in den GR gehen, abstimmen, ob man das überhaupt finanziell bedecken kann, dann geht man wieder in den Kulturausschuss zurück und sagt, ist es überhaupt sinnvoll das zu machen. Ich glaube, das wäre nicht im Sinne einer konsequenten Verwaltung und Politik. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen sie sich ein Herz, machen sie es so wie wir es im Kulturausschuss gemeinsam beschlossen haben, stimmen wir über den Antrag der GAL-Fraktion ab, auch in der Abänderung von der Frau Frech, damit haben wir kein Problem, ganz im Gegenteil, und das Thema ist vom Tisch und sie können heute glücklich nach Hause gehen. Danke.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Herr Kollege Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich würde glücklicher und ruhiger nach Hause gehen wenn wir wieder zur normalen Umgangssprache zurückfinden würden. Ich muss ehrlich sagen, ich bin da schon immer sehr, ich weiß nicht wie ich es sagen soll, es ist fast entsetzlich, wenn eine Wortwahl von einem Menschen, der an und für sich ja eine gediegene Ausbildung hat, und dann immer solche untergriffigen Angriffe gegenüber Kollegen in unserem Kreis macht. Ich glaube man kann sich in der Sache streiten, man kann unterschiedlicher Meinung sein, das ist legitim, das gehört dazu, das ist auch in der Demokratie notwendig. Aber hier immer diese persönlichen Untergriffe machen, ich muss ganz ehrlich sagen Herr Dr. Pfeil es ist ihres Berufstandes nicht würdig, wie sie das immer tun. Ein bisschen eine Menschenwürde und ein bisschen eine Achtung von anderen Menschen wäre hier

schon notwendig.

Unverständliche Zwischenrufe von Vizebürgermeister Dr. Pfeil

STADTRAT GERHARD BREMM:

Wir haben heute schon einmal debattiert, in einem Bereich wo wir zusätzliche Gelder für Heimplätze beschlossen haben und wir haben dort auch gesagt, dass dort viele Punkte notwendig sind, um vorbeugend zu sein und da gehört auch die Sprache dazu. Die Sprache ist eine ganz wesentliche Sache in unserer Gesellschaft. Wenn wir uns alle miteinander nur untergriffig agitieren, dann wird das sicherlich nicht dazu beitragen, dass das besser wird. Das wollte ich nur zu dem gesagt haben.

Zum Antrag selbst und zur Sache möchte ich sagen, dass wir, unsere Fraktion, bei dem Abänderungsantrag der ÖVP mitgehen, er ist auch von der SPÖ unterstützt worden. Die Überlegung diesen Schritt zu gehen ist der: Wir sind uns, und das ist ja auch heute vom Bürgermeister ausführlich erläutert worden, inhaltlich darüber einig, und es gibt überhaupt nicht einen Funken Abweichung, dass das AKKU eine sehr gute Arbeit in unserer Stadt und für die Jugend leistet. Da gibt es überhaupt keine unterschiedlichen Ansätze. Darüber hinaus muss ich aber schon sagen, es gibt viele andere, die auch eine gute Arbeit leisten, egal in welchem Bereich sie sind, die vielen unterschiedlichen Kulturvereine, aber auch Sportvereine und Sozialvereine. Es gibt keine schlechten Vereine, weil die überleben dann eh nicht und es wird überall eine hervorragende Arbeit geleistet. Alle diese Vereine haben es nötig von der öffentlichen Hand auch unterstützt zu werden. Es gibt keine Vereine die so wirtschaften können, dass sie selbst für die Aufwendungen aufkommen.

Wenn hier angeführt worden ist, dass das AKKU S 580.000,-- im Frühjahr oder in den ersten Monaten des heurigen Jahres verlangt haben, dann ist das für mich einmal legitim, für den Verein, dass er etwas verlangt. Na net wird er was verlangen. Ich könnte eine ganze Reihe von Vereinen so locker aufzählen, die nicht auch das Begehren nach mehr Geld haben. Wir haben mit großer Mehrheit im vergangenen Jahr ein Budget beschlossen, wo auch die Subventionen für die Vereine enthalten sind. Wie es vom Herrn Bürgermeister angeführt worden ist, es obliegt natürlich auch den Ausschüssen hier, innerhalb des Budgetrahmens auch Verteilungen vorzunehmen, zu empfehlen, in den Gremien vorzubringen und dort dann zu beschließen. Es ist hier auch im Kulturausschuss festgelegt worden, zu dem Zeitpunkt wo die Subvention für das AKKU zur Auszahlung gekommen ist, es ist auch dort einstimmig festgelegt worden, dass sie S 250.000,-- an Subvention bekommen. Das ist ja nicht irgendwo anders, im stillen Kämmerlein, entstanden, sondern es ist auch auf Empfehlung des Kulturausschusses zur Auszahlung gekommen. Jetzt müssen wir hier herinnen, die wir da sitzen und auch den Budgetvollzug zu machen haben und auch das Budget im Auge zu haben, schon auch mit einer großen Verantwortung an die ganze Thematik, an die Diskussion herangehen. Es ist einfach für uns, als jene die Zuschüsse, die Subventionen beschließen, nicht möglich, dass uns, egal wer sagt und vorschreibt wie viel Subvention er zu bekommen hat. Das ist nicht möglich, das muss schon immer noch in den Gremien geschehen und es muss auch letztendlich im GR entschieden werden, wie viel Subvention welcher Verein bekommt. Jetzt haben wir festgestellt, um zum Ende zu kommen, dass der Kulturausschuss der einhelligen Auffassung ist, dass das AKKU eine so gute Arbeit leistet, und dass es wünschenswert wäre, dem AKKU noch zusätzlich S 85.000,-- zu den S 250.000,-- zu geben und dem GR zu empfehlen. Ich glaube, dass dieser Schritt und dieser Abänderungsantrag der hier gestellt wird, ein sicherlich äußerst vernünftiger Kompromiss zwischen dem Begehren des AKKU's und zwischen den Möglichkeiten der Stadt, um auch hier nicht zu signalisieren die Stadt ist ein Pressbock, da kann jeder kommen und anklopfen ich will etwas ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es war im Frühjahr schon klar, dass die S 250.000,-- zu wenig sind.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Aber es sind S 250.000,-- im Frühjahr auch vom Kulturausschuss beschlossen worden. Das ist ja eh in Ordnung, dem ist ja überhaupt nichts hinzuzufügen. Es ist aber mittlerweile ja kein finanzieller Rahme im Kulturbudget für außerordentliche oder zusätzliche Subventionen beinhaltet. Ich glaube, dass es hier wirklich ein vernünftiger Weg ist den wir hier beschreiten, dass wir sagen, um auch die Gefahr, dass das AKKU die Landesförderung, um die es in dieser Sache auch geht, auch bekommt, in der Form dieses Abänderungsantrages wird das AKKU im Jänner des kommenden Jahres, das ist in einem Monat, das ist im neuen Budgetjahr, diese S 85.000,-- bekommen. Damit ist auch Richtung Land hin jede Möglichkeit offen. Wenn es eine Subvention gibt, das ist ja nicht ganz so klar, ob dort die Zustimmung und das Jawort schon gegeben ist, aber es ist hier auf alle Fälle von der Stadt her das nicht vermauert. Ich glaube, dass das sicherlich ein vernünftiger Weg in diese Richtung ist.

Jetzt, diesen Antrag gleichzustellen mit dem Heimathaus, das hinkt schon sehr gewaltig. Jetzt diskutieren wir das Kulturbudget, sehen 26 Millionen Schilling, das ist ja keine Kleinigkeit, wir sehen, dass ein großer Brocken davon schon fix gebunden ist, weil man halt auch gerne Häuser hat und natürlich das auch Geld kostet und immer mehr kostet, sie haben es ja auch erwähnt Herr Kupfer, die Heizung steigt und was weiß ich was alles nicht noch steigt, und dann ist auf einmal ein Verein nicht mehr in der Lage das ehrenamtlich zu machen, jetzt braucht man dann Hauptberufliche dazu, das gibt es bei keinem Sportverein. Das hat es, außer bei Profivereine wie der Vorwärts, nirgends gegeben und man hat ja gesehen, wo das hingeführt hat. Es gibt keinen Sportverein, wo nicht im Vordergrund Ehrenamtlichkeit ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Bei der Sporthalle haben sie auch einen Hauswart!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Man kann nicht das eine mit dem anderen vergleichen. Wir haben auch im Heimathaus Hauptberufliche drinnen und nicht einen der das ehrenamtlich macht. Da muss man schon immer Gleiches mit Gleichem vergleichen. Mit dem Heimathaus jetzt wieder das Budget zu strapazieren, der Bürgermeister hat es ausführlich erläutert, dass die Kosten für das Projekt das hier erstellt wird, sich um die 30 Millionen bewegen wird und dass das die nächsten Jahre, aufgrund unserer größeren Vorhaben, nicht finanzierbar sind, dass das nicht möglich sein wird, weil wir einfach Prioritäten setzen müssen, weil das Geld wird sich ja nicht irgendwo vermehren, und es zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist 1 ½ Millionen Schilling für ein Detailkonzept zu bestellen und ausarbeiten zu lassen und dann legen wir es in die Schublade. Also, aus dem Grund kann man die zwei Dinge nicht vergleichen. Das eine ist das AKKU, die haben momentan einen Bedarf, die wollen das Geld sofort haben, und bei dem anderen geht es um ein Detailprojekt, das möglicherweise in 5, 6, 7, 8 Jahren oder was zur Realisierung kommt. Daher ist meines Erachtens die Verquickung zwischen dem, warum wir den Antrag hier behandeln, und den anderen Antrag wollen wir aber nicht in dieser Form die Zustimmung geben, nicht zulässig. Ich ersuche hier wirklich im Sinne unseres Budgetvollzuges, im Sinne auch der Glaubwürdigkeit gegenüber der Vereine, die Vorgangsweise im Sinne des Abänderungsantrages die Zustimmung zu geben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Unseres Abänderungsantrages!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Unseres! Ich glaube, ich habe es eh eingangs dazu gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Reznar ist die Nächste bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sehr geehrte Damen und Herren. Schön langsam kenne ich mich nicht mehr aus. Ich weiß nicht, bin ich im Balkan oder bin ich in Sizilien und habe Mascherl an, weil mit der Kultur Deals zu machen finde ich äußerst unseriös. Mit Kultur kann man nicht dealen. Es geht nicht darum ob jetzt das AKKU so wunderbar ist, die Lobeshymnen vom AKKU hat jeder schon hinter sich. Aber ich kann doch nicht einfach sagen, geben wir heuer nichts, dafür bekommt ihr nächstes Jahr etwas und das wird euch dann irgendwo abgezogen oder nicht abgezogen, dieser Unsicherheitsfaktor, so geht es nicht. Auch wenn man mir über die Zeitung vielleicht ausrichten lässt sie brauchen von mir keine Almosen, aber ich stehe hinter der Kultur und ich stehe hinter der Förderung für das AKKU. Ich kann diesem Kuschelantrag von der ÖVP und von der SPÖ nicht nähertreten.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Noch dazu Herr Bürgermeister, vor einer Woche war davon noch die Rede, dass man für diesen Plunder von der Christkindlwelt 1,4 Millionen Schilling auslegen will, dann frage ich mich, wo bleibt das Lercherl von S 85.000,-- für einen Kulturverein der vor einem „Aus“ steht, der irgendwo in der Luft hängt. So kann man es doch nicht machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ach Gott!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich denke mir, wenn man sich schon diese sogenannten Erfolge des Kulturausschusses im letzten halben Jahr vor Augen führt, es werden keine Schreiben hinausgegeben, keiner bekommt ein Schreiben wenn er einen Antrag stellt, keiner bekommt ein Schreiben ob er dabei ist bei irgendeiner Förderung oder sonst irgendetwas, dann ist wieder ein einstimmiger Beschluss irgendwo infrage gestellt, dann muss ich sagen, dann setze ich und stelle auch die Existenz dieses derzeitigen Kulturausschusses absolut infrage. Ich finde es einfach fies von den Mitgliedern des Kulturausschusses, dass sie jetzt plötzlich ihre Meinung so weit ändern, dass sie sagen, nein dort nicht und nein da nicht und sich auf Deals einlassen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte kurz auch noch dazu Folgendes sagen. Die Diskussion entwickelt sich langsam einigermaßen skurril. Z. B. der Kollege Eichhübl. Es ist ein gewiefter Bursche. Bevor der im Verwaltungsausschuss der Stadtwerke einen Beschluss fasst, dass wir das Bad herausreißen, kommt er und spricht sich mit dem Finanzreferenten ab, ob die Stadt das zahlen kann, weil sonst hat es nicht viel Sinn, wenn er das beschließt. Da müssen sie es sich nämlich selbst zahlen. So einfach ist das. Liebe Frau Kollegin Reznar, sie sind eh nicht so ernst, wie ich sehe lachen sie eh ein bisschen darüber, das ist gut, wenn sie die Laune nicht verlieren, wie sie früher bei den Pfadfindern waren, nehmen wir an ihr seid beieinander gesessen und habt irgendeinen Beschluss gefasst, der bestimmte finanzielle Ausgaben bedingt hätte, dann hättet ihr auch zuerst das Geld in der Kassa zählen müssen, weil wenn ihr ordentlich gearbeitet habt, wovon ich überzeugt bin, hättet ihr da einen Schatzmeister oder wie der bei euch heißt, gehabt. Wenn ihr beschlossen hättet ihr gebt mehr aus als ihr in der Kassa habt, hätte der „stopp“ geschrien, so geht das nicht.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Der Schatzmeister bin ich, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man kann nämlich in keinem einzigen Verein in Wirklichkeit, ohne auch hier die Finanzierbarkeiten zu überlegen, Beschlüsse herbeiführen. Jetzt sage ich die ganze Zeit und biete ich an, der hohe Kulturausschuss kann beschließen was er will, es sei denn ihr gründet einen Volksaufstand und die Parteien kommen zum Bürgermeister und halten sich auf, dass ihr das Theater abschafft und ich weiß ja nicht was ihr für eine andere Ausprägung der Kultur macht mit dem Geld was zur Verfügung steht, da werde ich dann einmal mit meiner Fraktion reden oder mit dem Herrn Vorsitzenden und werde sagen, hallo, wo rennt denn da diese Geschichte hin, das scheint Probleme zu geben. Aber im Prinzip mische ich mich da nicht hinein. Wir beschließen ein Budget und im Rahmen dieses Budgets ist bei uns der Kulturausschuss autonom. Ihr habt nur in letzter Zeit ein paar Fehler gemacht aus meiner Sicht. Ihr habt einstimmige Beschlüsse herbeigeführt, und zwar mehrere, und seid jetzt gekränkt, wenn der Finanzreferent, mit dem das nicht abgesprochen ist und der für den Budgetvollzug zuständig ist, sagt, hallo Leute, so geht das nicht. Warum findet diese Debatte schon jetzt eine Stunde statt? Für die Galerie natürlich und damit man die Kulturdiskussion in den Medien beflügelt und dass wir vielleicht beim AKKU einige haben und vielleicht können wir noch einige begeistern von der Jugendkultur, dass da Kulturfeinde in diesem Gemeinderat herinnen sitzen. Das ist der Hintergrund Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das haben wir nie gesagt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Erzählen sie mir nichts von Politik und erzählen sie mir nicht wie man Ball spielt. Wissen sie, da bin ich schon zu lange dabei. Es stört mich auch überhaupt nicht, ich möchte es nur offensichtlich machen. Wissen sie was, wir reden ja fast so lange als wie das dauert bis dass das AKKU das Geld bekommt, weil wenn wir das ganz normal beschlossen hätten, würde es auch wohl 14 Tage dauern, bis das der Lemmerer über die Hauptkasse herausschüttelt. So schaut das nämlich auch. In Wirklichkeit reden wir da um den Kaiser seinen Bart. Wenn ihr denen nächstes Jahr mehr geben wollt, dann werde ich euch nicht in den Arm fallen und wahrscheinlich niemand, wenn sich alle Fraktionen einig sind. Aber das was da in der Diskussion aufgeführt wird, da muss ich euch ganz ehrlich sagen, das ist ein bisschen ermüdend, das dauert ein bisschen zu lange eigentlich, ist außerordentlich ineffektiv und ich hoffe, dass sie beim AKKU und bei der Jugendkultur ein bisschen effektiver sind. Das möchte ich bei der Gelegenheit schon gesagt haben.

So, jetzt der Herr Apfelthaler, der wird das richtig kontern.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Es wird mir ein Vergnügen sein, Herr Bürgermeister. Langsam wollen wir dann nach Hause gehen, also werde ich mich kurz fassen. Ich wollte noch einmal den ursprünglichen Antrag von uns erörtern, nachdem wir heute schon weit ausgeschweift sind, manche dort hin, manche da hin. Es geht eigentlich darum, dass der Kulturausschuss, das brauche ich nicht extra erwähnen, S 85.000,-- beschlossen hat, sogar ohne sonderliche Diskussion. Siehe da, es geht halt einfach nicht. Dann kratzt man die Kurve, galant oder weniger galant, das mag dahingestellt sein, und sagt, aber dafür bekommt ihr nächstes Jahr mehr Geld. Wir sind im Jahr 2000. Oder? Eigentlich geht es ja um die Subvention im Jahr 2000 und nicht über die Subvention im Jahr 2001. Über die haben wir ja überhaupt noch nicht gesprochen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie schon mit mir.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, das ist auch das, was ihre Wortmeldungen so wunderbar beflügelt, Herr Bürgermeister, weil sie ja da schon einen gewissen Wissensstand haben, den ja manche da herinnen noch nicht haben. Also, ergo dessen sage ich, bleiben wir doch Daheim oder bleiben wir doch im Jahr 2000. Da ist jeden bewusst, und das brauche ich auch gar nicht extra erwähnen, dass es dem AKKU ein Anliegen ist, nicht nur dem AKKU auch vielen anderen, dass sie die S 85.000,-- heuer brauchen und nicht im Jahr 2001, weil über das Budget 2001 haben wir noch nicht einmal diskutiert.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Müssen sie sonst Konkurs machen oder was ist da los? Sagen sie uns, was da los ist.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das AKKU hat im Ansuchen vom 29. Februar 2000 eine wunderbare Schrift dem hohen Gemeinderat oder dem hohen Kulturausschuss zugesandt, wo es nämlich darum geht, dass die Ausgaben des AKKU im Jahr 2000

S 2.247.705,05 bedeuten. Davon geben wir ihnen weniger als 10 % an Subvention, alles andere müssen sie versuchen selbst zu bezahlen. Wenn wir ihnen die S 85.000,-- heute noch geben, wären das 0,34 % von 25 Millionen Gesamtbudget. Also bitte, wir reden über getrockneten Nasenschleim, wenn wir heute darüber versuchen zu diskutieren. Ganz ehrlich gesagt, ich verstehe es nicht. In welchem Seminar ist gesagt worden, Vorsicht vor der Kultur, Vorsicht vor den Sozialvereinen, Vorsicht, nur ja nicht allzu viel Schilling dort, das ist etwas, was ausufert, endlos, S 85.000,--, 0,34 %. Also, ich verstehe diesen Versuch eines galanten Seitenschwenks der ÖVP und der SPÖ nicht ganz, weil über das Jahr 2001 haben sie noch kein Wort verloren.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist auch noch nicht so weit.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, es ist noch nicht so weit, wir sind immer noch im Jahr 2000 und es geht um das Jahr 2000. Also bitte, wenn der hohe Kulturausschuss zur Auffassung gerät und noch dazu ohne besondere Diskussion „ja“, und sogar im Frühjahr schon sagt die S 250.000,-- sind zu wenig und im Herbst müssen sie vielleicht mehr bekommen und sie kommen zu diesem Beschluss und dann bekommen sie es im Jahr 2000 nicht, sondern wisst ihr was, ich gebe es euch ein bisschen später, aber das was ihr im Jahr 2001 bekommt wird in etwa oder in gleicher Höhe sein wie das, was ihr im Jahr 2000 bekommt. In Anbetracht dessen, was da alles drinnen steht, da muss ich sagen, dann steht ihr nicht dazu oder ihr versucht halt in irgendeiner Weise mit einem finanztechnischen Taschenspielertrick euch aus eurer prekären Situation herauszumogeln. Ganz beinhart gesagt. Ich brauche auch nicht mehr allzu viel dazu sagen, weil, das ist heute auch schon gesagt worden, wenn wer dazu steht, dann tut er es, wenn wer nicht dazu steht, dann tut er es nicht. Prügelt nicht irgendwelche Leute, den Bürgermeister oder sonst irgendwen, aber irgendwer bitte schön muss schon die Verantwortung für das übernehmen. Sie Herr Direktor? Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Herr Kollege Klausberger hat sich zu Wort gemeldet. Bitte sehr. Hat sich der Kollege Lengauer auch gemeldet?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Noch nicht!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weil du immer so am Sprung bist!

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Kolleginnen und Kollegen, so viele Anträge habe ich überhaupt noch nie am Rednerpult mitgebracht, wie zu diesem Tagesordnungspunkt, der eigentlich eine kleine, winzig kleine Summe aus der Sicht des Gemeinderates betrifft. Lieber Kurt, du hast jetzt die Prozentzahlen wunderbar ausgerechnet, aber in Wahrheit bist du dabei, hier aufzurechnen. Aufgerechnet wurde schon vorher beim Andi Kupfer, aufgerechnet wurde vorher schon bei der Kollegin Michaela Frech. Ich glaube, dass das eigentlich der Kultur niemals nutzt, aufzurechnen. Wir haben gerade am vorigen Sonntag bei einer Befragung der Menschen erlebt, wie aufgerechnet wurde ein Theaterbau gegen eine Straße oder vieles andere wird immer wieder aufgerechnet. Bei dir sind es die S 85.000,-- mit einem Stadtplatzevent, glaube ich. Das soll man gar nicht. Wir sind jetzt mitten in einer Diskussion, die mir als Kulturausschussmitglied überhaupt nicht gefällt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das taugt eh keinem.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Mir gefällt das deswegen nicht, weil wir im Kulturausschuss, und das hat der Engelbert Lengauer am Anfang dieser Diskussion gesagt, er hat gesagt, der Kulturausschuss hat sich immer ausgezeichnet durch Sachverstand, durch fachliches Argumentieren und nicht durch billige Polemik. Ich selbst habe mich im Kulturausschuss mit vielen Aktivitäten eingebracht. Wenn wir schon über das Thema AKKU sprechen, dann hätte ich mir erwartet, dass wir eine Sachdiskussion führen und nicht in kleinkrämerischer Weise Beträge gegen andere Beträge aufrechnen. Ich hätte gerne darüber berichtet, dass ich im Oktober eine wunderschöne Veranstaltung, eine hochinteressante Veranstaltung im AKKU erlebt habe, Andreas Renoltnner hat Hörspiele zeitgenössischer österreichischer Autoren präsentiert. Ich hätte gerne darüber berichtet, dass wir in diesem Jahr, auch gemeinsam mit dem AKKU, Aktivitäten vorgesehen haben, die dem Gedenken an Marlen Haushofer gedient haben. Was tun wir? Wir befechten uns gegenseitig und verlangen von uns, du musst dich bekennen, du musst über dies reden, du musst über das reden, ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wie schaut es denn nächstes Jahr aus, wenn es das AKKU nicht mehr gibt?

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

... mach bitte schön Formalismen. Ich möchte ehrlich gesagt über Inhalte reden, Andi. Ich möchte nicht über Form reden. Für das AKKU, wenn wir die zwei jetzt, Hand aufs Herz, ganz ehrlich fragen, bleibt es sich wahrscheinlich vollkommen egal ob dieser oder jener Weg zu den S 85.000,-- führt, ob dieser oder jener Weg nach Rom beschritten wird. Ich mache aus meinem Herzen überhaupt keine Mördergrube. Ich habe im Kulturausschuss freudig für die S 85.000,-- für das AKKU gestimmt, weil ich überhaupt kein Problem damit habe. Zufällig war der Dr. Locicnik an diesem Tag auf Urlaub und ich habe mir gedacht, na der wird uns sicher dann, wenn er zurück ist, zeigen, welche Voranschlagstelle dafür zuständig ist, dass das dann als ein Betrag mit S 85.000,-- im StS beschlossen werden kann. Wenn das nicht der Fall ist, dann reden wir halt im GR sachlich darüber und kommen zu einer guten, gemeinsamen Lösung. Die Fachlichkeit hat mir heute gefehlt. Das AKKU selbst wird sich wahrscheinlich über diese Art der Diskussion wundern. Ich möchte euch inständig bitte, liebe Kulturausschussmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir doch auch in Zukunft wieder zurück auf die Sachlichkeit. Wir haben dort die Abstimmungen immer einstimmig getroffen. Dass ihr natürlich, Michaela und Andi, speziell als dort nicht stimmberechtigte Mitglieder ab und zu den GR als Forum benützt um eure Argumentationslinie durchzuführen, das kann ich verstehen, aber wünschen tu ich es mir ehrlich gesagt nicht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Nächster ist Herr Dir. Lengauer. Bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Wenn gefragt wird, wer übernimmt die Verantwortung, dann möchte ich sagen, ich übernehme sie. Meine Verantwortung sehe ich darin, dass das AKKU seine S 85.000,-- bekommt. Da haben wir einfach einen Weg gesucht, der es wirklich möglich machen soll. Ohne Zeitung und ohne allen anderen Klimbim, dass das AKKU wirklich das Geld bekommt und dass jeder mitstimmen kann. Das wäre meine Bitte und das ist mein Ersuchen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Jetzt sind wir wieder zur Sache zurückgekehrt. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es ist schon sehr eigenartig, wenn man sich herausstellt und sagt, es ist viel zu wenig sachlich diskutiert worden. So in Richtung der drei Fraktionen jetzt, die diesen Abänderungsantrag von SPÖ und ÖVP nicht goutieren. Es ist schon interessant, dass man bis jetzt noch gar nicht auf diesen zweiten Abänderungsantrag der vorliegt eingegangen ist. Der genau eine Lösung aus diesem angeblichen Dilemma zeigt, in dem er sich befindet, nämlich dass es keine Bedeckung gibt. Über diesen Antrag ist überhaupt nicht diskutiert worden, den hat es ja auch nicht zu geben. Da hat man ja schon zwischen SPÖ und ÖVP vereinbart, dass man diesen Weg so gemeinsam gehen wird. Ich frage mich schon was sie eigentlich wirklich wollen. Zuerst scheitert es daran, dass es keine Bedeckung gibt, dann zeigt man ihnen eine Möglichkeit der Bedeckung auf, aber das ist gar nicht gefragt. Dass der Herr Bürgermeister nicht mehr anwesend ist, nehme ich an ist ein reiner Zufall, weil ich gehe doch davon aus, dass er an der Kulturdiskussion interessiert ist.

Herr Kollege Bremm, ich danke ihnen. Ich bedanke mich bei ihnen dafür, dass sie heute sehr wichtige Worte gesprochen haben. Weil da kann ja jeder an die Tür klopfen und was wollen von uns. Genau das ist das Problem in der Kulturpolitik. Nicht nur in der Kulturpolitik auch in anderen Bereichen, aber ich beschränke mich auf das Thema. Da kann ja jeder kommen und an die Tür klopfen. D. h., jene die für uns engagiert in der Kulturarbeit arbeiten, und wenn ich sage für uns, meine ich für die Steyrerinnen und Steyrer, der wird einmal Bittsteller, da ist einmal einer lästig, der will etwas von uns, der stellt Ansprüche, der möchte etwas haben. Ich höre aber selten hier herinnen in diesem Gremium dass man sagt, sind wir doch froh, dass wir alle diese Engagierten im Kulturbereich haben, dass wir alles tun um sie zu fördern, weil sie Leistungen für die Stadt erbringen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Kulturleistungen erbringen, Leistungen die letztlich wieder der Wirtschaft als Synergieeffekt dienen, die dem Image der Stadt dienen. Behandeln wir sie doch nicht länger als lästige Bittsteller, noch dazu wo sie das meiste davon ehrenamtlich machen und unter vielen Mühen und Stolpersteinen, die nicht zuletzt wir ihnen mitunter in den Weg legen. Aber ich danke ihnen, sie haben diese Worte offen ausgesprochen, da kann ja jeder kommen und an die Tür klopfen.

Ich will gar nicht näher auf die Mitglieder des Kulturausschusses eingehen, ich könnte zu jedem ein bisschen etwas sagen wie sehr ich von dem einen oder anderen enttäuscht bin, weil ich mir doch erwartet habe, dass es mehr Zivilcourage und mehr Rückgrat gibt, aber ich werde es nicht tun. Das werde ich mit den einzelnen Personen unter vier Augen bereden. Aber eines kann ich mir nicht ersparen, lieber Gerhard, wenn du heute sagst, oder so als Vorwurf unterschwellig bringst, na ja, der Andreas Kupfer und du ihr seid ja nicht stimmberechtigt im Ausschuss und ihr braucht ein öffentliches Forum. Du weißt selbst Gerhard, dass ich mich im Bereich der Kulturpolitik in der Öffentlichkeit sehr zurückgehalten habe und es noch immer tue, weil mir die Sache im Vordergrund steht. Aber wie du heute heraußen gesprochen hast, da komme ich mir vor wie Rotkäppchen und der Wolf. Der Wolf der die Kreide so gefressen hat. Sei mir nicht böse, man kann nicht alles schön reden und in diesem Fall glaube ich, dass es sehr wohl eine Rolle spielt, wie man heute hier abstimmt. Wenn es keine Rolle spielen würde, wenn es eh egal ist ob man jetzt eurem Antrag die Zustimmung gibt oder unserem, dann könnte man ja hier und jetzt entscheiden, dass das AKKU das Geld bekommt, weil ein Punkt ist auch klar. Der Voranschlag 2001 ist ja noch gar nicht beschlossen. Rein theoretisch könnte es sein, das hat der Bürgermeister heute angekündigt, es wird ja sehr schwierig, das Budget zu erstellen, weil alle so viele Forderungen haben, dass das Budget gar nicht so schnell beschlossen wird. Außerdem ist eines interessant. Wir haben heute bereits einen Antrag auf der Tagesordnung gehabt, ich darf sie daran erinnern, das ist noch gar nicht so lange her, da ist es um die

Restaurierung des Rathauses gegangen, um S 349.000,--. Und was steht dort? Es wird daher um Zustimmung zu einer vorgezogenen Mittelfreigabe aus dem Budget 2001 gebeten. Da haben wir einen Vorgriff auf 2001 gemacht. Jetzt könnten wir ja genauso gut einen Vorgriff auf 2001 beim AKKU machen. Das ist ja wirklich ein Streit um des Kaisers Bart.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Das tun wir ja. Das machen wir eh.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das tun wir nicht, weil das AKKU kann heute nicht nach Hause gehen in dem Wissen, dass die S 85.000,-- noch bis Dezember dieses Jahres hereinkommen. Ich muss ihnen ehrlich sagen ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt bleiben wir einmal ein bisschen bei der Sache.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, bleiben wir bei der Sache. Herr StR Spanring, wir wissen beide sehr gut, was in dieser Geschichte alles gelaufen ist, was zu meinem Bedauern zulasten der Kultur, eines Vereines gelaufen ist. Ich muss sagen, ich schäme mich zum Teil wirklich über die Art und den Umgang, wie man da vorgegangen ist. Eines kann es nicht sein, bei aller Harmonie, die auch ich gehabt habe, auch der Kollege Lengauer und einige andere, dass man im Ausschuss gut miteinander umgeht, aus dem Ausschuss hinaus geht und dann laufen plötzlich irgendwelche Geschichten, die keiner mehr versteht. Da wäre es mir lieber wenn man offen im Ausschuss vielleicht streitet aber dann nicht diese Hinterrücksgeschichten passieren. Ich würde sie wirklich bitten, sich ein Herz zu fassen, ich habe ihnen eine Möglichkeit gezeigt zu einer Bedeckung und ich würde sie wirklich bitten, das AKKU diesbezüglich zu unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, ich würde jetzt den Mag. Lemmerer ersuchen, eine Stellungnahme zu diesem Abänderungsantrag über die Kreditübertragung zu geben. Bitte Herr Magister.

OMR MAG. HELMUT LEMMERER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Zu diesem Abänderungsantrag ist aus haushaltsrechtlicher Sicht zu sagen, dass eine Kreditübertragung hier nicht möglich ist, weil bei einer Kreditübertragung muss sichergestellt sein, dass das Geld auch noch vorhanden ist. Es ist also bei dieser Haushaltsstelle, wo es sich um eine Haushaltsstelle des Personalsammelnachweises handelt, nicht sicher gestellt. Die zweite Möglichkeit, die Aufnahme eines Kredites ist ebenfalls aus haushaltsrechtlicher Sicht nicht möglich, weil das gegen die VRV, ein Bundesgesetz, verstoßen würde, wo im o. H. eine Darlehensaufnahme nicht möglich ist. Das ist also aus haushaltsrechtlicher Sicht zu diesem Abänderungsantrag zu sagen.

Zur vorgezogenen Freigabe beim Rathaus ist auch zu sagen, dass die Mittel natürlich erst im nächsten Jahr fließen werden. D. h. also auch, der Beschluss heute im Sinne des Abänderungsantrages SPÖ, ÖVP ist ein gleichartiger Vorgang, d. h. also, die Mittel können natürlich dann auch erst im nächsten Jahr fließen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Im ao. H. könnte man das schon machen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eine Frage, Herr Mag. Lemmerer. Wenn sie sagen, es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht geklärt, dass auf dieser Voranschlagsstelle tatsächlich noch was vorhanden ist, jetzt gehe ich ja davon aus, dass wir eine Kostenrechnung im Haus haben, wo man einen tagesaktuellen Abruf machen kann. Wenn ich sehe, dass im Voranschlag 2000 5 Millionen dort vorhanden sind, für 2001 nur 2,5 Millionen geplant sind, dann ist sicherlich auf dieser VA-Stelle noch etwas da.

OMR MAG. HELMUT LEMMERER:

Frau GR Frech, beim Personalsammelnachweis sind natürlich noch Zahlungen zu erwarten. D. h., ich habe über einen tagesaktuellen Abschluss nicht die Möglichkeit jetzt zu sehen wie sich der gesamte Personalsammelnachweis bis zum Ende des Jahres entwickeln wird. Daher ist also nicht sichergestellt, dass das Geld hier über bleiben wird und daher ist auch hier eine Kreditübertragung nicht möglich.

GEMEINDERAT

ING. KLAUS HOFLEHNER:

Hättest du uns das nicht vor 1 ½ Stunden schon sagen können.

Gelächter

OMR MAG. HELMUT LEMMERER:

Man hätte sich aber auch vorher erkundigen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines möchte ich schon zum Abschluss noch sagen. Es ist natürlich schon so, es geht hier ums Prinzip. Der Kulturausschuss hat beschlossen! Man muss aber auch schauen, wo nehme ich das Geld her. Auch ich habe Vereine und ich würde liebend gerne manchen Vereinen mehr geben. Es ist halt das Ansuchen im Februar 2000 hereingekommen. D. h., im Jahr 1999 wird das Budget für 2000 erstellt. Wenn da mehr Geld drinnen gewesen wäre, dann wäre es kein Problem gewesen das auf der VA-Stelle auszubezahlen. Aber im Februar 2000 ist natürlich das Geld schon fixiert, welcher Verein, welche Institution, welche Einrichtung es bekommt. Ich glaube, dass man das verstehen kann, dass es da um das Prinzip und um die Folgewirkung geht. Die vier Wochen bis zum Jänner, meine Damen und Herren, wenn wir das jetzt beschließen, das ist ja eine Zusage an das AKKU, dass sie dann die S 85.000,-- bekommen. Das AKKU wird sagen, die drei, vier Wochen bis zum Jänner werden wir warten. Es geht da wirklich um das Prinzip und um die Folgewirkung.

Ich glaube, jetzt können wir zur Abstimmung schreiten. Oder wünscht noch jemand das Wort? Dann brauchen wir über den einen Abänderungsantrag, lt. Mag. Lemmerer, weil das nicht geht, gar nicht abstimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Stimm über den ersten zuerst ab, der vom Herrn Lengauer eingebracht wurde. Dann erübrigt sich eh alles andere.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Beginnen muss man mit dem weitergehendsten, der ist von der Frau Mag. Frech. Wenn man über den abstimmen muss, nehmen wir den zuerst. Der zweite Abänderungsantrag ist der Antrag ÖVP, SPÖ und dann kommt der Hauptantrag zur Abstimmung.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Abänderungsantrag der Liberalen Fraktion, der GAL und von der FPÖ. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf: Geht ja nicht!

PÄSIDIALDIREKTOR

SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:

Sie muss ja abstimmen lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann müssen die Antragsteller diesen Abänderungsantrag zurückziehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es ist nicht nur mein Antrag alleine. Wenn alle anderen dafür sind dass wir abstimmen, dann stimmen wir ab, wenn sie dafür sind dass wir den Antrag zurückziehen, dann ziehen wir ihn zurück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe auch die anderen angeführt. Ich habe alle Fraktionen angeführt.

Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 9 (6 FPÖ, GAL, LIF). Wer ist dagegen? SPÖ, ÖVP, 3 FPÖ (GR Hans Payrleithner, GR Günter Fürweger und GR Elfriede Toman). Wer übt Stimmenthaltung? Dieser Abänderungsantrag wurde abgelehnt.

Der zweite Abänderungsantrag ist der Abänderungsantrag der ÖVP und der SPÖ. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP. Wer ist dagegen? 12 (FPÖ, GAL, LIF). Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir noch zum Hauptantrag.

Zwischenruf: Der hat sich erledigt!

PÄSIDIALDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:

Der ist in der Form des Abänderungsantrages ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Genau. Der Hauptantrag wurde in der Form des Abänderungsantrages der SPÖ und ÖVP angenommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zur Geschäftsordnung bitte. Ich hätte das gerne geklärt. Nach § 29 steht in Absatz 2): Vor der Abstimmung zu einem Hauptantrag ist über die Abänderungsanträge so abzustimmen, dass der jeweils weitestgehende zuerst an die Reihe kommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja genau.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Vor der Abstimmung des Hauptantrages. Das heißt aber nicht, dass ich nicht über den Hauptantrag auch abstimmen kann.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Hauptantrag in der Form des Abänderungsantrages ist ja angenommen worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es sind ja die S 85.000,-- im Abänderungsantrag drinnen. Jetzt hebt der eigentlich den einen auf. Von den Juristen ist es bestätigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sind jetzt alle zufrieden?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Können wir jetzt den Punkt abschließen? Ich habe dich gar nicht um das Schlusswort gefragt. Entschuldigung.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster Punkt bitte. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag, wertres Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geht es um einen kleinen Einsparungsposten im Personalbereich. Es geht um Fahrkostenzuschuss, Neufestsetzung des Eigenanteiles an den Fahrkosten. Der Antrag des Personalbeirates an den Gemeinderat lautet:

21) PräS-581/00

Fahrkostenzuschuss, Neufestsetzung des Eigenanteiles an den Fahrkosten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung betreffend die Neufestsetzung des Eigenanteiles an den Fahrkosten wird die beiliegende Verordnung gem. § 30 (3) Statutargemeinden-Beamtenengesetz in Verbindung mit § 2 des Statutargemeinden-Beamtenengesetzes, LGBl. Nr. 37/1956 i.d.g.F. und § 20 b (3) des OÖ Landes-Gehaltsgesetzes in der Fassung des OÖ. Landesbeamten-Reformgesetzes, LGBl. Nr. 94/1999 v. 10. 12. 1999, genehmigt.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gem. § 65 (1) StS 1992 durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr. (Beilage)

Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Keine Wortmeldung, wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, das war einstimmig.

Wir behandeln nunmehr die Dringlichkeitsanträge. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 1) betrifft die Resolution. Wer wünscht das Wort? Herr Kollege Fröhlich bitte.

Gemeinderat Stefan Fröhlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dass wir alle dieser Resolution zustimmen werden, ist glaube ich keine Frage und außer Diskussion gestellt, aber ich möchte dennoch ein paar Worte darüber verlieren, weil mir dieses Thema doch ziemlich wichtig erscheint und es mir sehr am Herzen liegt. Ich möchte auch nicht, wie es bereits beim anderen Antrag gewesen ist, dass man irgendwie das Gefühl hat, von vornherein, dass man den Inhalt dieser Resolution sowieso nicht durchbringt. Das möchte ich auf keinen Fall, da ich mit voll positiver Einstellung in diese Resolution eingehen möchte.

Punkt 1) ist einmal, dass wir in St. Valentin sowieso keinen IC-Anschluss gehabt haben, aber wenigstens via Intercity-Anschluss ist man relativ schnell nach Wien oder Linz gekommen. Wenn der allerdings auch wegfällt müssen wir überlegen, was machen in Zukunft Schüler, was machen Studenten, was machen Pendler, was machen die Arbeitnehmer, was machen die Geschäftsleute, was machen die ganzen Tagesausflügler. Die haben zwei Möglichkeiten oder eigentlich drei. Entweder sie fahren mit der Kirche ums Kreuz, d. h., wenn sie nach Wien wollen fahren sie zuerst nach Linz oder sie steigen, wenn man es etwas provokant sagen will, unter Anführungszeichen, in einen Bummelzug ein, der von St. Valentin bis nach Wien fährt und bei jedem Regionalbahnhof stehen bleibt. So oder so verlieren sie jede Menge Zeit. Der Zeitverlust der Reisenden ist das eine, das

andere ist nämlich diese ökonomische Sinnlosigkeit dieser Einsparung, die ich sehe. Wenn wir uns den Bahnhof in St. Valentin ansehen, wird der momentan um X-Millionen Schilling renoviert. Partiiell wird er sogar neu gebaut. Es werden neue Schienen gezogen, neue Bahnsteige gebaut und auch solche High-Tech-Hinweisschilder für die Bahnsteige wurden installiert. Alleine diese Installation ist von der Modernität her, also vom Innovationswert her weitaus moderner als jene Anlagen in St. Pölten oder Linz z. B.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Weil sie auch neu sind.

Gemeinderat Stefan Fröhlich:

Ja eben, darum geht es ja, um die neuen Anlagen geht es ja. Wenn man dort nämlich fertig ist, was hat man dann? Einen neuen Bahnhof. Was tut man dann aber mit dem modernen Bahnhof, wenn keine IC's mehr dort stehen bleiben? Man kann nur mehr die Bänke abstauben und den IC's zuschauen, wie sie vorbeifahren. Wenn wir uns das anschauen, 2 Minuten Standzeit für einen IC, glaube ich ist annehmbar und wird auch jeder Fahrgast verstehen. Wir haben dort eine sehr gute Infrastruktur und ich bin der Meinung, und ich glaube sie werden das auch alle sein, dass man diese Infrastruktur auch wahrnehmen und nützen muss. Dass bei der Bahn gespart werden kann und muss ist glaube ich keine Frage. Doch man darf keine unüberlegten Einschnitte machen, da sich auch die ÖBB eigentlich einer ihrer Hauptaufgaben doch bewusst sein muss, nämlich die Menschen vom Auto, vom Individualverkehrsmittel zur Bahn zu bringen. Gerade ich selbst merke das, weil ich mehrfach in der Woche von Linz nach Steyr und zurück fahre und diese ökonomische Sinnlosigkeit ist doch offensichtlich. Eines geht nämlich nicht. Einerseits die Anbindung Steyr und der ganzen Umgebung von der Westbahn quasi abzunabeln, vom Bereich Linz, Wels und Wien, und andererseits keine Hochleistungsstraßenverbindungen zu schaffen wo wir uns ebenfalls an diesen Wirtschaftsraum anbinden können, also via Westautobahn. Aber es stellt sich für mich auch hier nicht die Frage entweder Straße oder Schiene, sondern eher beides. Eine pulsierende Region mit 60.000 Menschen und essentiell wichtiger High-Tech-Industrie gerät dadurch in zunehmendes Abseits. Das kann und wird auch hoffentlich der Wirtschaftsraum Oberösterreich nicht zulassen, das kann er sich nämlich gar nicht leisten. Wir haben immer Sprüche gehört: Schiene statt Verkehrslawine, man fährt wieder Bahn und solche Sachen. Wenn allerdings die Fahrpläne wirklich so umgestellt werden und man den Worstcase annehmen muss, dann werden viele Pendler, die z. B. nach Wien fahren müssen, der Bahn den Rücken kehren und wieder auf das Auto umsteigen. Die Folge ist, wenn wir uns das überlegen, um so weniger Personen in Steyr in den Zug einsteigen, umso unrentabler wird die Verbindung, unrentabler unter Anführungszeichen, nach St. Valentin. Was das für die Verbindung Steyr - St. Valentin bedeuten würde, das möchte ich mir nicht einmal ansatzweise ausmalen.

Zusammenfassend also in einem Satz: Durch die Umsetzung des Planes den Bahnhof St. Valentin von der Westbahn abzunabeln, gibt es keine Gewinner. Weder die Fahrgäste noch die ÖBB würden aus dieser Situation als Gewinner oder mit einem Vorteil herausgehen. Was bleibt also übrig? Eine reine Loser-, Loser-Situation. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Resolution

An den Generaldirektor der ÖBB DI Dr. Helmut Draxler,

An die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, DI Dr. Monika Forstinger

Mit der Einführung des europäischen Bahnfahrplanes 2004 ist laut Auskunft des Landes OÖ die Einstellung des InterCity-Verkehrs auf der Westbahn geplant. Die InterCity-Verbindungen sollen zukünftig als EuroCity's geführt werden.

Es ist vorgesehen, dass die EuroCity-Verbindungen in St. Pölten, Amstetten, Linz ect. aber nicht mehr im neu renovierten Bahnhof St. Valentin halten. Mit dieser Maßnahme wäre der Raum Steyr/Ennstal vom nationalen und internationalen Schienenverkehr nicht mehr bedient.

Die Umsetzung dieses Fahrplanes würde nicht nur eine drastische Verschlechterung für alle Bahnkunden der Region Steyr nach sich ziehen, sondern auch dem in positiver Entwicklung befindlichen Wirtschaftsraum Steyr große Nachteile erbringen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr protestiert gegen diese Planungen und fordert die ÖBB und das zuständige Bundesministerium auf, diese geplante Fahrplanänderung nicht umzusetzen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer ergreift als Nächster das Wort? Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte es kurz machen. Der Bürgermeister hat bereits am Beginn der Tagesordnung gesagt, da sind wir uns höchstwahrscheinlich alle einig und die Resolution wird einstimmig beschlossen. Der Stefan Fröhlich hat das hervorragend ausgeführt, um was es tatsächlich geht. Ich denke mir, die Diskussion erübrigt sich. Wenn das wirklich so durchgesetzt wird, ist das eine Katastrophe für die Region, das kann nicht sein, das darf nicht sein und die Stadt muss da vehement protestieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Die Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, auch ich werde mich kurz fassen. Ich hoffe, dass diese Resolution dazu führt, dass man vielleicht doch ein bisschen umdenkt und ich hoffe, dass auch durch die Öffentlichmachung dieses Vorhabens, nämlich zu einem relativ frühen Zeitpunkt, 2004 ist noch relativ lange, es auch gelingt, dass nicht nur Steyr eine solche Resolution verfasst, weil ja nicht nur wir betroffen sind, sondern auch die Bürgermeister bzw. die Gemeinden

im Umland und dass man wirklich versucht die gesamte Region zu mobilisieren, dass dieses Vorhaben nicht in die Tat umgesetzt wird. Weil wenn es so kommen sollte, ist das wirklich das „Aus“ für den öffentlichen Verkehr von und nach Steyr und in die Region.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Die Anregung halte ich für sehr gut, dass wir hier ins Ennstal hinein wirklich unsere Bürgermeisterkollegen mobilisieren und ich würde auch vorschlagen, dass wir auch natürlich dem Land OÖ. hier diese Resolution zuleiten, dass man das bei den Adressaten ergänzt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Resolution stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Das war einstimmig.

Nächster Dringlichkeitsantrag. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, ein ähnlicher Antrag aus dem Kulturbereich heraus, auch hier wurde versucht im Einvernehmen, mit großer Geduld und Langmut zuzusehen, dass Beschlüsse des Kulturausschusses umgesetzt werden und den Gremien vorbereitet dargestellt werden. Ich habe es heute schon einmal gesagt, zur Dringlichkeit, neun Jahre insgesamt und darüber hinaus, aus der Zeit in die ich nicht überblicken kann, sind schon die Bestrebungen im Gange, dass das Heimathaus neu gestaltet werden soll. Deshalb hat es ja auch jahrelang eine Ersatzausstellung in einem freien Geschoss gegeben, eben dies Uniformausstellung. Dies wurde dann auch nicht mehr gewährt, mit dem Hinweis, dass jetzt die Neugestaltung eben auch kommt. Aber eine Neugestaltung, geschweige denn auch eine vorübergehende Neugestaltung oder auch eine teilweise Erneuerung der Ausstellungsbereiche, auch aus dem Fundus, hat nicht stattgefunden. Der jetzige Kulturausschuss hat sich nun wirklich intensiv, drei Jahre, mit dem Thema auseinandergesetzt und ich denke, dass es ja nicht nur im Verborgenen gewesen ist, sondern dass auch die Entscheidungsträger von diesen Bestrebungen gewusst haben. Dieser Wettbewerb der ja ausgeschrieben worden ist, ist ja auch bezahlt worden. D. h., es wurden auch Beschlüsse gefasst, die Geld gekostet haben. Man kann ja nicht jetzt, bei den ersten 300 Meter bei einem Marathon stehen bleiben. Aber ich habe den Eindruck. Nachdem der Kulturausschuss bereits im Juli einen einstimmigen Beschluss diesbezüglich gefasst hat, nahmen wir natürlich an, dass die Preisträger nicht nur verständigt werden, sondern dass auch die Preisträger dann den Auftrag bekommen. Aber es hat sich herausgestellt, dass bis zum Herbst nichts davon geschehen ist. Wir haben am 19. 9. im Kulturausschuss urgiert und es ist versprochen worden. Es wurde noch einmal am 28. 9. urgiert, wieder versprochen worden, am 7. 11. beim Magistratsdirektor, wieder versprochen worden und bis heute, das ist der eine Punkt, sind die Preisträger bzw. Wettbewerbsteilnehmer noch nicht informiert. Was mich jetzt ein bisschen entsetzt ist, dass man jetzt sagt, über das Konzept Heimathaus, Neugestaltung, das soll in 7 bis 8 Jahren stattfinden. Das ist heute gesagt worden, 7 bis 8 Jahre. Man soll bitte schön jetzt, wenn wir jetzt sagen, Spurwien soll den Auftrag bekommen, aber das Detailkonzept bitte machen sie mir in 7 bis 8 Jahren. Die werden uns fragen, ob wir einen Sprung in der Schüssel haben. So kann es ja nicht sein, in 7 bis 8 Jahren bekommen sie erst den Auftrag. Es ist bis jetzt weder ein Grundsatzbeschluss im GR gefallen, noch wurden die Preisträger verständigt. Beides ersuche ich nachzuholen. Für das eine haben wir jetzt die Möglichkeit dazu, für das andere sind wohl die Beamten dazu aufgerufen, dies nachzuholen.

Ich habe kein Problem, wenn man den Punkt 3) weggibt. Die Punkte 1) und 2) ergeben ja den Punkt

3). D. h., wenn ich einen Grundsatzbeschluss fasse, muss ich natürlich auch die Mittel vorsehen, das ist nur eine logische Konsequenz. Die Punkte 1) und 2) sind einstimmig, punktgenau vom Kulturausschuss übernommen. Ich ersuche daher um Zustimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 30. November 2000

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Steyr bekennt sich zur Neugestaltung des Heimathauses (Museum der Stadt Steyr).
2. Aufgrund der Komplexität des eingereichten Projektes wird dem Atelier „Spurwien“ der Auftrag zur Erstellung eines Detailkonzeptes gegeben.
3. Die erforderlichen Mittel werden im Hauhaltsvoranschlag 2001 berücksichtigt.

Begründung:

Seit 3 Jahren beschäftigt sich der Kulturausschuss mit der Neugestaltung des Heimathauses. Ein diesbezüglicher Wettbewerb brachte in einer außerordentlichen Sitzung des Kulturausschusses am Dienstag, 4. Juli 2000, ein einstimmiges Ergebnis und eine diesbezügliche Empfehlung an den Gemeinderat.

Bis heute wurde weder der Gemeinderat mit dieser Angelegenheit befasst, noch wurden die Ergebnisse des remunierten Wettbewerbes den Teilnehmern und der Öffentlichkeit mitgeteilt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Kollege Lengauer hat sich als Nächster gemeldet.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte vorerst einmal das noch untermauern was der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, nur damit das also wirklich aufgezeigt ist, was der Kulturausschuss seit Februar 1999 getan hat. Im Februar 1999 wurde die Einladung zur Anbotausstellung über ein wissenschaftliches Inhaltskonzept und Gestaltungskonzept Museum der Stadt Steyr ausgeschrieben. Vier kostenlose Anbote wurden eingebracht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Kostenlose!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Kostenlose! Dann in der Sitzung des Kulturausschusses vom 30. September 1999 wurden diese Projekte beraten, 3 Projektanten ausgewählt und zur Erstellung eines Grobprojektes eingeladen. Dafür haben wir im Budget voriges Jahr Geld bekommen. In der Kulturausschusssitzung vom 6. April 2000, wurde als Termin für die vom Kulturausschuss gewünschte Vorstellung der eingelangten Grobprojekte in einer Sondersitzung des Gemeinderates der 6. Juni 2000 vom Kulturreferenten genannt. Es ist aber dann die Meldung gekommen es wäre besser diese Vorstellung im Kulturausschuss zu machen und nicht im GR, weil also dort besser beraten werden könnte und erst dann, wenn ausgewählt wird, an den GR zu gehen. So war dann am 6. Juni 2000 eine außerordentliche Kulturausschusssitzung zur Vorstellung der drei eingelangten Grobprojekte, Team Bogner, Team Spurwien, Team Fabrikanten, da nach Mitteilung des Kulturreferenten eine GR-Sitzung über Mitteilung aller Gruppen nicht für sehr sinnvoll erachtet worden war, haben wir dann auch mitgetragen. Am 8. Juli war dann die nächste außerordentliche Kulturausschusssitzung, da haben wir uns dann über die Projekte beraten und dann war der einstimmige Beschluss, Empfehlung an den GR, die Stadt Steyr bekennt sich zur Neugestaltung des Heimathauses und aufgrund der Komplexität des eingereichten Projektes wird dem Atelier Spurwien der Auftrag zur Erstellung des Detailkonzeptes zu geben sein. Wir haben aber im Kulturausschuss noch verlangt, dass in dem Amtsvorschlag und in dem Amtsbericht einige wichtige Punkte drinnen wären. Ich habe z. B. einen Entwurf des Antrages an den GR bekommen und habe gesagt, bitte schön aber da stehen die Dinge nicht drinnen, die wir im Kulturausschuss noch gewollt haben. Wir haben nämlich im Kulturausschuss noch gesagt, der Amtsbericht soll folgende Punkte enthalten: 1) Der Innerberger Stadl ist europaweit einzigartig, 2) Hinweis auf mögliche Umforderungen und 3) Überlegungen über eine Stiftung oder Zusammenarbeit mit einer Stiftung zu tätigen. Eckpfeiler für die ganzen Überlegungen, bei uns war Eckpfeiler für die Projektgestaltung drinnen, die Infrastruktur des Hauses, bauliche innen- und gesamtarchitektonische Struktur, auch die personelle Situation im Heimathaus war zu überlegen und eine Zielgruppenüberlegung müsste auch mitüberlegt werden. Das war also die Empfehlung des Kulturausschusses, dass im GR dann beraten, überlegt werden soll. Wie gesagt, das ist eigentlich schon traurig, dass wir so lange warten haben müssen, dass dieser Antrag hereinkommt. Wir, von der ÖVP, haben auch diese Forderung eines Grundsatzbekenntnisses zum Heimathaus auch in unsere Budgetgespräche mit eingebracht. Jetzt einmal nur einfach zur sachlichen Darstellung. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber fällt uns da nicht auf, dass das eine merkwürdige Vorgangsweise ist? Normalerweise bekommt ja zuerst einmal der Stadtsenat einen Antrag. Wenn hier finanzwirksame Beschlüsse zu fassen sind, ist der normale Ablauf, dass das zunächst einmal in den StS geht.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

War eh so gedacht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn es um Beträge dieser Größenordnung geht, dass wir 1,5 Millionen für irgendetwas ausgeben wollen, dann trage ich so etwas z. B. als Bürgermeister immer in die Fraktionsvorsitzendenkonferenz um das abzusprechen und das abzustimmen. Ich gehe nie her und haue irgendetwas in den GR hinein. Das mache ich nicht. Das müsst ihr mir wirklich bestätigen. Ich bemühe mich da sehr, Absprachen herbeizuführen. Also, es kommt jetzt da herein, Dringlichkeitsantrag, 1,5 Millionen beschließen. Mir macht das nichts, ich bin ja für das Heimathaus, es wäre schön, wenn wir alles machen könnten. Nur ich muss euch wirklich sagen, wir haben bereits beschlossen. Wir haben S 700.000,-- für einen Architektenwettbewerb oder ein Gutachterverfahren für die Sport- und Kulturhalle ausgegeben. Wir haben schon weit über eine Million Schilling für eine völlig fertiggestellte Einreichplanung für die Landesmusikschule bezahlt und beim Land OÖ deponiert. Wir haben natürlich eine fertige Planung einschließlich Bauverhandlung für die Bücherei. Volksschule auch, da haben wir auch schon Geld aufgewendet, aber das rechne ich nicht bei der Kultur, sondern beim Schulbereich. Ich rede nur von den drei großen Kulturprojekten. Alle diese Projekte sind beschlossen und zum Teil natürlich schon in einem fortgeschrittenen Stadium. Alle GR-Mitglieder sind der Meinung, dass wir diese Dinge brauchen, dass es schön wäre, wenn wir sie schon hätten. Und jetzt nehmen wir ein weiteres Ding dazu. Wenn wir jetzt beschließen, wir können es uns natürlich schon leisten, wenn es sein muss und wenn alle Fraktionen dafür sind, aber es ist eine Determinante für das Budget. Ich muss euch ganz ehrlich sagen, ich Vertrete als Chefunterhändler im Hinblick auf die Budgetgestaltung die Meinung, dass wir um 1,5 Millionen einen zusätzlichen Plan zu machen, den ich aufgrund dieser bereits angeführten großen Projekte, die uns bis zum äußersten strapazieren werden, würde ich ins Budget das niemals jetzt hineinschreiben, weil ich mir nicht einen Plan machen lasse, wenn wir in 6, 7 Jahren erst ein Haus bauen. Da beauftrage ich nicht einen Architekten und sage, mache mir einen Plan um 1,5 Millionen, ich brauche ihn zwar jetzt noch nicht, ich baue erst in 6, 7 Jahren. Das täte niemand. Wenn uns das Geld eh so schwer ankommt, gerade im Kulturbereich haben wir 1 ½ Stunden diskutiert, betrachte ich eine solche Ausgabe zum gegenwärtigen Zeitpunkt wirklich als unnötig und nicht sinnvoll. Wenn alle meinen, es gibt sowieso kein Budget, wenn wir das nicht hineinschreiben, dann schreiben wir es hinein! Ich sage euch ganz ehrlich, mir wäre es lieber, Herr Ausschussvorsitzender, wenn wir einen Betrag X, ich kann jetzt keinen sagen, so wie wir das bisher gemacht haben, dass wir gesagt haben, jetzt bauen wir eine Heizung ein, dann machen wir das Dach darauf und ich weiß nicht, was dort noch an Erfordernissen sind, wenn wir das Geld wirkungsvoll und direkt einsetzen würden und den Gebäudezustand oder Notwendigkeiten dort zu verbessern. Aber für ein Papier, für einen Entwurf, bei dem dann hinten drauf steht, für die Umsetzung brauchen wir 30 bis 40 Millionen Schilling, möchte ich nicht jetzt, wo das erst in Jahren erfolgen kann, 1 ½ Millionen ausgeben. Ich würde lieber und gerne einen Betrag ausgeben, um das Haus zu verbessern.

Die Kollegin Mach sagt, wir haben einmal so ein Studie für das Altersheim machen lassen. Die hat, außer diesen Kosten in ähnlicher Höhe, nicht sehr viel Verwendung gefunden. Sie liegt noch im Hause und ist sehr umfangreich. Das muss man sich überlegen.

Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich stelle mit Erstaunen fest, dass es in diesem Haus irgendein Kommunikationsproblem gibt. Speziell vom zuständigen Referenten zum Bürgermeister, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der hat mir das schon gegeben.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... die ja noch dazu von derselben Fraktion sind. Wenn wir die Diskussion vor einem Jahr geführt hätten, dann hätten wir nicht heuer S 350.000,-- für diese Studie ausgegeben. Denn was machen wir bitte mit einer Studie die dieses Jahr durchgeführt worden ist, die S 350.000,-- gekostet hat, in 8 Jahren? Dann hätten wir einfach gesagt, das Projekt hat keine Priorität, das kommt in 8 Jahren und das führen wir nicht durch. Wir beschäftigen uns ein ½ Jahr lang im Kulturausschuss mit dem Heimatmuseum und erfahren dann am Ende des Jahres, ja eigentlich wird das in 8 Jahren gemacht. Ich stimme ja ihren Argumenten zum Teil zu, dass man Schwerpunkte setzen muss. Nur dann hätten wir uns halt die Arbeit erspart. Da kann in der Kommunikation irgendetwas nicht stimmen, dass wir im Kulturausschuss Anträge an den Gemeinderat formulieren, Wörter, wirklich die Sätze verschachteln ect., und das stundenlang, und dann erfahren wir am Ende des Jahres, dass es eigentlich völlig unnötig war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja bitte eines sei mir schon erlaubt zu sagen. Natürlich weiß jedes Mitglied des Gemeinderates, dass wir eine Kultur- und Sporthalle wollen, da haben wir ja oft genug in den verschiedensten Gremien ausführlichst darüber gesprochen. Natürlich weiß auch jeder, dass wir seit 15 Jahren mindestens eine Musikschule haben wollen und das unterstützen müssen. Noch dazu wo davon 2/3 das Land bezahlt. Da brauchen wir wenigstens nur 1/3 bezahlen. Und die Bücherei, ja, die beschäftigt uns eh schon 10, 12 Jahre. Also, die wollen wir auch alle mit größtem Nachdruck haben. Alle diese Dinge sind uns allen bekannt. Ich muss euch sagen, in der Begeisterung der Kulturpolitiker bin ich wahrscheinlich überzeugt, dass euch noch ein paar solcher Projekte einfallen würden und dass ihr die dann alle einstimmig beschließt. Die Frage ist nur wie wir das „daheben“ sollen. Die Frage müsst ihr zuerst klären. Ich weiß nicht wie ihr euch das vorstellt? Das möchte ich gerne wissen, wie der hohe Gemeinderat das in seiner Gesamtheit einschätzt.

Der Kollege Fürweger und dann die Frau Frech. Bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Herr Bürgermeister, sie haben uns heute erzählt, dass wir im Tourismusbereich zusetzen und dass die Stadt Sachen braucht, um auch für die Touristen etwas zu bieten. Wenn sie jetzt sagen, 6 Jahre wird das dauern, dann müssen wir uns jetzt die Frage stellen, sperren wir das überhaupt zu, weil so brauchen wir es nicht mehr. Das ist kein Museum mehr, so wie es jetzt aussieht. Da ist es gleich besser, wir sperren die Tür zu und warten 5 Jahre. Aber ich glaube das kann nicht der Sinn sein.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wir haben aber über 8.000 Besucher gehabt.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich frage mich auch, wir haben doch bitte auch einen Kustos. Wir haben doch einen Beamten, der sich um dieses Haus kümmern soll. Keinen Menschen gibt es mehr. Da steht einer immer vor der Tür und schaut wie die Autos vorbeifahren. Es tut sich nichts, es ist gar nichts. Also, da muss schon etwas passieren. Dieses Haus gehört ja der Stadt. Wir können nicht einfach sagen, wir tun jetzt 5 Jahre nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir schütten immer gleich die ganze Milch aus. Mir ist das schleierhaft. Wieso kommt eigentlich keiner auf die Idee, dass wir einmal mit eigenen Kräften auch ein bisschen etwas tun. Es gibt einen Fundus. Ich bin auch nicht dafür, dass irgendwo das Zeug herumliegt und nicht geordnet ist und sorgfältig aufbewahrt ist. Wieso können wir nicht mit Hilfe unserer studierten Historiker sagen, diese und jene Ausstellungsstücke aus dem Fundus, den wir haben, halten wir für ausstellungswürdig und stellen das in irgendeiner Form dar. Z. B. wenn wir Räume leer stehen haben.

Herr Dr. Pfeil bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, das ist nicht das falsche Gleis, aber Herr Bürgermeister ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt tu ich ihnen aber schon schwer unrecht. Ich trage sie dann hinaus.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, das ist ja auch einer der vielen Punkte die das Heimathaus betreffen. Es krankt ja auch an der personellen Situation, seit wir dieses Heimathaus überblicken. Es ist ja einmal schon ein Ersatz für diese anderweitige Beschäftigung des Kustos dort eben angeboten worden, auch zugesichert worden, nur leider eingeführt hat man es nie. Ich gebe ihnen vollkommen Recht, dort könnte man aus eigenen Mitteln mit den personellen Ressourcen, die man dort hat, auch viel machen. Nur sie passieren nicht. Mir ist es als Kulturreferent nicht gelungen. Meinem Nachfolger scheint es auch nicht zu gelingen, obwohl er auch Personalreferent ist. Wir haben immer noch als Ausweichausstellung diese Uniformausstellung dort, die sehr gut gelaufen ist, aber seither ist wiederum dort Sendepause. Es gibt auch ein Problem dort, ich habe es heute schon gehört, dass es dort ein Sicherheitsproblem natürlich dadurch gibt, dass die wertvollen Objekte zuwenig gesichert sind und auch dass die Betreuung nicht stattfindet. Ich denke wir müssen jetzt etwas tun, was den derzeitigen Zustand betrifft, aber wir müssen den Grundsatzbeschluss fassen, weil die Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss haben es sich wirklich nicht einfach gemacht. Das ist nicht aus Jux und Tollerei passiert. Das ist lange, lange vorbereitet worden und es ist auch sehr viel Geld ausgegeben worden. Nicht nur die Mühe die da eingesetzt worden ist, auch viel Geld. Wie rechtfertigt man jetzt, dass man sagt, also, diese S 350.000,-- waren eine schöne Leistung, aber das haben die drei Leute bekommen, wir verständigen sie nicht einmal mehr, wer diesen Preis gewonnen

hat oder wer eben als Sieger hervorgegangen ist. Da ist schon auch, Herr Direktor Lengauer, eine Kritik an ihrer Person. Sie als Vorsitzender haben auch die Verpflichtung, die Beschlüsse umzusetzen. Ich ersuche sie wirklich dringend, da nachhaltiger tätig zu werden. Es ist wirklich auch eine Schande für die Stadt Steyr, wenn die drei Herrschaften nicht einmal wissen, wie das Rennen ausgegangen ist. Die haben ja ein legitimes Interesse daran und es kann nicht sein, dass wir jetzt sagen, Freunde es tut mir Leid. Wie schauen wir denn da aus? Beahlt haben wir euch, wir sagen es nicht wie es ausgegangen ist und bauen tun wir es sowieso nicht. Ich glaube, das schaut für die Stadt Steyr nicht gut aus. Ich ersuche noch einmal, alle über den Schatten zu springen, eine Grundsatzbeschluss zu fassen, es ins Budget hineinzureklamieren und das Heimathaus anzugehen. Besonders die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kulturausschuss, die sich auch im Kulturausschuss wirklich intensiv damit beschäftigt haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das klingt ja alles wirklich gut. Frau Frech treten sie näher.

Man muss mir nur sagen, wie man zu 85 Millionen dazu noch einmal 30 oder 40 Millionen auf die Welt bringt. Das möchte ich gerne wissen, das soll einer dem Lemmerer einmal vorrechnen, weil ich kann ihm das nicht vorrechnen. Das muss man nämlich auch einmal bei der Gelegenheit sagen können.

Bitte Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich tu mir schwer, dem Dringlichkeitsantrag in dieser Form die Zustimmung zu geben, das hat aber eher inhaltliche Gründe. Es tut mir sehr Leid, dass im Endeffekt das eingetreten ist, wovor ich auch im Kulturausschuss damals gewarnt habe. Ich kann mich noch gut erinnern wie uns die Experten gesagt haben, der Umbau des Museums wird Minimum 10 Millionen Schilling kosten. Dazu kommt natürlich, dass, wenn ich dieses Haus umbau und auch schauen will, dass ich mehr Touristen bewege hinzugehen, ich mehr Personal brauche. Ich brauche auch deshalb mehr Personal, weil es muss sich ja jemand um diese ganzen Stücke kümmern. D. h., Kosten sind da, die verursacht werden. Dann ist leider eines passiert, dass man eben nicht diesen Grundsatzbeschluss zuwege gebracht hat, zuerst Grundsatzbeschluss und dann Auftragsvergabe, sondern dass zuerst der Auftrag vergeben worden ist, wahrscheinlich in der Hoffnung damit schaffen wir es irgendwie den Grundsatzbeschluss zu bekommen. Im Endeffekt ist es nicht passiert. Jetzt sind wir eigentlich ein bisschen blamiert, wir haben den beauftragt das zu machen, stehen jetzt eigentlich ein bisschen blöd da weil wir es nicht verwirklichen werden. Was ich vor allem bedaure ist die Geschichte, erstens einmal hätte der Grundsatzbeschluss her gehört und zweitens wäre es für mich das Minimum gewesen, und davon bin ich ausgegangen, dass jene, die im Heimathaus bisher tätig waren und betroffen sind, in Vorentscheidungen miteingebunden werden. Nicht Vorentscheidungen, sondern Vorplanungen. Wenn ich mir z. B. das Steyrer Kripperl ansehe. Die sind dort aktiv, das ist eine Touristenattraktion. Da kommen Leute aus München, aus der Schweiz und sogar aus Italien her. Die schauen sich das an. Das Steyrer Kripperl gehört daher auch in ein neues Heimathauskonzept eingebunden. Das muss ich aber machen, bevor ich einen Auftrag ausschreibe, weil die Architekten können das ja gar nicht wissen, welche Bedürfnisse da sind. Die hat man aber nicht eingebunden und das bedaure ich. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, da gehe ich nicht im Kulturausschuss davon aus, dass ich

extra einen Antrag stellen muss, bitte bindet die Betroffenen schon im Vorfeld ein. Das ist leider nicht passiert. Was ist jetzt die Situation? In dem vorliegenden Konzept würde sich das Steyrer Kripperl irgendwo im 1. Stock befinden, in Räumlichkeiten die dafür weniger geeignet sind und wo für das Steyrer Kripperl eine Spielsituation nicht mehr möglich wäre. Das hätte man alles verhindern können, wenn man sie im Vorfeld eingebunden hätte. Dann sind wir wieder beim Thema Kommunikation. Ich habe auch den Eindruck, die Kommunikation funktioniert nicht so ganz, weil ich gehe davon aus, dass der Kulturstadtrat selbstverständlich mit dem Finanzreferenten, dem Bürgermeister, Rücksprache hält. Also hätte man sehr viel früher draufkommen müssen, dass das jetzt auf einmal nicht realisiert wird. Das Kommunikationsproblem gibt es scheinbar auch im Kulturausschuss, weil unlängst eine Einladung vom Steyrer Kripperl war, die uns aber so, in dieser Form, nicht weitergeleitet worden ist.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das ist ungeheuerlich. Sind sie mir nicht böse, das steht im Protokoll drinnen. Lesen sie es doch.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber sogar Kollegen ihrer eigenen Fraktion haben dann über mich ...

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Also bitte, das ist ja ungeheuerlich, ich weiß eh was sie erzählt haben. Lesen sie das Protokoll vom Kulturausschuss nicht?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich lese das Protokoll. Das Protokoll ist aber in der letzten Zeit etwas sehr eigenartig und da werden mir einige Mitglieder des Kulturausschusses Recht geben.

Aber wie gesagt, die Kommunikation scheint nicht wirklich so zu funktionieren. Ich muss sagen, ich bedaure es sehr, dass wir im Endeffekt wieder einmal so eine Schildbürgerei haben, wir haben ein Konzept, die Mittel sind aber eh nicht vorhanden, und eigentlich stehen wir vor der Öffentlichkeit ziemlich dumm da. Eines muss aber klar sein, das Heimathaus ist ein wesentlicher Faktor auch für den Tourismus in Steyr und da gehört etwas gemacht. Da kann ich nicht sagen, in 6 oder 8 Jahren, sondern da wird man jetzt einmal einen Grundsatzbeschluss fällen müssen. Ich hätte die Bitte, dass in der nächsten Kulturausschusssitzung ein derartiger Grundsatzbeschluss ordentlich vorbereitet wird, damit da endlich einmal etwas weiter geht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr StR Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nur kurz, dass das endlich berichtet ist, weil dass da draußen gesprochen wird, dass der Lengauer und der Spanring „mauscheln“ und nichts sagen, das ist wirklich ungeheuerlich und dagegen verwehre ich mich schon. Es steht glaube ich ganz klar verständlich da: „StR Spanring spricht eine Einladung Mag. Bernhauers für eine Veranstaltung im Steyrer Kripperl am 18. November 2000 um 16.30 Uhr an den Kulturausschuss aus. Für diese Veranstaltung haben sich Frau GR Elfriede Reznar, Herr Vzbgm. Dr. Pfeil, Herr StR Dietmar Spanring und Herr GR Lengauer entschuldigt.“ Das ist für mich klar verständlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also das hat nicht gestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat aber mit dem Antrag nichts zu tun.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, das hat mit dem Antrag nichts zu tun, es muss sich nur der GR im Klaren sein, wie viele Projekte wir noch miteinander beschließen und wie wir sie dann finanzieren. Ich sehe mich dazu nicht in der Lage. Die 1,5 können wir schon ausgeben, das ist keine Frage, wenn ihr das wirklich wollt. Nur wir werden dann einen Plan haben und wir werden ihn nicht umsetzen können oder wir sagen, bitte sehr, wir stellen halt eines von den anderen Projekten, Musikschule oder Sporthalle, zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Oder Bücherei?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, die Bücherei fangen wir ja jetzt wirklich an, da möchte ich es endlich einmal stauben sehen da drinnen. Das möchte ich gerne einmal sehen.

Ich habe da gerade zusammengezählt, auch wenn ich nur unsere Anteile da nehme, nur das Drittel bei der Musikschule, komme ich auf 85 Millionen Schilling. 85 Millionen Schilling nur im Kulturbereich. Wenn jetzt das Konzept am Tisch liegt, da werdet ihr dann genauso sagen, jetzt fangen wir aber auch an, weil jetzt haben wir das Konzept. Es ist eh logisch, das verstehe ich auch. Freunde, ihr bringt wahrscheinlich jeden Finanzreferenten an den Rand der Möglichkeiten.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Dann müssen wir es zusperren. Hopp oder drop.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was hopp oder drop?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was heißt da hopp oder drop? Stehen sie auf und sagen, wir machen die Sport- und Kulturhalle nicht, sagen sie wir machen die Bücherei nicht, sagen sie wir machen das nicht, aber alles zugleich wollen, sind sie mir nicht ungehalten, ich weiß nicht wer sich so verhält. Wir können auch sagen, wir machen keinen Kanal mehr oder ich weiß es nicht. Aber alles zugleich wird da nicht gehen. Dass wir hier so eine Diskussion führen müssen, ist auch nicht gerade ein Ruhmesblatt. Ich bin froh, dass die Herrschaften, die mitschreiben, schon nachhause gegangen sind.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Dann genügt aber jetzt ein Wachdienst im Museum.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, ich habe ja einen Vorschlag gemacht. Ich habe auch gar nichts dagegen, dass man dort Mittel einsetzt, aber bitte schön doch nicht so sinnlos, dass wir uns einen Plan machen lassen, den wir nicht umsetzen können. Jetzt redet ihr davon, dass wir da anscheinend Räume leer haben wo nichts ausgestellt wird und das ist zu wenig. Da gebe ich ihnen Recht. Vielleicht können wir dort etwas tun. Müssen wir uns halt, weil andere Projekte Priorität haben, auch unheimlich teure, in der Zwischenzeit ein bisschen behelfen und da können wir auch dafür ein bisschen ein Geld in die Hand nehmen. Da hat ja keiner etwas dagegen. Aber wir können nicht alles zugleich machen. Das Allerbeste. Immer, von überall das Allerbeste. Fällt euch das nicht auf, dass Spurwien am teuersten ist? Oder? Ja schon, da habt ihr euch einstimmig darauf geeinigt. Das ist so wie der Mittelfristplan vom Zagler. Da hat dann der Herr Dr. Pfeil gesagt, das ist ein Wunschkatalog und kein Mittelfristplan.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da hat er aufgelistet, was sich die Fraktionen gewünscht haben. Das hat er gut gemeint.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, das Problem war ja, es war nicht diskutiert. Er hat es einfach in den GR gegeben. Das war sein Problem.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nein, der Mittelfristplan könnte höchstens eine Milliarde sein und nicht 2,4. Um das geht es, weil mittelfristig heißt 5 Jahre und wenn wir uns 200 Millionen im Jahr leisten können, dann muss es in der Größe sein.

So, was ist jetzt da? Herr Kollege Lengauer bitte. Vielleicht kann uns er einen Vorschlag liefern, wie wir da vorgehen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Wir haben im Kulturausschuss eigentlich den Auftrag, den wir bei der Budgeterstellung 2000 bekommen haben, ausgeführt, denn dort hat es geheißen, die Summe die dort angeführt worden ist, war zur Erstellung eines Grobprojektes und einer ersten Überlegung für das Heimathaus so gegeben und so vorgestellt und genau den Auftrag haben wir ausgeführt und nicht mehr. Wir haben uns dann beraten und haben einfach aus der Sicht her gesehen, dass es ja viel besser, und das steht auch im Protokoll, für das Konzept des Museums wäre, wenn alle drei Teams zusammenarbeiten würden, weil ja eigentlich jedes Team einen Schwerpunkt gehabt hat der bestens war und der gepasst hat. Nur das Team Spurwien hat einfach vom baulichen her das Offensichtliche wunderbar dargestellt, hat auch ein Modell mitgebracht, sodass das einfach ansprechend war. Jetzt haben wir eben gemeint, damals am 4. Juli, dass man darüber einfach im GR beraten soll, wie gehen wir das jetzt am besten an, wie machen wir das, dass wir einfach den Auftrag, den wir beim Budget 2000 bekommen haben, nicht umsonst ausgeführt haben. Das war eigentlich unser Denken, unser Wünschen und unser Wollen. Ich denke mir heute, dass wir einfach das grundsätzliche „Ja“ zum Heimathaus finden sollen und, dass man bei den Budgetverhandlungen doch versucht Wege zu finden, wie man das am besten ansetzt. Ob man da jetzt einen Fixposten zur Verbesserung meint oder ob man irgendeinen anderen Posten macht oder einen Auftrag noch findet, dass man eine Gruppe der internen Zusammenarbeit, wie es die Frau Frech sieht, ich glaube, das haben wir nämlich auch da herinnen geschrieben, dass die anderen Gruppierungen, die mit dem Heimathaus zu tun haben, da mitarbeiten sollen. Ich denke, eine wichtige Sache ist es schon, darum haben wir es nicht als Antrag gebracht, sondern wir wollen es in den Budgetverhandlungen einfach klug und vernünftig überlegen, dass wir wirklich im Heimathaus etwas weiter bringen. Ich glaube nämlich, wir dürfen unsere eigenen Häuser nicht vernachlässigen. Wir müssen genau dort, wo großes Kulturgut ist, wo der Innerberger Stadl wirklich europaweit einzigartig ist, ich glaube, wir dürfen es nicht übersehen, dass uns da etwas passiert. Darum glaube ich müssen wir einmal grundsätzlich „ja“ dazu sagen und dann einen Weg finden, wie wir dieses Jahr, das können wir nicht in einem Jahr verwirklichen, das ist unmöglich, da brauchen wir 6 Jahre, davon bin ich überzeugt, aber das „ja“ zum Heimathaus und einen Weg der

Verwirklichung müssen wir finden oder suchen. Da haben wir gut ausgebildete Leute. Unser Kulturchef, der wüsste sehr viel, weil er ja das auch gelernt hat. Man könnte da schon was tun. Die Messersammlung könnte man noch einmal als Sonderschau aufbauen. Da könnte man viel tun. Da gäbe es sehr viel zu machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich hätte nur noch gerne eine Verständnisfrage gestellt. Was wollt ihr jetzt da beschließen? Dass sich die Stadt zur Neugestaltung des Heimathauses bekennt, das ist überhaupt keine Frage. Mir geht es ja eigentlich darum, ob sich der Gemeinderat das wünscht. Wenn sich das alle wünschen, dann ist ja eine souveräne Mehrheit vorhanden, Spurwien einen Auftrag zu geben. Wenn wir das tun, haben wir ein Papier. Ich warne nur davor. Ich könnte es mir ja leicht machen. Ihr wisst ja eh, dass ich dann nicht mehr dabei bin, wenn das daliegt. Aber ich warne davor und es wir den Gemeinderat nicht sehr befriedigen, wenn wir einen Plan haben, den wir wahrscheinlich wirklich nicht umsetzen können, in Anbetracht dieser ganzen anderen Projekte. Daher möchte ich wirklich appellieren nämlich das zu überlegen und vielleicht eher in die Richtung zu sagen, fassen wir den Grundsatzbeschluss, selbstverständlich, bekennen wir uns und überlegen wir, welchen Betrag wir in das Budget für das Heimathaus hineinnehmen wollen um damit das zu tun, was wir als Nächstes dort unbedingt machen wollen. Natürlich hat der Herr Dr. Pfeil Recht, man wird denen sagen müssen, das ist ja ganz normal, tut nicht so, als ob sich alle blamieren, der Herr Bundeskanzler blamiert sich nicht, der Herr Grasser blamiert sich nicht, wenn er sagt, wir müssen die Mittel zusammenhalten. Wir haben drei riesige Kulturprojekte die Priorität haben, auch bei der OÖ Landesregierung, und wir können nicht gleichzeitig das umsetzen, wir bitten um Geduld, das waren gute Arbeiten aber wir können die halt erst zu einem späteren Zeitpunkt realisieren. Aus. Das kann man wohl sagen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Aber das hätte man denen auch schreiben können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was glaubt ihr, was sich die denken? Ich meine, der freut sich wenn er so einen Auftrag bekommt, aber er erwartet auch, dass er dann umgesetzt wird. Das können wir ja wirklich nicht machen.

Da waren jetzt noch Wortmeldungen. Der Referent bitte. War nicht noch eine Wortmeldung? Nein. Vielleicht können wir doch zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Grundsätzlich kann man wirklich nicht sagen, dass das was geschehen und gemacht worden ist, für die Würste war, sondern es ist an sich gut, dass wir gewisse Unterlagen in der Hand haben, mit denen man durchaus auch, was auch der Kollege Lengauer schon angesprochen hat, entsprechende Wege finden kann, wie man eine Mitfinanzierung dieses Hauses entsprechend einleiten kann. Diese Unterlagen die wir jetzt haben, die von der Spurwien unter anderem auch erstellt wurde, haben den Umfang, dass ich damit einfach auch z. B. mit einer Stiftung diskutieren und reden kann, was es in Steyr an sich als solches gibt. Das ist an sich eine Aufgabe, die durchaus der Kulturamtsleiter im

nächsten Jahr zu erfüllen hat. Das ist an sich so. Dass im Heimathaus überhaupt nichts passiert, das ist auch ein Unsinn, weil über 8.000 Leute sind in etwa an Besucher da. Dass es leere Räume gibt, ist auch nicht so. Wenn man durchgeht ist immer etwas da und zusätzlich sind ein, zwei oder drei Ausstellungen unter dem Jahr, die im Heimathaus auch gezeigt werden. Also, ganz so als wie wenn es im Dornröschenschlaf dahin geht, ist es ja nicht. Das muss man da auch einmal ganz klar und deutlich sagen. Ich denke an sich, dass wirklich ein gewisser Posten, dazu sind einfach die Budgetverhandlungen in den nächsten Tagen da, welche Summe man für das Heimathaus hineingibt, das ist die eine Seite, die andere Seite ist aber, sehr ernsthaft, sowohl vom Kulturamtsleiter als auch von politischer Seite her, zu schauen, welche Finanzierungsmöglichkeiten für den endgültigen Ausbau und Renovierung dieses Hauses möglich sind und dann entsprechend die Beschlüsse zu fassen. Weil eines ist auch ganz klar: Wenn nur die Stadt Steyr diese 30 oder 40 Millionen aufbringen muss, dann habe ich große Bedenken in welchem Zeitraum wir das schaffen, sondern wir werden im Vorfeld, das auch sonst immer wieder gefordert wird und da bin ich auch vollkommen bei ihnen, Herr Dr. Pfeil, die Folgekosten entsprechend darzustellen, zu sagen, okay, wie gehen wir die Schritte jetzt voran in dieser Finanzierungssumme, die da auf uns zukommen und die wir zu erwarten haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eine Zwischenfrage. Welche zwei bis drei Ausstellungen meinen sie denn, die jetzt unter dem Jahr sind?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Eisenerz Steyr war z. B. da.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vom Hause her, meine ich. Was vom Haus her passiert ist.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Es ist ja darum gegangen, ob das Haus jetzt nur einen Türwächter hat und es ist kein Leben drinnen. Es sind sehr wohl auch Ausstellungen drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was vom Haus passiert. Wir haben immer das Problem, dass wir auf jeden Fall nicht nur einen Kustos dort brauchen, sondern auch einen Restaurator, der ja dringendst notwendig wäre, wenn man sich die Kulturobjekte ansieht, die dort lagern. Unsere eigenen Stücke wollen wir herzeigen und auch restaurieren und erhalten.

Zwischenruf: Der kostet aber was!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Restaurator wird sicher etwas kosten, aber wenn das alles kaputt ist, dann ist der Schaden viel größer.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Es ist ja eigentlich nichts kaputt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schauen sie sich alleine die Lesesammlung an.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Gut, aber das ist im Endeffekt ein Gegenstand dieser Budgetverhandlungen, wie viel Schilling wir da jetzt reingeben, um da entsprechend einfach über die erste Runde zu kommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich kann mich mit dem Vorschlag des Herrn Bürgermeisters wirklich anfreunden, den Grundsatzbeschluss zu fassen, ja wir stehen zum Heimathaus und wir wollen das Heimathaus umbauen und als zweiten Schritt zu überlegen, was machen wir im nächsten Jahr. Ich bin hier wirklich auch bei ihnen, es ist nicht klug, eine Projektstudie in Auftrag zu geben, wo wir jetzt alle, wie wir hier herinnen sitzen, wissen, dass sie nicht in absehbarer Zeit realisiert werden kann. Da ist es mir lieber, wir gehen so weiter wie wir es auch heuer schon begonnen haben, wo wir die Heizung gemacht haben, die Dachdeckung gemacht haben und wirklich konkrete Schritte im laufenden Jahr auch. Ich bin bereit, das in den Budgetverhandlungen weiter zu besprechen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. D. h. also, wenn wir uns auf diese Vorgangsweise verständigen könnten, bliebe der Punkt 1) dieses Antrages stehen, mit der Maßgabe, dass wir ins Budget einen Ansatz hinein nehmen, über den noch zu verhandeln sein wird und der

dazu aufgewendet werden soll um Ausstellungen dort jedenfalls machen zu können. Mit Hilfe der vorhandenen personellen Ressourcen soll versucht werden, über diese Zeit hinweg zu kommen, wo die anderen Großprojekte, die Priorität haben, realisiert werden. Wir fassen aber natürlich ins Auge, auch das Heimathaus eben wirklich auf einen zeitgemäßen und hohen Level zu bringen. Wir müssen das aber jetzt halt ein bisschen zurückstellen. Wir arbeiten an dem Haus weiter, dass die Substanz wirklich verbessert wird. D. h., wir müssten daraus einen Abänderungsantrag machen, sagt unser Rechtsberater, der Magistratsdirektor, wo der erste Punkt stehen bleibt. Schreiben wir, dass bauliche Verbesserungen auch im kommenden Jahr durchgeführt werden sollen.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir müssen schon eine Formulierung haben, wenn wir etwas beschließen sollen. Wenn wir hinschreiben: Im kommenden Jahr, oder im Budget sind Mittel dafür vorzusehen, da sind wir uns einig, dass weitere Verbesserungen der Bausubstanz, weil das haben wir ja bis jetzt laufend, in den letzten zwei Jahren, gemacht werden.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Der GB für Kulturangelegenheiten wird beauftragt, sich Überlegungen zu machen, wie das Heimathaus in Zukunft neu gestaltet werden soll. Ich glaube, das brauchen wir unbedingt dazu.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Budget 2001 werden Mittel vorgesehen, um die Bausubstanz weiter zu verbessern. Und das Kulturamt soll beauftragt werden was zu tun?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Überlegungen für die Neugestaltung zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben wir ja vor zwei Jahren gehabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das wäre eigentlich eine Themenstellung für den Kulturausschuss, gemeinsam mit den Mitarbeitern

des Kulturausschusses.

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Dr. Pfeil

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da müsst ihr einmal herausbringen, was ihr mit Eigenmittel tun könnt. Es geht euch ja im Wesentlichen um den Budgetansatz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Für die Neugestaltung, nicht dass die Bausubstanz erhalten wird, von dem gehen wir aus.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist ja eh selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Von dem gehen wir aus, aber das kostet auch Geld. Ich bin schon froh, dass das geschehen ist. Aber der inhaltliche Ansatz, ich meine, wir wollen haben, dass auch in dieser Zeit, bis diese Generalüberarbeitung des Heimathauses vorgenommen werden kann, das Haus herzeigbar ist, im Hinblick auf die Ausstellungen und Objekte die dort gezeigt und geboten werden. Das ist aber ein Punkt, der muss ja wirklich mit den Fachleuten beraten werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, darf ich ein Wort sagen? Bitte schön, es kann ja nicht sein, dass wir jetzt baulich das Haus so auf Vordermann bringen und dann machen wir größere, bauliche Eingriffe in dieselbe Substanz. Alle diese drei Vorschläge sagen, es geht natürlich nur mit einer Neustrukturierung. Wir richten doch nicht alles her und in sieben Jahren reißen wir wieder alles nieder. Bitte schön, seien sie doch vernünftig!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt waren wir unvernünftig, weil wir eine Heizung eingebaut haben und ein Dach hinaufgemacht haben. Also, schön langsam komme ich an den Rand meiner Möglichkeiten. Eines muss euch doch klar sein, das Haus steht eh sieben Mal unter Denkmalschutz. Habt ihr euch wirklich vorgestellt, dass ihr das außen und innen herumreißen könnt? Das schaue ich mir doch an. Also ich glaube ja, dass der ...

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Antrag zur Geschäftsordnung! Können wir bitten den Antrag zurückstellen und in 14 Tagen einen neuen Antrag des Inhaltes machen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, aber es wäre schon gut, wenn eine Formulierung da wäre, weil wir sind heute schon alle ein bisschen erschöpft. Vielleicht fehlen uns die richtigen Worte. Also, wenn das mehrheitsfähig ist, dass man diesen Antrag zurückstellt, um daraus einen neuen Antrag des Inhaltes zu machen, wie er uns dann vorschwebt, auf den man sich dann einigen kann, ist das wahrscheinlich gescheiter. Zumal dann schon der Budgetansatz auch dort steht, nämlich im Budget, weil wir da Budgetsitzung haben. Also wird es sich daher auf das Inhaltliche, das Gestaltungsmäßige beziehen können und da müssen eh die Fachleute mitreden. Seid ihr damit einverstanden?

Es steht der Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag abzusetzen, zurückzuziehen und ihn neu zu formulieren und ihn bei der nächsten GR-Sitzung wieder vorzulegen. Wobei hier in der Formulierung auch die inhaltliche Position drinnen sein muss, wie das Heimathaus in nächster Zeit gestaltet werden soll. Ist das ein akzeptabler Vorschlag? Wenn ja, dann lasse ich darüber abstimmen. Wenn sie mit dem einverstanden sind, geben sie bitte ein Zeichen. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 1 (LIF).

Das war der letzte Antrag. Die Tagesordnung ist erschöpft. Aktuelle Stunde? SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fällt euch nichts mehr ein?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wollen wir über die Christkindlwelt reden? Da können wir gerne noch 1, 2 Stunden reden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne? Auch nicht. Frau Frech?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Geschäftsordnung ist erschöpft und ich bin es auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich pflichte ihnen bei. Ich bedanke mich sehr für ihre Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 22.35 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist GR Ingrid Weixlberger

Gabriele Obermair GR Engelbert Lengauer